



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1910

30 (19.1.1910) Abendblattt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-139701](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-139701)

General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.
Eingelohnt 30 Bg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
aufschlag N. 2.43 pro Quartal.
Eingel.-Nummer 6 Bg.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Telegraphen-Adresse:

„General-Anzeiger
Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (An-
nahmen, Druckarbeiten) 841

Redaktion 877

Expedition und Verlags-
buchhandlung 218

Inserate:

Die Colonne-Zeile . . . 25 Bg.

Kurzfristige Inserate . . . 30

Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

Gefestete und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben

(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureau

in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 30.

Mittwoch, 19. Januar 1910.

(Abendblatt.)

Die heutige Abendausgabe umfasst
12 Seiten.

Um den Kanzler.

(Von einem Berliner Mitarbeiter.)

Berlin, 18. Jan.

In konservativen und agrarischen Blättern wird neuerdings behauptet: die liberale Presse veranlasse zur Zeit eine Hebe gegen den Kanzler. „Hebe“ nennt man bekanntlich im politischen Sprachgebrauch von heute die Kritik an einem Staatsmann, wenn man sie nicht selber mitmacht. Und es ist ja wahr: in national-liberalen und freisinnigen Blättern ist in den letzten Wochen an der Haltung des Herrn von Bethmann-Hollweg mancherlei ausgeübt worden. Man fand, daß er sich zu rasch mache; daß er geringe Rücksicht auf den Parlamenten, schon gar keine mit der Presse unterhalte. In solcher Kritik mag Wahres und Falsches durcheinanderlaufen: man kann keinem Menschen ins Herz sehen; kann auch aus der Ferne nicht mit untrügelicher Gewißheit beurteilen, welche Motive die Entschlüsse den andern bestimmen, welche Hindernisse sich ihm über den Weg legen. Einzelne von diesen Behauptungen sind auch in der Tat nicht richtig; wenigstens sind sie nicht mehr. So trifft es zum Beispiel im Augenblick nicht mehr zu, daß der Kanzler — wie es so schön in Papieren heißt — bislang nur mit Herrn v. Seydewitz „Gehung genommen habe“. Das war vor Weihnachten so; aber seitdem hat Herr von Bethmann-Hollweg in der Beziehung des Vertrauens nachgeholt; hat auch ein paar andere Parteiführer zur verteilten Anweisung bei sich gesehen. Daß er sich zu rasch mache, wird dennoch wohl bestehen bleiben. Bei den Staatsdebatten im Reichstage war der Herr Reichskanzler nur ein flüchtiger Gast, der das Ende des — freilich nicht sonderlich erzieherischen — Geplauders gar nicht erst abwarten mochte. Bei der Generalausrede im Hause ward er überhaupt nicht sichtbar. Nun übersehen wir die staatsmännische Arbeit, die durch das Abfließen von Sitzungsstunden geleistet wird, gewiß nicht. Man wird nicht immer weiter, wenn man so einen geschlagenen Radmitglid dem Hin und Her der Märrereden gelauscht hat. Und für einen leitenden Staatsmann gibt es jedenfalls sicher dringlichere und gewichtigeren Pflichten als die Assistenten bei diesen Disputationen, die zudem einen guten Teil ihres Reizes eingebüßt haben, seit der Brauch des „du mußt es zweimal sagen“, sich eingebürgert hat. Seit man im Plenum genau dasselbe vorgelesen bekommt wie vorher schon in der Kommission. Indes, man muß zu weichen wissen. Es gibt doch gewisse Anlässe, bei denen man im Reich den Kanzler, in Preußen den Ministerpräsidenten nur ungern mißt. Es macht keinen erfreulichen Eindruck (und kann auch Herrn von Bethmann-Hollweg selber nicht sehr angenehm sein), wenn — wie das am Montag im preussischen Abgeordnetenhaus geschah — Herr von Rheinbaben mit Scheinreden oder wirklichen Bedauern erklären muß: die Ausführungen des Herrn Vorredners, soweit sie die allgemeine Politik betreffen, hätten

ihn lebhaft interessiert und er hätte wohl Lust, auf sie einzugehen. Aber er möchte sich leider verlagern: das sei nicht seines Amtes; hier hätte er nur sein Ressort zu vertreten. Darf Herr von Bethmann-Hollweg sich wirklich wundern, wenn die Leute da unwillig werden und voll Unwillen fragen: wozu haben wir denn überhaupt den Mann an der Spitze? Gewiß: auch Bismarck ist monatelang nicht in die Parlamente gekommen. Und auch Fürst Bülow war in den letzten Amtsjahren sparsam mit diesen Visiten. Aber da Otto von Bismarck solches tat, hatte er noch zwei siegreichen Kriegen das Deutsche Reich gegründet und verfügte über eine einzigartige Autorität. Und auch Fürst Bülow hatte, als er begann zu werden, ein geistiges Ansehen; zum mindesten trugten die Parteien von ihm, wohnaus er im allgemeinen wollte. Trotzdem ist auch ihm diese Abstinenz — wenn schon sie nicht allein — schließlich verderblich geworden. Aber Herr von Bethmann-Hollweg ist an dem Platz, da er nun steht, doch ein Reusling. Wehe noch als das ein unbeschriebenes Blatt. Da wirkt es nicht eben ermutigend, wenn er den Gelegenheiten, ihn kennen zu lernen, aus dem Wege geht. Am letzten Ende wird die Politik doch nicht von Prinzipien, sondern von lebenden Menschen gemacht. Und im besten Falle erleichtert es die Führung der Geschäfte nicht, wenn man die persönlich-menschlichen Beziehungen außer Acht läßt.

Das muß man im Auge behalten, um die konservativen Scheinheiligkeiten über die angebliche Kanzlerhebe recht zu würdigen. Die haben gar kein Interesse daran, Herrn von Bethmann-Hollweg gewiß an sich nicht leichte Stellung zu erschwern. Vielmehr hat die Rechte einen neuen Kanzlerkandidaten. Die Linke hat ihn sicher nicht. Nationalliberale und Freisinnige haben ohne Frage das Bestreben, mit Herrn von Bethmann-Hollweg, den sie ohne Enthusiasmus zwar, aber doch auch nicht ohne Wohlwollen begrüßten, sich einzurichten. Nur muß er's ihnen eben auch möglich machen.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 19. Januar 1910.

Der Mansfelder Streik.

Berlin, 19. Jan. (Von unfr. Berliner Bureau.)
Im Reichstag wurde vor leerem Hause zunächst die sozialdemokratische Mansfelder Streikinterpellation verhandelt. Die wenigen im Hause anwesenden Abgeordneten schloßen, während Abg. S. H. (Soz.) in obernhalbständiger Rede die Interpellation begründete. Nur Staatssekretär Dr. Delbrück und der Kriegsminister von Goeringen hatten am Bundesratssitzung aus. Der Interpellant sprach von Versuchen, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu beschränken, von einem Gees von Spitzeln, das gegen sie in Mansfeld aufgebunden wurde und von der Korruption, die durch die gelben Organisationen in Mansfeld eingerissen sei. Die Geranziehung des Militärs ins Streikgebiet sei völlig überflüssig gewesen. Der Redner forderte die Haltung des Militärs im Streikgebiet in den frühesten Farben auszumalen. Auch das

Verhalten einzelner Polizeiergane sei schamlos gewesen, während die Landräte ganz auf dem Unternehmer-Standpunkt ständen.

Die Interpellation beantwortete Staatssekretär Dr. Delbrück. Er erklärte, daß die Verwendung des Militärs durchaus verfassungsmäßig war, nachdem in Geisfeld schwere Ausschreitungen vorgekommen waren, gegen die Polizei und Gendarmerie machtlos waren. Beschwerden über Verwaltungsorgane sind nicht eingelaufen, weswegen sich die Regierung mit solchen auch nicht beschäftigen konnte. Im übrigen lehnte der Staatssekretär es ab, auf die Interpellation näher einzugehen.

Eine sehr energische, aber in ihrer Entschiedenheit vollberechtigte Abwehrrede gegen die von der sozialdemokratischen Seite auf die Armee gerichteten Angriffe hielt der Kriegsminister v. Goeringen. Seine Ausführungen wurden alle Augenblicke von großem Lärm und fortwährenden Zwischenrufen der Sozialdemokratie unterbrochen, der Kriegsminister ließ sich jedoch nicht beirren, sondern betonte wiederholt, daß das Militär nur seine Pflicht getan habe. Es sei dabei so rücksichtslos wie möglich vorgegangen, und der beste Beweis hierfür war, daß Zusammenstöße nicht stattfanden. Die Entsendung des Militärs war durchaus gerechtfertigt, denn die Lage im Streikgebiet war durchaus nicht harmlos; es wurde sogar versucht, den Gendarmen die Waffe zu entreißen. Alle gegen das Militär vorgebrachten Beschwerden bezeichnen der Kriegsminister als haltlos; es hat sich durchaus korrekt benommen.

In der Besprechung der Interpellation sprach zunächst der Abg. Trendt (Nv.) dem Militär seine Anerkennung für das durchaus korrekte Auftreten aus. Dann wandte er sich energisch gegen die Sozialdemokratie und die von ihr im Streikgebiet betriebene Verhetzung. Die katholischen Bergleute nahm der Abg. Dr. Fleischer (Ztr.) in Schutz. Sie seien an den Berggängen in Mansfeld nicht mitschuldig. Dagegen hätten sich die Sozialdemokraten in einer sehr Sitte und Gerechtigkeit behauptenden Weise benommen. Die Herberufung von Militär nahm auch der konservative Abg. Pauli-Potsdam in Schutz, der die Meinung vertrat, daß der Streik trivial vom Hause gebrochen war. Der mißglückte Versuch war ein gewissenloses Unternehmen.

Der nationalliberale Abg. Vogel ist auch der Ansicht, daß die Unzufriedenheit künstlich in das Mansfelder Revier getragen worden ist, um den neuen Generaldirektor zu bekämpfen. Redner gibt zu, daß auf beiden Seiten gefehlt worden ist, ermahnte aber die Mansfelder Gewerkschaft, trotz ihres Sieges die richtigen Lehren aus den Vorkommnissen zu ziehen. Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Drejski (Vole) und Lehrens (Wirtschaftl. Ver.) gab es noch eine überaus lange Rede des Abg. Künert (Soz.). Die Sitzung konnte erst in der neunten Stunde geschlossen werden.

„Fortschrittspartei“

Soll nach den Wünschen des Zentralausschusses der Freisinnigen Volkspartei die neue einheitsliche linksliberale Partei heißen. Der Zentralausschuss hat die Abg. Dr. Wiemer und Dr. Müller-Meininger erucht, im Vierer-Ausschuss dahin zu wirken, daß für die neue Partei der Name „Fortschrittspartei“ anstelle des vorge schlagenen Namens „Deutsche“ solle, daß Edison sein Versprechen vollständig vergessen hatte. Er war in seinem Arbeitsraum eifrig am Werk, in schmutzige Arbeitskleider gehüllt. Eile tat not. Dr. Dyer raffte Edisons Abendkleidung zusammen, warf sie in den Wogen und den Erfinder hinterher. Während der Automobilsahrt nach New York wurde Thomas Edison von seinem Manager dann so gut wie irgend möglich herausgeholt. Etwas Ähnliches passierte auch bei dem vorigen Jahresbankett. Edison erschien nicht, und als man bei ihm zu Hause nachforschte, stellte es sich heraus, daß er sich seit 24 Stunden nicht hatte sehen lassen. Sofort wurde das ganze Laboratorium abgesucht. In einem verlassenen Raume im Keller wurde schließlich Edison entdeckt; dort hatte er seit 24 Stunden ununterbrochen gearbeitet. Als man ihm erzählte, daß die Gäste auf ihn warteten, wusch sich Edison eifrig Gesicht und Hände und betrat im Arbeitsanzug das Speisezimmer. Er begrüßte kurz die Versammlung, lehnte sich bequem in den Sessel zurück und fiel bald in festen Schlaf. So hielt er es während des ganzen Banketts und ließ sich auch nicht durch den Lärm, der auf ihn ausgeübt wurde, wecken.

Der Unfall. Auf eine Nachfrage, welche die Wiener „Zeit“ bei bekannten Persönlichkeiten über die Bedeutung des Zufalles in ihrem Leben veranstaltet hat, hat sich Ludwig Ganghofer in folgender Weise geäußert: Entweder ist alles ein Zufall oder nichts. Ich glaube das letztere. Und jeder sogenannte Zufall ist für mich eine Folge von Ursachen, deren Zusammenhänge unerforschbar sind. Ich hatte in meiner Jugend einen Bekannten, der in Stuttgart lebte. Daß er mir eines Tages begegnete, als ich nach Stuttgart kam und aus dem Bahnhof herausging, das ist nicht verwunderlich — obwohl er der einzige Bekannte war, den ich in Stuttgart hatte. Er wurde nach München berufen, und als er bei der Abfahrt aus dem Bahnhof heraustrat, war ich der erste, der ihm begegnete. Wir lachten darüber. Dann

Seniileton.

— Coofs Frau und der Nordpolstwindel. Wie aus New York gemeldet wird, soll sich Frau Frederik A. Cool, die Gattin des famosen „Nordpolstwindelers“, in der Nähe von New York infolgs ausfallen und auf eine Gelegenheit warten, ein Finanzarrangement betreffs der Summen zu treffen, die sie seit ihrer Verheiratung Dr. Cool vorgelegt hat. Wie verlautet, hat sie als Frauipand die wertvollsten Teile des Coofschen Tagebuches in Händen, das sie nicht eher herauszugeben gedenkt, bis die Sache der Geldvorläufe ihre befriedigende Erledigung gefunden hat. Ein Bericht-erfasser der „Daily Mail“ hat die beiden kleinen Töchter von Frau Cool, Ruth und Helen, in dem New Yorker Töchterpensionat, in dem sie einige Tage vor Coofs Verschwinden untergebracht worden sind, aufgesucht. Die beiden Kinder wissen nichts von dem Bericht der Kopenhagener Universität, der das wissenschaftliche Todesurteil über den Vater ausgesprochen, und haben auch ihre Mutter seit Wochen nicht mehr gesehen. Ueber das unlaufende Gerücht, daß Frau Cool sich von ihrem Gatten scheiden lassen will, ist aber Außenstehendes so wenig zu erfahren wie über die Behauptung der Bekannten, daß die arme Frau die Aufdeckung des Nordpolstwindels, den ihr Gatte in Szene gesetzt, als demütigende Enttarnung empfinde. Wenn man aber den Bekundungen von Mrs. Stebins, der Gattin des angehenden Mitglieds des „Arctic Club“, und Frau Coofs intimster Freundin Glauben schenken darf, ist die Frau des Windelwindelers über Coofs Vorgehen aufs Heftigste empört und hat von ihm betrübliche Summen zu fordern, die sie während der ganzen Zeit ihrer

Ehe dem Wanne fortlaufend hat zukommen lassen. Denn wie Frau Cool erklärte, hat ihr Gatte von dem Tage der Geburt ihrer jetzt neunjährigen Tochter Helen an auch nicht einen Pfennig für die Lebenshaltung der Familie beigetragen; sie hat nicht nur diese vollständig aus eigenen Mitteln bestritten, sondern hat auch die Kosten seiner Jagdausflüge bezahlt müssen. Als sie Cool betraute, ließ sie Morien Hunt und war die Witwe eines Arztes in Philadelphia. Cool war mit ihrer verstorbenen Schwester verlobt gewesen. Der Wunsch, dem über den Tod der Braut sich untröstlichen Cool in seinem Kummer Halt und Stütze zu bieten, bestimmte sie in der Hauptsache, dem Wanne die Hand zu reichen, der nichts hatte und darauf angewiesen war, von dem Vermögen zu leben, das Mr. Hunt seiner Witwe hinterlassen hatte. Die eine ihrer Töchter, die neunjährige Ruth, ist Frau Coofs Kind aus erster Ehe, das in dem Glauben aufgewachsen ist, daß Cool sein richtiger Vater ist. Der unglückliche Nordpolstwindel soll sich im übrigen nach der Erklärung seines früheren Sekretärs Ransdale in Südspanien aufhalten.

— Der jetzige Edison. Aus New York wird geschrieben: Von dem Zouberer von Menlo Park, Thomas A. Edison, wird ein hübsches Geschichtchen erzählt, das auf die große Fortschrittlichkeit (richtiger vielleicht allzu große Gedankenkonzentrierung) des Erfinders ein bezeichnendes Bild weist. Es war vor ein paar Tagen, Edison sollte dem Jahresbankett der Vereiner der Gesellschaften betreten, die seine Patente verwerten. Die Geschäftsteilhaber des Erfinders, die seine Fortschrittlichkeit kannten, prüften ihm ein, daß er um fünf Uhr des Nachmittags im Park und raufert sich bereit halten solle. Mr. Dyer, sein Vertreter, wurde dann mit dem Automobil bei ihm vorbeigefahren und ihn nach New York fahren. Um fünf Uhr fuhr Mr. Dyer vor der Villa im Menlo Park vor und ent-

Freisinnige Volkspartei" gewählt wird. Die Abg. Storz von der Deutschen Volkspartei und Raumann für die Freisinnige Vereinigung haben auf dem Festmahl des Zentralausschusses am Sonntag nachmittag für ihre Periode ihre Einverständnisse mit diesem Parteianamen erklärt. Mehrfach wird irrtümlicherweise in der Presse angenommen, daß die neue Partei genau so wie einst die Vorgängerin der deutschen Freisinnigen Partei „Deutsche Fortschrittspartei" heißen soll. Um Mißverständnisse vorzubeugen, hebt die „Voss. Ztg." hervor, daß der Zentralausschuß der Freisinnigen Volkspartei ausdrücklich und abtätlich den Namen „Fortschrittspartei" schließlich vorschlägt, wohl in der Überzeugung, daß der Zusatz „deutsch" in heutiger Zeit selbstverständlich und deshalb überflüssig ist. Der Name „Fortschrittspartei" ist j. Zt. auch bei der Bildung der Freisinnigen Volkspartei im Jahre 1898 vorgeschlagen worden, um den Gegensatz gegen die Freisinnige Vereinigung zu kennzeichnen. Eugen Richter aber erklärte damals auf dem ersten Parteitag der Freisinnigen Volkspartei in Berlin, die Vorliebe für den alten Namen „Deutsche Fortschrittspartei" könne nicht allein maßgebend sein. Er hob hervor, daß, während aus Bayern, Baden, Berlin, Brandenburg und einzelnen Gegenden von Rheinland-Westfalen die Rückkehr zu dem alten Namen der „Deutschen Fortschrittspartei" gewünscht würde, dieser Name im Königreich Sachsen, in Hessen und Schlesien auf heftigen Widerstand stöße. Julius Ranmann trat damals besonders eifrig für den Namen Fortschrittspartei ein, weil die Kraft der Partei auf den allen Fortschrittselementen beruhe. Schließlich aber wurde der Name „Freisinnige Volkspartei" mit großer Mehrheit beschlossen. Nachdem nunmehr der Zentralausschuß der Freisinnigen Volkspartei der Veridamlung der drei linksliberalen Parteien zu einer einheitlichen Partei zugestimmt hat, wird demnächst der Vierterauschuß erneut in eine Beratung des Programms und des Organisationsstatuts auf Grund der von ihm von den zuständigen Organisationen der drei Parteien unterbreiteten Vorschläge eintreten. Aldann würden der Parteitag der Deutschen Volkspartei Ende Februar in Stuttgart, der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei am 5. März in Berlin und vermutlich am gleichen Tage der Parteitag der Freisinnigen Vereinigung die im Vierter-Ausschuß endgültig vereinbarten Entwürfe für das Programm und das Organisationsstatut der neuen Partei gutheißen. Sodah sich die „Fortschrittspartei" am 6. März in Berlin auf einem allgemeinen Parteitag von Delegierten aller drei linksliberalen Parteien konstituieren kann.

Der Fall Kurocher und die Zentrumspreffe.

Vater Danno Kurocher ist bekanntlich aus dem Kapuzinerorden, dessen zweithöchste Stelle er als Generaldefinitur in Rom zuletzt bekleidete, ausgetreten und hat sich in London trauen lassen. Zu vertuschen gibt es, so schreiben die „V. N. N." dazu, für die Zentrumspreffe nichts mehr, und auch mit dem dreifachen Ablegen ist es vorbei für ihre Inspiratoren. Sie haben noch bis in die letzten Tage hinein Pöbeln mit den nicht- und viel-sagenden Worten abgepeist, Kurocher lebe in geordneten Verhältnissen und bürgerlichen Verhältnissen. Die für einen Klostermann immerhin auffallende Milderung der bürgerlichen Verhältnisse war eine restrictio mentalis. Herr Bernhard Kurocher, wie er jetzt mit seinem neuen, wiedergewonnenen, bürgerlichen Namen genannt werden muß, ist verheiratet, und er hat eine bürgerliche Ehe ordnungsgemäß geschlossen. Ob er auch den Segen seiner Kirche dazu erhalten hat, ist Nebenfrage. Auch in England gilt die Zivilcivile, wenigstens faktisch. Was hat sie über ihren ehemaligen Liebling alles zusammengepöbelt, die Zentrumspreffe, wissentlich oder unwissentlich und mißbraucht von den Inspiratoren, die durch sie die öffentliche Meinung irreführen wollten. Da wurde von überreizten Nerven geredet, die nun in einem stillen Klosterlein ruhiert werden sollten, nachdem die Ätze und die Kulturen des Predigeramts dem Vater schlecht bekommen waren. Und als die Ansicht aufstande, daß die Kollateralkraft in den italienischen Klöstern, die er inspierte, den Generaldefinitur aus dem Orden getrieben hätte, da war die „gute" Presse gleich bei der Hand, ihn für unzurechnungsfähig zu erklären. Und von denen verlassen und verfolgt, denen er einst alles gegeben war, irrite er allein durch die Welt und — so berichtet das „Neue Jahrhundert" aus sicherster Quelle — nahm endlich die ihm gebotene Hand einer edelgestimmten Frau an, die er schon lange gekannt hatte. Sie ist eine der beiden Töchter des früheren Eisenbahndirektionsrats Schmidt in Augsburg. Anno Karolino, der Vater und Mutter geboren überlebte er nach Berlin. Ich hatte in Berlin eine Premiere, und als ich hinfuhr und aus dem Anhalter Bahnhof herauskam — wer kennt mich als erster Mensch entgegen? — Mein Bekannter von Stuttgart. Wir grüßten kühl und sahen uns nachdenklich an. Und korrespondierten nicht mehr miteinander. Ein Jahr später wurde ich von Jauner als Dramaturg an das Ringtheater berufen. Zreffte in Wien ein, gehe aus dem Westbahnhof heraus — und wer steht da wieder? — mein Stuttgarter! Er erwiderte meinen Gruß nicht, drehte sich um. Brach alle Beziehungen mit mir ab, und wie ich von gemeinsamen Freunden hörte, war er des festen Glaubens, daß jetzt einer von uns zweien sterben müßte. Das ist eingetroffen. 25 Jahre später war einer von beiden tot. — Da hätte der Tod nach so unheimlichen „Warnungen" ja nach eine lange Frist gelassen!

— Gedichte einer Prinzessin. Im Verlag der „Süddeutschen Monatshefte" in München erschien kürzlich ohne Namen eine Sammlung lyrischer Gedichte unter dem Titel: Traum und Leben, Gedichte einer Frühvollendeten. Es hieß zuerst, die verstorbene Kaiserin Elisabeth habe die Gedichte geschrieben. Jetzt aber erfährt man, daß die Verfasserin der Gedichte Prinzessin Mathilde von Bayern war, eine Tochter des Prinzen Ludwig von Bayern, die, im Jahre 1877 geboren, sich im Mai 1900 in München mit dem Prinzen Ludwig von Sachsen-Koburg einem Sohne des Prinzen August von Sachsen-Koburg, vermählte. Sie hatte mit ihrem Gemahl ihren königlichen Aufenthalt in Innsbruck. Im Jahre 1905 schwer erkrankt, starb sie am 6. August 1906 in Davos in der Schweiz. Alle Schilderungen in den Gedichten passen auf den Lebensgang der Prinzessin und auf ihre Heimat, in der sie aufgewachsen war und die sie auf das Innigste bis zuletzt geliebt hat.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Der letzte Vertrag von Frau Dr. Ghardt brachte Konstante. Aus dem letzten Inhalt sei folgendes hervorgehoben. Nach kurzer

sind und in München wertvollen Häuserbesitz hinterlassen haben. Frau Kurocher, die Medizin studiert hat, ist 33 Jahre alt und um 22 Jahre jünger als ihr jetziger Gemahl, der frühere gelehrte Stanzelredner. Das sind alles schauerhafte Geschichten für die Sterikalen, deren Durchschnittsmenge es unschwer sein soll, daß ein Mönch der Ordensgelübde überdrüssig wird und sich nach persönlicher Freiheit und einem anderen Leben sehnt. Das mündliche Leben dagegen, mit seinen Gelüden der Armut, der Keuschheit und des Gehorsams, soll der in katholischer Aufzucht mit dem Begriff der Erbsünde befangenen und von ihr selbst behafteten Menge als das vermeintliche Vorbild des reinsten Lebenswandels gelten. Und nun mußte eine Säule bersten, wie Salomo Kurocher, der nicht im hohen Alter erst, wie König Benno, sondern von der Mittagskühe des Lebens herabstreichend, erkannt hat, daß „alles eitel" ist.

Deutsches Reich.

— Für das Staatsangehörigkeitsgesetz. Die Novelle zu dem längst veralteten Gesetz über „Erwerb und Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit" läßt bekanntlich noch immer auf sich warten. Und ist bei dem ständigen Abbröckelungsprozeß, den wir so über See und auch im europäischen Ausland erleben, dringender geworden und unumstößlicher denn je. Um der Bewegung, die auf Erlass dieses Gesetzes drängt, neue Antriebe zu leihen, veranstaltete die Berliner Männerrechtsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Auslande am kommenden Donnerstag in der Saale der Kriegsakademie eine öffentliche Versammlung, in der Dr. Hans Rätien in Hamburg, der Verfasser des Flugens und autigen Buches „Deutsche, die nicht Deutsche sind", sprechen wird. In der Aussprache, die im Anschluß an diesen Vortrag stattfindet, werden sich auch nationalliberale Parlamentarier beteiligen.

— Die gesundheitsliche Beanspruchung von Gewerbezeigen. Ueber die Beanspruchung von Gewerbezeigen, in denen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet ist, wird die kommende Novelle zur Reichsgewerbeordnung eine Änderung bringen. Für beratige Gewerbe können gegenwärtig durch Beschluß des Bundesrats Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorgeschrieben und die zur Durchführung dieser Vorschriften erforderlichen Anordnungen erlassen werden. Diese Ermächtigung war ausdrücklich nur dem Bundesrat erteilt, weil es bedenklich erschien, eine so tief einschneidende Maßregel in die Hände der Polizeibehörden zu legen. Nach den inzwischen gemachten Erfahrungen erscheint es jedoch erforderlich, dieses Bedenken fallen zu lassen, wenn der mit der Vorchrift verfolgte Zweck erreicht werden soll. Denn es hat sich ergeben, daß in verschiedenen Gewerbezeigen Mißstände in bezug auf die Dauer der Arbeitszeit auf einzelne Gegenden oder sogar einzelne Ort beschränkt sind. Wenn nun in solchen Gewerbezeigen eine Besserung der Arbeitsverhältnisse herbeigeführt werden soll, so wird die Befugnis einer Beschränkung der Arbeitszeit auch den Landeszentralbehörden und den zuständigen Polizeibehörden übertragen werden müssen. Die kommende Novelle zur Gewerbeordnung fügt daher dem § 130 einen neuen Absatz zu, welcher bestimmt, daß in Gewerben, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, falls ein Bundesratsbeschluß nicht erlassen ist, durch Anordnung der Landeszentralbehörden oder durch Verfügungen der zuständigen Polizeibehörden Dauer, Beginn und Ende der zulässigen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorgeschrieben werden kann.

Badische Politik.

Finanzminister Donnell.

Das „Heidelberger Tageblatt" registriert die Meldungen verschiedener Blätter von der Verschlimmerung im Befinden des Finanzministers Donnell und hält die Nachricht von seinem baldigen Rücktritt aufrecht. Neben dem genannten Staatsrat Seubert kommen als Nachfolger Donnells auch ein Heidelberger Kind ernstlich in Betracht. Das Heidelberger Kind, das eventuell badischer Finanzminister werden soll, dürfte Geh. Rat Göller sein. Man nennt meistens die „Vollstimme" als in erster Reihe in Betracht kommend. Er hat Donnell bereits bei der allgemeinen politischen Aussprache vertreten. Ludwig Göller ist etwa zehn Jahre jünger als Donnell; er ist 1853 in Heidelberg geboren, studierte Romantik, wurde 1885 Finanzrat, 1890 Ministerialrat im Finanzministerium, 1898 Geh. Oberfinanzrat, 1899 Direktor der Amortisationskasse (heute Staatsbilanzenverwaltung).

Schilderung des Wertegangs, und der journalistischen Periode des Dichters ging die Rednerin auf den Reiz des individuellen Moments, den gemalten Vorhellen des modernen Berliner Lebens, der Adels- und Bürgerliche ein. Zwei Probleme hat Fontane mit steigender Reife behandelt: die Vermählung in „Abalera" und in „Effie Brühl"; die freie Liebe in „Jünglinge und Wirtungen" und in „Eline". Fontane verneint bei beiden den städtischen Ausgang. Hier wie in einzelnen, zum Vorigen bezogenen Gebilden tritt Fontanes fatalistische Weltanschauung, seine Überzeugung vom Wollen eines ewigen Sittengesetzes zu Tage. In „Eline" und „Effie" hat Fontane ein neues Stoffgebiet, die Volkswelt erobert. Vornehm und menschlich warm. Besonders „Effie" ist ein Meisterwerk, dem in „Jeanne Leibel" die Schilderung der Bourgeoise ebenbürtig zur Seite steht. Fontanes märkisch-deutsche Balladen werden nur von Liliencron erreicht. In der Wiederholte von Gedichten ist er unerreicht. — Der nächste Vortrag, welcher Freitag den 21. ds. von 5—6 Uhr im Saal. Gemeindegasse stattfindet, wird Ursachen und Wirkungen der literarischen Revolution bringen.

Das Pfläzische Konservatorium für Musik in Neuhauß der-anhaltete im Saalbau ein Künstlerkonzert in dem sich die neuen Bekannte der Anstalt zum ersten Male öffentlich vorstellen. Man lernte in Hl. Kunemarie Cafe eine gesungene, sehr musikalische Sängerin, in Richard Mann einen ordentlichen Cellisten und in Paul Stoye aus Mannheim einen Pianisten kennen, der durch Technik und Ausarbeitung des geistigen Gehalts in gleicher Weise auffiel. In dem Zusammenhang verdient Erwähnung, daß Stoye neue, auf der Grundlage der Weithaupt'schen Theorien aufgebaute neue Klavierstücke, das Fingerpiel der alten Schulrichtung durch ein Spiel der gebundenen und befreiten Armmassen zu erziehen, durch den Leiter der Anstalt, Carl Götze, den Bruder der Mannheimer Künstlerin, als Unterrichtsmethode für die ganze Anstalt eingeführt ist.

Schuldtrau wegen Vertragsbruch zur Zahlung von 15 000 M. verurteilt. Der Schauspieler Schindler hatte mit dem Theaterdirektor v. Berger im Jahre 1905 einen Vertrag abgeschlossen, nach dem er sich bis zum 31. Mai 1909 für das Deutsche Schauspielhaus

Demokratische Agitationsfähigkeit.

— Freiburg i. Br., 18. Jan. Nach einer durch die jüngsten Feiertage bedingten Pause nahm hier das öffentliche politische Leben heute abend seinen Anfang. Der demokratische Verein veranstaltete eine Versammlung, in der Herr Landtagsabgeordneter, Direktor Dr. Heimbürger, vor einer sehr zahlreich erschienenen Versammlung über die Demokratie sprach. Der kompositorische Redner wurde bei Beginn seiner Rede mit Beifallsbekundungen überschüttet. Die großen Hoffnungen, die man auf ihn setzte, sollten nicht enttäuscht werden: in anerkannt meisterhafter Weise sprach der Referent 1½ Stunden. Seine Rede war ein rhetorisches Meisterstück. Erst ritt er eine scharfe Kritik gegen das preussische Junkertum, dann widmete er dem Zentrum einige Aufmerksamkeit u. beleuchtete dessen sogenannte Demokratie; hierauf beschäftigte er sich mit dem konservativ-liberalen Block und anschließend daran mit dem badiischen Großblock, der eine konfessionell-meritale Mehrheit verbündete, um zum Schluß näher auf die Ziele und Aufgaben der Demokratie einzugehen. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen.

Budgetrede des jungliberalen Abgeordneten Oberamtsrichter Dr. Koch.

Bei der allgemeinen politischen Aussprache im badiischen Landtage hielt der jungliberale Abgeordnete Oberamtsrichter Dr. Koch folgende Rede:

Der Herr Finanzminister hat in seiner Rede hinsichtlich der Beamten geäußert, es sei ein gewisser Hang zu ruhigem und bequemen Leben, der sie in den Staatsdienst ziehe. Damit hat er die Beamten — so wird es wenigstens ausgelegt — als etwas faule und bequeme Leute hingestellt, und diese Beurteilung hat in den Kreisen der Beamten sehr verstimmt und mit Recht verstimmt. Ich sehe mich deshalb veranlaßt, mit aller Energie Protest hiergegen einzulegen. Die große Mehrzahl der Beamten hat ihr redlich Zeil Arbeit, und wenn es auch richtig ist, daß es drauhen auf dem Lande manche Amisstellen mit nicht übermäßiger Arbeit gibt, so sind diese Amisstellen nicht geschaffen, damit die Beamten dort wenig zu arbeiten haben, sondern sie sind geschaffen im Interesse der Bevölkerung, damit die Bevölkerung nicht zu weite Wege zu den Behörden, mit denen sie zu tun hat, zurücklegen hat.

Der Abg. Kömig hat ganz richtig hervorgehoben, daß aus den Äußerungen des Herrn Finanzministers ein gewisser Mangel an Wohlwollen gegenüber den Beamten gesprochen habe. Es ist dadurch in den Beamten das Gefühl erweckt worden, daß ihre Tätigkeit nicht richtig eingeschätzt wird, und das ist durchaus nicht geeignet, ihre Dienstfreude zu erhöhen.

Der Herr Finanzminister hat auch wieder die Grundfrage der Sparsamkeit verhandelt, und ich bin mit dem Prinzip vollkommen einverstanden. Ich bin mit dem Herrn Finanzminister auch darin vollständig einverstanden, daß es unzulässig ist, Beamtenstellen lediglich deshalb zu schaffen, weil diese Ämter auf solche Stellen vorhanden sind. Aber andererseits möchte ich doch auch dringend bitten, daß besetzende nothwendige Stellen besetzt werden und daß sie nicht durch billigerer Dienstverweiser verwalet werden, denn darauf besteht ein Anspruch, daß die vorhandenen Stellen durch ständige Beamte besetzt werden.

Der Herr Finanzminister hat dann dem Landtag mit der Höhe des „persönlichen Aufwands" etwas grufelig gemocht. Er hat ausgeführt, daß von unserem Gesamtstaatsaufwand über 40 Millionen oder 40 Prozent auf den persönlichen Aufwand entfallen. Das ist eine sehr hohe Ziffer. Allein es geht hier wie mit allen statistischen Zahlen: Man muß sich näher ansehen, was dahinter steht. So ist es auch hier. In diesem persönlichen Aufwand stecken nämlich allein 17,2 Millionen Schulaufwand, den man doch abziehen muß. Wenn man dann diese Ziffer gewiffermaßen gegen die Beamten anführt, so müssen auch 2 weitere Millionen abgezogen werden, die für Dienstreisen und Unzulagen ausgegeben werden; denn für den Steuerzahler ist es zwar einerlei, für was er das Geld zahlen muß, aber für den Beamten ist dies doch lediglich ein Ersatz für Auslagen, die er gehabt hat.

Es ist ferner noch zu berücksichtigen, daß wir für das Reich die Erhebung von Zöllen beforgen und daß uns das Reich für diese Aufwandsleistung jährlich etwa 2½ Millionen vergütet. Das sind also auch keine direkten Ausgaben von unserer Seite. Zieht man alle diese Posten ab, so bleibt ein persönlicher Aufwand von 20 und nicht von 41,7 Millionen, wie der Herr Minister angegeben hat.

Ich gebe nun dem Herrn Minister auch ohne weiteres zu, daß wir zu viele Beamte haben, und zwar nicht zu viele Beamte für die Arbeit, die heute von ihnen zu beforgen ist, sondern zu

in Hamburg verpfändete. Für den Fall des Vertragsbruchs war eine Strafe von 15 000 M. ausbedungen worden. Trotzdem ging Schuldtrau im Sommer 1905 einen Engagementsvertrag mit dem Deutschen Theater in Berlin ein. Er verlangte von dem Theaterdirektor v. Berger Entlassung aus dem Vertrage und machte geltend, daß ihm das Hamburger Kima nachteilig sei. Eine ärztliche Untersuchung ergab nichts zu seinen Gunsten. Der Vorprozeß, den Schuldtrau gegen den Theaterdirektor v. Berger geführt hatte, verlief zu seinen Ungunsten. Seine Klage auf Entlassung aus dem Vertrage ist endgültig abgewiesen worden. Nunmehr hatte der feinerzeit bezagte Theaterdirektor Klage gegen Schuldtrau auf Zahlung der Vertragsstrafe von 15 000 M. erhoben. Mit dieser Klage drang der Kläger in allen drei Instanzen durch. Landgericht und Oberlandesgericht Hamburg erkannten auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung. Das Oberlandesgericht führte aus, daß unabweisbar ein Vertragsbruch vorliege. Der Beklagte habe gemäß der Meinung sein Kommen, daß ihn der Kläger aus dem Vertrag entlassen werde. Was die Strafe anlangt, so sei sie nicht zu hoch. Es sei bei solchen Verträgen üblich, das Jahresgehalt als Höhe der Vertragsstrafe festzusetzen. So habe der Beklagte mit dem Theaterdirektor Reinhardt von dem Deutschen Theater zu Berlin sogar einen Vertragsstrafe von 18 000 M. vereinbart, trotzdem er dort für die ersten Jahre nur 10 000 M. und für die weiteren 12 000 M. Jahresgehalt erhalte. Diese Strafe sei aber deshalb nicht zu hoch, weil der Theaterdirektor Interesse daran habe, schauspielerische Kräfte sich auf Jahre hinaus zu sichern, um sie für sich heranzubilden und mit ihnen Kunstwerke ersten Ranges in künstlerischer Vollkommenheit zur Aufführung zu bringen. Das sei aber nicht möglich, wenn die Künstler mit ihren Engagements nach Belieben wechseln. Das Reichsgericht hat jetzt das Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg durch Zurückweisung der Revision des Beklagten bestätigt. (M.-Z. III 78/09.)

Nationalpönde für Rikentron. Die Sammlung für eine Nationalpönde für die hinterbliebenen Rikentrons ergab, wie uns aus Hamburg gemeldet wird, 38 000 Mark.

viele Beamte deswegen, weil zu viele Arbeit da ist durch eine ungeschickte Einteilung, durch eine ungenügende Benutzung der modernen Hilfsmittel, insbesondere der Stenographie, der Schreibmaschine und dergleichen. Es wird weiter auch zu viele Arbeit durch besser bezahlte, höher gestellte Beamte besorgt, die recht gut durch Beamte niedrigerer Gehaltsklassen mit demselben Erfolge versehen werden könnte. Es wird sich im Laufe der weiteren Verhandlungen Gelegenheit finden, näher hierauf einzugehen. Hier will ich nur anführen, daß am 1. April d. J. mit Einführung der Zivilprozessnovelle beim Amtsgericht Mannheim durch die Erhöhung der Zuständigkeit des Amtsgerichtes einige Richter notwendig werden. Ich bin nun der Ansicht, daß dort eine Vermehrung auch nicht um einen einzigen Richter notwendig wäre, wenn man die Stenographie und die Schreibmaschine richtig ausnützen würde. Denn auch das ist ein Fehler, daß viel zu viel selbst geschrieben wird. Wer schreibt denn heute bei der Industrie noch selbst? In einem größeren Geschäft fällt es keinem Chef und keinem Abteilungs Vorstand ein, seine Schreibarbeit selbst zu besorgen; es wird alles diktirt, nachstenographirt und mit der Schreibmaschine geschrieben. In unserer Verwaltung aber wird bis zu den höchsten Beamten hinauf alles selbst geschrieben, und dadurch wird eine Menge Zeit verbraucht, die viel besser und nützlicher verwendet werden könnte.

Allerdings wäre es für eine ausgedehntere Anwendung der Stenographie notwendig, daß endlich einmal der alte Streit zwischen den Systemen entschieden würde. Ich halte da die wohlwollende Neutralität, die die Regierung gegenüber den beiden größten Systemen anwandte, nicht für richtig. Ich bin der Ansicht, es müßte von Reichswegen endlich einmal für ein System entschieden werden, das dann allgemein eingeführt werden sollte. Dann aber könnten wir durch allgemeine Verwendung der Stenographie eine Menge Zeit und Geld sparen. Ich bin hier durchaus unparteiisch, ich trete keinem der Systeme zu nahe, denn ich kenne leider keines von beiden.

Es wird auch sonst bei uns zu umständlich gearbeitet. Als vor hundert Jahren unser Großherzogtum zusammengefaßt wurde, da waren es, so erzählt man sich, eines Tages mehr als eine halbe Million Seelen, und da sollen die damaligen Geheimräte in den Ministerien die Hände über dem Kopfe zusammengeschlagen und sich beim Landesfürsten dahin verwendet haben, man könne um Gottes Willen niemanden und keinen Gebiets- teil mehr dazu nehmen, man wisse bis jetzt noch nicht, wie alle diese Leute regiert werden könnten (Heiterkeit). Dieses System der Zentralregierung, die alles selber besorgt und zu wenig den unteren Behörden überläßt, ist leider noch heute bei uns sehr im Schwunge. Ich will nur ein charakteristisches Beispiel anführen, das glücklicherweise wieder beseitigt worden ist.

Mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs war auch eine neue Bestimmung herausgekommen, daß, wo die Vornamen-änderungen dem Justizministerium übertragen worden sind, das Amtsgericht lediglich die Vorbereitungsarbeiten zu machen, die Entscheidung aber das Ministerium zu treffen habe. Nun bin ich der Ansicht, wenn irgend jemand von seinen unvor- sichtigen Eltern den schönen Namen Abraham oder Anastasius erhalten hat und will ihn mit dem wohlklingenden Namen Artur oder Alfred vertauschen, so ist das keine so wichtige Angelegenheit, daß das Ministerium damit beschäftigt werden müßte. Das hat dann auch das Justizministerium eingesehen, und die Bestimmung ist wieder geändert worden. Man kann aber noch eine ganze Reihe von Fällen finden, wo die Erledigung ruhig einer unteren Behörde überlassen werden könnte.

Wenn der Herr Finanzminister sparen will und Vereinfachungen einführen will, so bin ich der Ansicht, daß das nicht von oben herunter geschehen kann. Ich bin der Ansicht, daß man sich dabei die praktischen Erfahrungen der Leute, die an unteren, mittleren oder höheren Stellen stehen, und ihre Vorschläge zu Ratze machen sollte. Es ist in jeder größeren Fabrik üblich, daß für die Arbeiter und Beamten, die irgend eine kleine Betriebsverbesserung vorschlagen, sogar Prämien ausge- setzt werden, die die Leute anreizen, über solche Verbesserungen nachzudenken. Ähnliches sollte man auch bei uns tun und sich die praktischen Erfahrungen der Beamten nutzbar machen. Es wäre sehr empfehlenswert, wenn nicht immer bloß vom Mini- sterium aus verfügt würde, wie gespart werden soll, sondern wenn etwa eine Kommission von Beamten aus allen Klassen zusammengesetzt und den Leuten dann die Frage vorgelegt würde, was und wo nach ihrer Ansicht gespart werden und was einfacher und was zweckmäßiger gestaltet werden könnte.

Ich möchte auch beim Herrn Finanzminister anfragen, wie es beim Sparen bei den anderen Ministerien gehalten wird. Man hat bisher nur von seinem eigenen Ministerium und den ihm unterstellten Behörden etwas gehört. Bei den anderen Mini- sterien scheint es auch nicht möglich gewesen zu sein, irgend welche Maßnahmen zu treffen.

Der Herr Finanzminister hat sich sehr energisch dagegen ver- wahrt, daß man ihm den Vorwurf mache, er wende das Gehalts- gesetz illegal an. Darin hat er allerdings insofern recht, als er sagt, daß er sich an das Gesetz gehalten habe. Allein, wie ist denn die Sache in der Praxis? Wir geben nach dem Gesetze eine Zulage von 100 oder 150 M. und nun kommt das Finanz- Ministerium und entzieht dem Beamten, der beispielsweise im Neben- amt eine Kasse verwaltet hat, das bisher hierfür gewährte Neben- gehalt von 400 bis 600 Mark. Der Effekt ist dann doch der, daß der Beamte einige hundert Mark weniger bezieht als vor der Revision des Gehaltstarifes, die doch deswegen gemacht wurde, weil man die Gehälter der Beamten für zu niedrig hielt. Das ist doch kein richtiger Zustand, und man kann es den Beamten nicht verdenken, wenn sie nun mit Beschwerden und Eingaben kommen. Daß die 100 oder 150 M. mehr pensionsberechtigtes Einkommen sind, ist doch kein Unterschied; ich bekomme für das pensionsberechtigte Gehaltsverhältnis auch kein größeres Glas Bier als für das nicht pensionsberechtigte. Ich will jetzt nicht näher auf diesen Punkt eingehen, es wird sich Gelegenheit ergeben, bei der Besprechung der Interpellation, die meine Fraktion einge- bracht hat, darüber zu reden.

Es sind mir auch Fälle bekannt, wo die Sparsamkeit des Herrn Finanzministers recht bedenkliche Folgen gehabt haben soll. Hierbei gehören insbesondere die Steuerbehörden. Dort herrscht, wie mir gesagt worden ist, ein solcher Personalmangel, daß eine Reihe von Anträgen auf Steuernachlaß nicht hat behandelt werden können, weil die Referenten keine Zeit gehabt hätten, die Sache gründlich zu prüfen und es eventuell auf einen Prozeß entkommen zu lassen. Man hat lediglich aus Personalmangel ge- wiffenmaßen mit den Leuten Vergleiche schließen müssen, damit sie zufrieden sind und es zu keinem Prozeß kommt.

Auch das Verhalten der Regierung bei der Gehaltsrevision scheint mir nicht richtig zu sein. Die Beamten haben auf die Gehaltsaufbesserung lange gewartet, die Regierung hat aber

ihren Wünschen nicht Rechnung getragen, sondern die Vorlage so knapp aufgestellt, daß der Landtag, der Vertreter der Steuer- zahler, sich veranlaßt gesehen hat, über eine Million zuzulegen. Wenn die Sache anders gewesen wäre, wenn die Regierung eine Vorlage mit reichlicheren Sägen gemacht hätte, und wenn sie dem Landtage überlassen hätte, daran zu streichen, dann wäre, wie ich glaube, die Position der Regierung jetzt eine viel ange- nehmere und günstigere, denn dann könnte sie alles Obium auf den Landtag abladen. Dadurch, daß sie umgekehrt vorgegangen ist, ist es gekommen, daß jetzt die Beamten — das beweist die Flut von Anträgen und die Masse von Gesuchen — den Landtag als den Vertreter ihrer Interessen gegenüber der Regierung an- sehen. Ich glaube nicht, daß das ein gesunder Zustand ist, meines Erachtens sollte das Umgekehrte der Fall sein.

Der Herr Finanzminister hat auch erwähnt, daß man nicht großzügig sparen könne. Ich glaube da nur den Herrn Finanz- minister auf die Güterwagengemeinschaft hinweisen zu brauchen, die uns jährl. 800 000 Mark erspart. Ich meine, das ist eine Art von großzügiger Sparsamkeit. Wenn wir weiter bei un- sereu Bauten sehr sparen würden, so wäre auch das eine Art großzügiger Sparsamkeit. Wir müssen da die Frage ansprechen und näher prüfen, ob es nicht überhaupt zweckmäßig wäre, wenn wir das ganze Bauen auf eigene Rechnung aufgeben und die Bau- ausführungen an Privatunternehmer vergeben würden. Vielleicht wäre das ein Weg, auf dem den so oft besagten Ueberschreitungen etwas Einhalt getan werden könnte.

Ich komme nunmehr zu dem Artikel in der „Karlshafen Zeitung“, der zu den Wahlen erschien, und ich freue mich, in der Beurteilung dieses Artikels mich vollständig in Uebereinstim- mung mit dem Herrn Staatsminister zu befinden. Unser Frak- tionen-Redner hat diesen Artikel für überflüssig erklärt, und der Herr Staatsminister hat gesagt, die Regierung sei sich bewußt gewesen, daß der Artikel nicht die mindeste Wirkung haben werde. Ich glaube, daß er damit auch nichts anderes gesagt hat, als daß er überflüssig war, daß die Regierung eben ohne zwingende Not ihre Autorität auf das Spiel gesetzt hat.

Der Herr Minister hat uns auch das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten vorgeworfen, er hat dieses Zusammengehen bebauert und gesagt, wir hätten doch schließlich gerade so gut mit dem Zentrum zusammengehen können, ohne unsere Grundzüge zu ändern. Aber das war auch gerade unsere Ansicht. Wir sind mit der Sozialdemokratie zusammengegangen, weil wir wußten, daß das unsere Grundzüge nicht im mindesten berühre.

Wenn der Herr Staatsminister lobann auf die revolutionä- ren Ziele der Sozialdemokratie und darauf hingewiesen hat, daß diese mit dem heutigen modernen Staate unvereinbar seien, so muß ich demgegenüber sagen: Sind vielleicht die letzten Ziele der Zentrumspartei mehr mit dem modernen Staatsgedanken zu vereinbaren als die letzten Ziele der Sozialdemokratie? Da- rüber habe ich sehr erhebliche Zweifel (Rufe beim Zentrum: Ob!), und die Gefahr, daß diese Gedanken zur Ausführung kom- men und sich in die Praxis umsetzen, ist viel größer als die Ge- fahr eines sozialdemokratischen Zukunftsstaates. (Sehr richtig links). Der Herr Abg. Maser hat ja diese letzten Ziele ge- schilbert, ich brauche darauf nicht weiter einzugehen; ich möchte nur einige Bemerkungen machen.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat über den Herrn Abg. Maser geäußert, daß er sich früher vom Zentrum habe wählen lassen und heute einen solchen Standpunkt einnehme. Ich wür- dere mich, daß er sich wundert. Der Herr Abg. Maser hat sich allerdings von Ihnen (zum Zentrum) wählen lassen, er stand dann lange Jahre in enger Verbindung mit Ihnen und Ihrer Partei, hat dadurch Ihre Partei und Ihre Grundzüge genau ken- nen gelernt, und da dürfen Sie sich nicht wundern, daß er auf seinen jetzigen Standpunkt gekommen ist (Heiterkeit). Dachen beim Zentrum; Abg. Fehrenbach: Diese Begründung unterschreibt der Abg. Seimburger nicht! Heiterkeit und Zustimmung beim Zentrum).

Dann hat der Herr Abg. Fehrenbach der Sozialdemo- kratie ein Verzeichnis ihrer Fehler vorgehalten; er hat ihr etwas übertriebenes Selbstbewußtsein und den Ton ihrer Presse mit Recht hervorgehoben, wobei es nichts geschadet hätte, wenn er auch etwas auf den Ton seiner eigenen Presse eingegangen wäre. Hinsichtlich der Sozialdemokratie müssen wir uns nun vor die Tatsache stellen, daß wir nun einmal eine Arbeiterbewe- gung haben, die stark und kräftig ist, die ihren Anteil an dem Volksleben verlangt; daß die Art der Entlohnung und nicht ent- spricht, daß wir gewünscht hätten, sie hätte einen andern Weg ge- nommen, daß wir das nicht nur für unser deutsches Volk, sondern auch für die Arbeiter selber für besser und vorteilhafter gehalten hätten, das ist eine Sache für sich. Allein über die brutale Tat- sache, daß diese starke Arbeiterbewegung eben da ist, darüber kommen wir nicht hinweg. Ich halte es deshalb für viel zweck- mäßiger und vernünftiger, sich mit dieser Tatsache abzufinden und, wenn die Herren sagen: wir wollen mit euch arbeiten, darauf zu sagen: Gut, wir sind bereit, wir schlagen ein, arbeitet mit uns! Da hat der Herr Minister des Innern in erfreulicher Weise gesagt, daß das auch sein Standpunkt sei. Ich kann ihm nur erwidern, daß wir aus derselben Anschauung heraus zu dem sogenannten Großklub, dem Einheitsklubkommen mit der So- zialdemokratie gekommen sind. Unsere Parteigrundzüge hat das in keiner Weise berührt. Wir haben uns nur lediglich deshalb gefunden, weil wir der Ansicht waren, daß es für unser habliches Land und für unser habliches Volk kein größerer Unglück als eine Zentrumsherrschaft geben könne und wir haben in dem Bewußtsein gehandelt, gerade unsere Pflicht gegen die Entwicklung des Landes und Volkes zu tun, für seine Zukunft zu sorgen, in- dem wir diesen sogenannten Großklub abschließen haben.

Hinsichtlich der Mitarbeit der Sozialdemokratie können wir darauf verweisen, daß die Sozialdemokratie bereits im letzten Landtag recht eifrig mitgearbeitet hat; ich erinnere nur an die Landwirtschaftskommission und an die Kerkstammer (Lachen beim Zentrum), die gegen das Zentrum zustande gekommen sind. Ich weise auch darauf hin, daß wir noch in keinem Landtag so schnell und so viel wie diesmal gearbeitet haben. Wenn irgend etwas nicht gegangen ist, so ist es bis jetzt die Hierherer gemessen. Allein, wenn ich auch der Ansicht bin, daß die Sozialdemokraten auch in diesem Punkte einmal über ihre Parteigrundzüge hin- wegkommen könnten, muß ich doch sagen: Wenn irgendwas bis jetzt Schwierigkeiten gemacht worden sind, und wenn die Sache nicht gediehen ist, so sind daran Schwierigkeiten schuld, die von einer Partei ausgingen, deren Grundzüge ihr nicht verbieten, die Sache so zu machen, wie sie vorschlagen war.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat natürlich auch wieder die Präzidentenfrage angeschnitten. Die Sozialdemokratie hat erklärt, sie übernimmt alle Verpflichtungen, die geschäfts- ordnungsmäßig und verfassungsmäßig sind und das hat uns genügt; das hat offenbar früher auch dem Zentrum genügt; denn wenn es ihm nicht genügt hätte, so hätte wahrscheinlich im Jahre 1905 Herr Laub den Vizepräsidentenposten nicht angenommen.

Vor Weihnachten haben wir uns mit einer für unser Land sehr wichtigen Frage, mit der Frage der Schiffabgaben ab- gaben, befaßt. Es ist damals in Aussicht gestellt worden, daß wir mit Württemberg in Verbindung treten würden. Ich habe nun aber nach guten Informationen zu meinem großen Erstaun- nen gehört, daß seit dieser Zeit vonseiten unserer Regierung nichts geschehen ist. Dabei brennt und tatsächlich das Feuer auf den Räkeln, denn in etwa 14 Tagen wird die Frage im Bundes- rat entschieden. Ueber diesen Punkt möchte ich den Herrn Mini- ster um Auskunft bitten. Ich habe den Eindruck bekommen, daß es sich in dieser Frage als ein großer Fehler gezeigt hat, daß ver- schiedene Ministerien mit den Fragen zu tun haben, die hiermit eng zusammenhängen: bei den Schiffabgaben und bei Aus- nahmung der Wasserkräfte das Ministerium des Innern, bei den Eisenbahnfragen das Ministerium des Groß- Hauses. Ich glaube, daß es dringend notwendig wäre, daß wir uns ein eigen- es Verkehrsministerium schaffen, dem alle diese Gegen- stände und aus dem ohnehin sehr überlasteten Ministerium des Innern außerdem noch Handel, Industrie und Gewerbe überwie- sen werden. Ich verlange aber nicht die Schaffung eines beson- deren Ministeriums, sondern ich bin der Ansicht, daß die sonstige Tätigkeit des Ministeriums des Groß- Hauses und der äußeren Angelegenheiten sehr wohl einem der anderen Ministerien über- tragen und von diesem mitbesorgt werden könnte. Die Ausbe- nutzung der Wasserkräfte für die Erzeugung der Elektrizität usw., die Frage der Schiffabgaben des Rheins und die Frage der Reduktion der Eisenbahnfrage auf das allernächste zusammenhängen und die von ein und derselben Zentrale aus bearbeitet und geleitet werden müssen, wenn nicht die Erledigung dieser Geschäfte den schwersten Schaden leiden soll. Ich glaube, daß der schwersten Gefahr vor- gebeugt worden wäre, wenn wir schon viel früher versucht hätten, uns mit Bayern und Württemberg zu verständigen. Da muß ich wirklich fragen: Wozu haben wir denn unseren Gedanken in München, wenn in dieser Richtung gar nichts geschieht?

Der Herr Abg. Lehner hat von einem 18-Millionenprojekt gesprochen. Ich möchte bemerken, wenn damit die Ausbeutung der Murgalawasserkräfte gemeint ist, müßten wir dieses 18-Millionen- projekt freudig begrüßen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich an die Regierung die Frage richten, wie es mit dem Prioritätsrecht steht, der ich entsprochen hat, indem ein mal behauptet wurde, der geistige Urheber jenes ersten Projektes sei nicht Professor Reibrod, sondern es habe eigentlich die Generaldirektion zum Urheber.

Des weiteren hat der Herr Staatsminister erklärt, daß er und das gesamte Ministerium gemäßigt liberal sei. Er hat dies heute dahin präzisirt, daß er etwa den rechten Flügel der Nationalliberalen vertrete. Ja, dann hätte der Herr Staatsminister und das Staatsministerium auch mit dem Großklub einverstanden sein müssen, denn unser Volkstum ist mit der Zustimmung auch des rechten Flügels und mit einer solchen Einmütigkeit erfolgt, daß man fast von Einstimmigkeit reden kann, und die Leute auf unserer rechten Flügels haben ebenso mitgemacht wie die auf dem linken Flügel.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat bei dieser Gelegenheit wieder Herrn Fieser gegen uns ausgespielt. Er hat Herrn Fieser gelobt und ihn zurückgewiesen. Ich erwidere diese Freundschaft und Höflichkeit, indem ich meinerseits gern zugebe, daß es uns viel angenehmer wäre, wenn drüben statt des Herrn Wacker Herr Leubner der Führer wäre. Im allgemeinen scheint es aber, daß man erst einige Zeit tot sein muß, bis man als Liberaler bei den Herren vom Zentrum Anerkennung findet (Heiterkeit), und ich habe auch den Eindruck, daß dem Herrn Abgeordneten Fehrenbach die toten Liberalen viel lieber sind als die lebendigen (Heiterkeit). Wir sind aber noch lebendig und hoffen, daß dem Zentrum auch noch recht oft zu zeigen (Abg. Fehrenbach: Wenn ich von den Lebenden spreche, ist es nicht recht, und wenn ich von den Toten rede, ist es auch nicht recht!).

Der Herr Abg. Fehrenbach hat von dem jungliberalen Terrorismus gesprochen. In der ganzen Fraktion, unter den 17 Herren, sind Herr Köhler, Herr Schmidt-Singen und ich jung- liberal, und von Terrorismus habe ich noch nichts bemerkt. Sie wissen auseinander gar nicht, welche nette, lebenswichtige Werte wir alle sind (Heiterkeit). Es scheint, als ob der Herr Abg. Fehren- bach und mit einer gewissen Antipathie betrodelt, und es kommt noch so vor, als ob diese Antipathie überhaupt keine Ursache darin habe, daß der Jungliberalismus zu derselben Zeit einseitig hat, zu der ein bekannter Führer des Zentrums triumphiert und der Quali- fication des Liberalismus gesprochen hat. Ich möchte den Herrn Abg. Fehrenbach doch bitten, uns Einzelfälle zu zeigen, in denen wir unsern Terrorismus angewendet haben, und ich glaube, daß wenn er das mit mehreren Tatsachen beweisen soll, ihm das doch recht schwer wird.

Er hat auch wieder die Trennung von Staat und Kirche vorgebracht. Unsere Partei hat sich darauf feigelegt, in dem Geise vom Jahre 1860 einen richtigen Ausgleich zu finden. Ich möchte den Herrn Abg. Fehrenbach nur fragen, weshalb sich denn das Zentrumprogramm von 1877 für Trennung von Staat und Kirche ausgesprochen hat?

Sehr erregend war es, welches Spiel der Herr Abg. Fehrenbach der Regierung und den Parteien gegenüber getrieben hat. Der Regierung hat er etwas Zuderkrot offeriert, dann wieder mit dem Stode gedroht und es dann bei den Sozialdemokraten und uns ebenso gemacht. Bezüglich seines Verhaltens gegenüber der Regie- rung ist es sehr merkwürdig, daß er jetzt auf einmal durchaus bereit ist, mit ihr zusammenzuarbeiten, während noch vor vier Wochen im „Blätter Voten“ und „Freiburger Tagblatt“ die schäms- lichen Artikel gerade gegen den Herrn Staatsminister von Tusch zu lesen waren. Es ist sehr auffallend, daß das vollständig vergessen ist. Der Herr Abg. Fehrenbach hat sich der Regierung angeboten, obwohl diese erklärt, daß sie gemäßigt liberal sei. Er hat nicht nur das getan, sondern sogar selbst ein ganz liberales Programm aus- gestellt, auf das er sich verpflichtet hat, allerdings so allgemein, daß man für irgend eine konkrete Frage die Stellung des Zentrums aus ihm niemals wird erlesen können (Abg. Fehrenbach: Wachen Sie es besser!). Er hat sich sogar wieder für die Simultan- schule ermart, seinen Standpunkt allerdings recht veräußert. Bei der Wärme, mit der das Zentrum gewöhnlich von der Simultan- schule zu sprechen pflegt, wenn ein Zentrumsmann außerhalb des Hauses sich für die Simultan- schule ausdrückt, muß ich immer an die alte Fabel vom Fuchs denken, dem die Trauben zu teuer waren.

Bei den Ausführungen des Herrn Abg. Fehrenbach über die Politik des Zentrums war mir viel mehr interessant als das, was er gesagt hat, das, was er ausgelassen hat. Wenn er sich der Regierung zur Verfügung stellt, so hätte er eigentlich auch sagen müssen, was die Regierung dafür zahlen muß. Ich glaube, daß eine Regierung, auch wenn sie nur gemäßigt liberal ist, sich niemals in die Arme des Zentrums werfen kann. Sie könnte sich gerade so gut in die Arme des bekannten Münchener Volkstüm- mens, der eisernen Jungfrau, werfen, das würde ungefähr den gleichen Effekt für die Lebensdauer dieser Regierung haben.

Der Herr Abg. Fehrenbach hat sich auch als Hüter der alten badischen Verfassung betätigt. Das Klinge sehr schön, man hätte näm- lich unsere gute badische Verfassung in ihren Augen fragen, weil diese verruchten Nationalliberalen durch die Einrichtung der „Kon- kurrenz“ daran gerüttelt hatten. Ich habe hier das Schreiben, das in dieser Sache an unsere Organisations- kommission ge- richtet wurde; da heißt der erste Absatz: „Aus mehreren Wahlkreisen, die nicht durch

nationalliberale Abgeordnete im Landtage vertreten sind, ist der Parteileitung der Partei gegenüber, einen Abgeordneten unserer Partei zu bezeichnen, an den sich die Angehörigen unserer Partei aus diesen Wahlkreisen mit ihren Angelegenheiten wenden können. Diefem Punkte kommen wir nach usw. Ich weiß nicht, was da irgendwie verfassungswidrig ist. Ich gehe soweit, zu behaupten, daß in sämtlichen anderen Parteien wohl ähnliche Einrichtungen in der einen oder anderen Form bestehen (Abg. Hehrenbach: Solch ein Zeugnis machen wir nicht). Wenn sie nicht bestehen, so möchte ich doch sehr begreifen, ob, wenn ein guter Zentrumsmann aus dem sozialdemokratischen oder liberalen Kreis der Partei zu Herrn Hehrenbach kommt, dieser ihn dann fortjagt. Ich glaube, daß er diesen Ankömmling auch entgegennehmen, und zu vertreten versuchen wird; er wird ihm nicht sagen: Du mußt dich an Herrn Krüger oder Herrn Köhler wenden (Abg. Köpff: Krüger bestellst mir ihn keinen). Allerdings muß ich dem Herrn Abg. Hehrenbach zugeben, daß wie da nicht die Leitung des Vereins verlangen, wenn so ein Mann zu uns kommt und etwas von uns will. In der Beziehung bin ich entgegenkommend. Ich kann Herrn Hehrenbach versichern, daß er, wenn er einmal als Bürger Hehrenbach mit einem Anliegen zu einem liberalen Abgeordneten von Freiburg kommen wird, dann auch das liebendste Entgegenkommen finden wird (Wochen im Zentrum, Heiterkeit).

Nun komme ich auf die Grund- und Häusersteuer und möchte an die Regierung die Anfrage richten, bis wann wir die in Aussicht gestellte Vorlage zu erwarten haben. Es hat sich dieses nötige Verlangen des Schuldenabzugs bei der Gemeindeförderung als äußerst hart und drückend gezeigt, und es ist sehr dringend eine Abhilfe notwendig. Ich will mich nicht näher auf die Frage einlassen; allein die Lage vieler Grund- und Häuserbesitzer ist so, daß Abhilfe geschaffen werden muß und daß sie bald geschaffen werden muß.

Eine weitere Frage, die die Regierung auch einmal in Erwägung ziehen sollte, und von der bereits gestern gesprochen wurde, ist die bezüglich der Besteuerung der Acker in der Nähe der Städte. Es ist richtig, daß die Besteuerung nach dem wirklichen Wert der Grundstücke der Spekulation entgegensteht; allein es ist auch wieder richtig, daß, wenn tatsächlich noch Randwälder in der Nähe der Städte Acker haben und noch ihren Erwerb davon ziehen, es für sie außerordentlich drückend ist, wenn sie diese Ackergrundstücke jetzt als Baugrundstücke versteuern müssen.

Lebhaftest Beschwerten sind ja auch bezüglich der Landesbahnerhöhung erhoben. Hierüber zu sprechen, wird sich später noch Gelegenheit geben.

Eine weitere Anfrage möchte ich an die Regierung bezüglich der staatsbürgerlichen Erziehung richten. Hier hat ja in den letzten Jahren eine lebhafteste Bewegung eingesetzt. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß der Durchschnittsbildungsstand der Einrichtungen eines Staats, seiner Gemeinde usw. so gut wie nichts oder äußerst wenig weiß, und es sollte da etwas mehr getan werden. Auf den Mittelschulen kann es ja leicht dadurch geschehen, daß der Gegenstand als Lehrplan aufgenommen wird, allein bei den Volksschulen ist die Frage erheblich schwieriger, denn die Kinder sind ja meist mit 14 Jahren noch nicht reif, das zu verstehen, oder, wenn man es ihnen vorträgt, haben sie es wieder vergessen, bis sie es brauchen können. Es wird daher in Frage kommen, ob nicht während der Fortbildungsschulzeit oder vorher noch ein derartiger Unterricht eingeschoben werden soll. Jedenfalls ist die Frage wichtig und eingehender Erwägung wert.

Der Herr Abg. Hehrenbach hat sich dann dahin geäußert, daß ihm die Ausführungen des Herrn Kollegen König über die Eisenbahnpolitik sympathisch seien. Ich glaube, daß er den Herrn Kollegen König nicht richtig verstanden hat. So ist es nicht, daß wir Nationalliberalen uns jetzt mit Hurra auf eine Erhöhung der Tarife einlassen wollen. Das fällt uns gar nicht ein. Das ist eine Frage, die sehr ernsthafter Erwägung wert ist. Wir sind der Ansicht, daß die Besserung unserer Eisenbahneinnahmen, unserer Finanzen vor allem auf einem anderen Wege versucht werden soll; auf dem Wege der Gemeinschaft. Das wollen wir für eine viel bessere Lösung der Frage als die Erhöhung der Tarife. Wir haben nur erklärt, daß, wenn es nicht anders ginge, wir über diese Frage eventuell mit uns reden lassen würden.

Ich komme dann mit einigen Worten auf die Reichsfinanzreform, die ja von den Herren reichlich behandelt worden ist. Es ist da gesagt worden, daß von der Seite der Liberalen und der Sozialdemokraten sowohl Entstellung und Düge in in den Wahlkampf hineingetragen worden sei. Besonders der Herr Abg. Schmidt-Breiten hat ja recht lebhaft Klagen geführt. Ich glaube aber, daß der Herr Abg. Schmidt am wenigsten Unheil hätte, hier solche Klagen zu führen. Ich erinnere ihn an das Flugblatt, das in dem Landtagswahlkreis Heidelberg-Band verbreitet worden ist, wo fast darüber gedruckt war: „Nationalliberale Partei“, wobei der Einbruch erweckt wurde, das Flugblatt ginge von uns aus, während darunter stand: „Wahl der konservativen Kandidaten Schmidt“. Das war auch ein Wahlzettel, aber der allgeringfügigsten Art. Dem möchte ich auf Flugblätter zu sprechen kommen, die in dem Wahlkreis des Herrn Schmidt selber verbreitet worden sind. Man liest da: „liberale Schindlerpolitik“, „Bauernfängerpolitik“, denkt daran, daß die Liberalen unsere Kandidaten mit Gift und Galle bestrafen, daß sie keine Lüge und Verdrehung scheuen“, die Liberalen werden auch in diesem Wahlkampf kein Mittel unversucht lassen“, die Liberalen in ihrer bekannten unehrlichen Kampfmethode werden mit „Lügen und Ohrschneiderei auf dem Plage erscheinen“, „Holt Euch nicht von den mandatsbungrigen und hochherabenden Volksverrättern vor den großkapitalistischen Wagen spannen“ (Abg. Köpff: Bauernfänger!).

Dann ein Flugblatt: „Kenzingen am Scheideweg!“ In ihm heißt es: „Wer ist Schuld an den immer wachsenden Kosten, Steuern und Abgaben? Die liberale Regierung! Wer hat seit 50 Jahren die Gesetze geschaffen, die beim Bau eines Häuseralles, eines Kamins, einer Scheuer oder eines Hauses fast alle freie Selbstbestimmung ausschließen? Die liberale Regierung!“ „Wer hat euch das gute alte Volksrecht genommen, eure Kenzinger Kirchweibe nach eurem Belieben zu halten? Die liberale Regierung!“ (Große Heiterkeit). Ein Mann, in dessen Wahlkreis solche Flugblätter verbreitet worden sind, hat keinen Anlaß, sich über die Handlungen anderer Parteien zu beklagen (Abg. Schmidt-Breiten: Es sind aber keine Unwahrheiten!). Es sind doch keine Wahrheiten! (Abg. Schmidt-Breiten: Gewiß sind es Wahrheiten!)

Der Herr Abg. Schmidt-Breiten hat unser Zusammengehen mit der Sozialdemokratie mit Schärfe gerügt, weil sie eine nationale Partei sei. Ich möchte ihn fragen, wie er das Bündnis des Bundes der Landwirte mit den Massen in Hannover beurteilt. (Abg. Schmidt-Breiten: Erstickt nicht, ist nicht richtig!) Nach meiner Information ist es richtig. Dann möchte ich noch eine Frage an Herrn Schmidt richten: Es hat vor einigen Wochen in der Zeitung gestanden, und meines Wissens ist kein Widerspruch dagegen erfolgt, daß im Jahre 1906 gewissermaßen schon ein Bündnis zwischen der Sozialdemokratie und dem Bund der

Landwirte in seinem Wahlkreis geschlossen war. (Abgeordneter Köpff: Verächtlich!) und nur durch den Abbruch des Stimmabkommens zwischen den Liberalen und der Sozialdemokratie vereitelt wurde. (Abg. Schmidt-Breiten: Ist nicht wahr! Jura! bei den Sozialdemokraten: Ist doch wahr!) Ich möchte den Herrn Abg. Schmidt-Breiten eruchen, darüber etwas nähere Auskunft zu geben.

Ueber die Reichsfinanzreform will ich keine weitere Kritik üben, nur vorlesen, was einige Zentrumblätter darüber geschrieben haben. Die „Merikale, Oberhessische Volkszeitung“ schreibt: „Der Millionär trägt auch bei der neuesten Steuerreform wieder den Lebersteiner, der arme Mann den schweren Koffer! Eine solche Art und Manier verstoßt gegen die Grundsätze des Christentums. Man macht sich zum Schrittmacher der Sozialdemokratie. Die Schädlichkeit, die hier entwickelt wird, übertrifft alles auf diesem Gebiet bisher dagewesene!“

Und das „Schwarzwalder Volksblatt“ schreibt: „Wie das Wort von der „misera contribuens plebs“, von der armen steuerzahlenden Masse mehr am Plage als bei der Unmasse neuer indirekter Steuern, die von der jetzigen Mehrheit des Reichstags dem Volke beschert worden ist. Bei einer Belastung des deutschen Volkes um 1/2 Milliarde neuer Steuern, zu der noch mindestens 100 Millionen an Erhebungskosten, Gratifikationen an die Bundesbeamten, Liebesgaben an privilegierte Klassen und ähnliche Aufwendungen kommen, sollte man es eigentlich für selbstverständlich halten, daß wenigstens alle Kreise und Schichten des Volkes etwas zu den neuen Steuern beitragen, wenn auch nicht nach ihrer Leistungsfähigkeit. Diese Annahme wäre indessen ein Irrtum. Es gibt eine Klasse, die nicht bloß nichts zu zahlen hat, sondern die noch profitiert, das ist der Großgrundbesitz. Unsere Zentrumsgesandten hätten nie und nimmer zugeben dürfen, daß der Großgrundbesitz ungeschoren davon kommt.“

Und dann, führe ich ihnen einen weiteren Zeugen für die Güte der Finanzreform an, den Herrn Staatsminister. Er hat gesagt, die Regierung habe die Reichsfinanzreform lediglich angenommen, weil sie in der Lage war sich sagen zu lassen: Vogel friß oder stirb! Eine härtere Kritik an diesem Gesetzgebungswerk ist auch von unserer Seite niemals geübt worden!

Der Herr Abg. Hehrenbach hat dann auch wieder unser Stichwortschlachten getadelt. Der Herr Kollege Müller hat schon in das richtige Licht gerückt, daß das Zentrum das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie erlaubt findet, wenn es ihm nützt, daß es es aber tadelnswert findet, wenn es ihm schadet. Ich hätte nicht gedacht, daß der Herr Abg. Hehrenbach bestreitet, daß das Zentrum die Sozialdemokratie schon durch seine Wähler unterstützt hat. Da hat ein Zentrumsmann, allerdings ein einzelner Zentrumsmann, gesagt: „Man macht uns vom Zentrum auch Vorhalt, weil wir mit den Sozialdemokraten zusammengehen. Was ist denn da dabei? Wenn zwei mit Stokkerten unten am Ochsenfuß sind und haben zu schwer aufgebunden, so ist es doch einfache, wenn sie abstellen, und einer dem andern heraufhelft.“ Es war das nur ein einzelner Zentrumsmann, aber dieser einzelne ist mir gegenüber, es war der Herr Abg. Dietzle. (Abg. Dr. Schäfer: Aber er bestreitet das! Teilen Sie das auch der Versammlung mit). Das ist mir nicht bekannt. (Abg. Dr. Schäfer: Dann sollten Sie eben die Mäntel lesen, daß Sie es erzählen.) Die „Konstanzer Nachrichten“ schreiben: „Wir betrachten die Herrschaft des Nationalliberalismus als ein schweres Unglück für unser Volk. Die durchgreifende Wiederherstellung des Einflusses dieser Partei hätte in unsern Augen Charakter und Bedeutung einer rettenden Tat.“ Dann schlägt diese Zeitung vor: „Für die Wahl von 1909 steht zu erwarten, daß in mindestens 60 Wahlbezirken Zentrum und Sozialdemokratie zusammen eine ausgesprochene absolute Mehrheit erlangen können. Ein Bündnis der beiden Parteien, bei dessen Durchführung der Sozialdemokratie rund 26 Mandate zufallen könnten, würde für alle übrigen Parteien zusammen kaum mehr als ein Duzend Mandate übrig lassen. In diesem Falle wäre die gründliche Wiederherstellung des Nationalliberalismus erzielt. Wie würde man sich dazu stellen, wie darüber urteilen? Man kann es sich ganz leicht denken. Und wie wollten wir uns verhalten? Das wäre gar nicht schwer. Wenn wir so handeln würden, wäre es an sich genau das was die Nationalliberalen 1905 getan haben. Nur wäre es eher zu rechtfertigen als das Bündnis der Nationalliberalen, während es andererseits in Hinsicht auf das Erhalten des sozialdemokratischen Einflusses weniger gefährlich wäre.“ Ja da sind Ansichten, bei denen von einer grundsätzlichen Abneigung gegen die Sozialdemokratie nichts zu spüren ist.

Dann muß ich, wenn es auch alte Geschichten sind, wieder darauf zurückkommen, daß 1897 das Zentrum der Sozialdemokratie in der Residenz die Mandate in die Hände gespielt hat, und daß von einem einzelnen Zentrumsmann gesagt wurde, daß dies lediglich eine berechtigte Ausübung des Rechtes der freien Wahl sei. Das geschah auch wieder von einem einzelnen Zentrumsmann, nämlich Herrn Theodor Wader. Derselbe einzelne Zentrumsmann hat die Auslieferung der Residenz an die Sozialdemokratie als hochverrätlich bezeichnet und erklärt, daß er alles getan habe, daß Baffermann 1903 in Karlsruhe nicht durch Zentrumstimmen unterzogen worden sei. Schließlich muß ich auf das Plakat zurückkommen, das 1907 in München angeschlagen und vom Zentrumswahlkomitee untergeschrieben war, in dem es heißt: „Tretet Mann für Mann für den sozialdemokratischen Kandidaten ein“. Dann ist es auch nicht richtig, Herr Abg. Hehrenbach, daß Ihr Zusammengehen mit der Sozialdemokratie in Bayern nur gemacht wurde, um die direkte Wahl durchzuführen, sondern das Bündnis war auch noch für die erste Wahl nach der Änderung des Wahlrechts geschlossen.

Der Herr Abg. Hehrenbach hat darüber gespöttelt, daß Herr Abg. Köpff und vorgeworfen habe, wir wären schuld, daß wir gewissermaßen noch keinen Rechtsstaat in Deutschland hätten, wir hätten doch die ganze Entwicklung in den letzten 50 Jahren in der Hand gehabt. Ich glaube, wenn es überall in Deutschland so aussehen würde wie in Baden, hätte der Herr Abg. Köpff das nicht gesagt. Aber daran, daß Breußen in der politischen Entwicklung noch so weit zurück ist, sind die Konservativen Schuld und das Zentrum, das mit diesen zusammengeht.

Dem Herr Kollegen Köpff möchte ich bemerken, daß, wenn er behauptet, daß wir im Reiche nicht mit der Sozialdemokratie zusammengehen, daran die Sozialdemokratie selbst Schuld ist, weil sie sich in allen Militärfragen ablehnend verhält. Wenn die Sozialdemokratie wirklich so national ist, wie der Herr Kollege Franz sie geschildert hat, sollte sie, meine ich, im Interesse des deutschen Volkes allmählich dazu kommen, auch mit diesem Programmpunkt fertig zu werden.

Der Herr Kollege Hehrenbach hat anerkannt, daß der Herr Kollege König erklärt hat, wir wollten keinen Kulturkampf. Aber er hat das sofort widerrufen und gesagt, Herr König müsse dann den Herrn Baffermann am Ohr zuweisen, da dieser mit Bülow zusammengestanden habe, der den Kampf gegen Rom geführt habe.

Wo hat denn Bülow einen Kampf gegen Rom geführt? (Abg. Hehrenbach: Baffermann hat es ja gesagt!) Das ist wieder die übliche Identifizierung von Zentrum und Rom. (Abg. Hehrenbach: Aber Baffermann hat es ja gesagt!) Ich habe nicht gesehen, daß unser Parteichef das gesagt hat. Ich kenne natürlich nicht alles, was er gesagt hat. Es war aus der Rede des Herrn Hehrenbach nicht ersichtlich, daß er nur zitiert hat. (Abg. Reuhaus: Es hat in der Zeitung gestanden!)

Herr Hehrenbach hat aus dem neuen Testament den schönen Satz eingeführt: „Selig sind die Sanftmütigen und selig sind die Friedfertigen.“ Ich möchte ihm empfehlen, diesen Satz der Zentrumspresse als weiteren Untertitel anzusetzen.

Der Herr Abg. Hehrenbach hat sodann über den Ton im Kampf gegen das Zentrum gesprochen. Wenn da eine solche Tonart geführt worden ist, so mißbilligen wir das, wir müssen dann aber auch von ihm verlangen, daß er auf der anderen Seite für das Gleiche eintritt. Wenn das Westfälische Blatt einen recht berden Ton angeschlagen hat, so muß ich sagen, in der Wahlzeit kann man nicht jedes Wort auf die Waagschale legen, und dann ist auch die Situation des Blattes zu beachten. In jener Gegend erscheint eine ganze Anzahl kleiner Zentrumblätter, und es gilt auch da das Wort, daß schlechte Beispiele die guten Sitten verderben.

Was nun den Ton betrifft, der in den Zentrumskreisen selbst herrscht, so will ich davon einige kleine Proben geben. Ich erinnere an die Äußerungen der „Freien Stimme“ aus dem August vorigen Jahres: „Die Liberalen schleichen umher wie die geistlichen Hunde.“ (Abg. Dr. Schäfer: Klapperchlangel!) Dasselbe Blatt schreibt: „Der Liberalismus ist soweit heruntergekommen, daß kein Hund mehr ein Stück Brot von ihm nimmt.“ Des weiteren erinnere ich an den Aufruf eines Esslinger Zentrumskreises: „Wenn Ihr nicht wollt, daß die Krustige von den Wänden gerissen werden, wählt Zentrum!“

Dann kommt schließlich noch das „Schöne, Das Billinger Volksblatt“ schreibt: „Wärde sich das Volk in seiner Mehrheit vom Christentum ab- und dem Liberalismus zuwenden, dann würde es der Herrschaft der Sinnlichkeit anheimfallen. Denn wenn es durch den Liberalismus das „Nöbere“, nämlich die Erkenntnis der ewigen Wahrheit und Gerechtigkeit verliert, dann hat es eben nichts anderes mehr als Sinnlichkeit, und unter der Kleinherlichkeit der Sinnlichkeit muß der Mensch physisch und moralisch verkommen, er sinkt um Tier herab, bei dem es nur Sinnlichkeit gibt. Nebenbei bemerkt, höher auch das Streben des Liberalismus, die Abstammung des Menschen vom Vieh heranzuleiten.“ Dann heißt es weiter: „Also an der großen Zahl der Verbrechen in Niederbayern sei der Liberalismus unschuldig? Oha! Umgekehrt! Jedes Verbrechen, jedes Vergehen ist ein Opfer an den Liberalismus. Unter dem Verberben des Liberalismus leidet nämlich die gesamte Menschheit.“ So könnte ich Ihnen noch weiteres vorlesen, und solange Sie, Herr Abg. Hehrenbach, mir nicht ähnliche Produkte aus liberalen Blättern bieten (Abg. Hehrenbach: D. Jellisch). Haben Sie kein Recht, sich über das Tun der Gegner zu beklagen. (Beifall bei den Nationalliberalen).

Die Reichsluftschiffakademie.

Stuttgart, 18. Januar.

Durch die Presse ging vor kurzem die Nachricht, daß die Errichtung einer Reichsluftschiffakademie in Friedrichshafen, wie sie im Antrage Baffermann und von Hertling vorgeschlagen worden war, nicht zulässig sei, da nach § 4 der Reichsverfassung, Errichtungen von Unterrichts- und Hochschulen den Bundesstaaten vorbehalten waren. Demgegenüber veröffentlichten nun heute in der „Württembergischen Zeitung“ die Professoren, Robert-Strasburg, Jellinek-Heidelberg, Kohler-Berlin und Franz-Tübingen ihre übereinstimmende entgegenge setzte Ansicht. Das an und für sich ist, daß durch die im Artikel 4 der Reichsverfassung enthaltene Aufzählung der Angelegenheiten, welche der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches unterliegen, dieses nicht gebindert wird, Anstalten zu errichten und zu erhalten, durch welche das Recht der Einzelstaaten nicht beschränkt oder aufgehoben wird. Die Reichsverfassung erachtet als solche Anstalten das Statistische Amt und die Abteilung für Arbeiterstatistik, Zentraldirektion der Monumenta Germaniae historica, die ständige Anstalt für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg, die physikalisch-technische Reichsanstalt, das archäologische Institut in Rom und Athen, das deutsche Institut für ögyptische Altertumskunde inairo, die römisch-germanische Kommission in Frankfurt a. M. Die Rechte der Einzelstaaten, führt er aus, hinsichtlich der Verwaltung ihrer Unterrichtsanstalten wird dadurch nicht beeinträchtigt, daß das Reich Anstalten errichtet u. verwaltet, welche wissenschaftliche oder technische Kenntnisse erweitern sollen und daher zum Unterrichtsweesen gerechnet werden können. Es bestehen jedoch zwei Rechtsätze zur näheren Bestimmung dieses Rechtes, nämlich: 1. Das Reich hat kein ausschließliches Recht zu solchen Anstalten, falls es nicht durch ein Reichsgesetz begründet wird. Durch Gründung einer Luftschiffakademie seitens des Reiches wird also kein Staat gebindert, eine solche auch auf eigene Kosten zu errichten. 2. In den räumlichen Anlagen solcher Reichsanstalten besteht die Wechselseitigkeit desjenigen Staates, in dessen Gebiet sie sich befindet, fort.

Kahler legt keinen Zweifel, daß das Reich ohne Kompetenzbeschränkung seines jetzigen Zustandes in der Lage ist, eine Luftschiffakademie zu gründen, da das Luftfahrzeug ein schätzbares Mittel der Landesverteidigung darstellt. Jellinek zählt zu den Kompetenzen des Reiches auch diejenige der Errichtung von Unterrichtsanstalten und führt als Beleg dafür die Marineakademie und die Marineschulen an. Franz endlich meint, daß dort, wo die Reichsverfassung im Artikel 4 von der Zuständigkeit des Reiches spricht, es sich um deren Abgrenzung gegenüber anderen kollidierenden Kompetenzen, nämlich solchen der Einzelstaaten handelt. Eine Kollisionsfrage liegt aber hier gar nicht vor, denn die Einzelstaaten können ohne Zweifel Luftschiffakademien errichten; erst wenn dieses verboten wird oder der Reichsakademie eine exklusive Position gegeben wird, würde eine Verringerung der Reichsverfassung nötig sein.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 19. Januar 1910.

* Der Jungliberale Verein Mannheim hielt gestern abend im Hotel zum „grünen Baum“ in L. 12 bei Mitglied Billinger seine Generalversammlung ab, bei der Vorsitzende, Herr Prof. Dr. Köpff, mit der Eröffnung des Jahresberichts eröffnete. Darnach wurden im verfloffenen Jahr acht Versammlungen abgehalten. Bei Erwählung der Landtagswahlen, durch die die Abhaltung der Monatsversammlungen eine Unterbrechung erfuhr, gab der Redner seiner lebhaften Freude darüber Ausdruck, daß es gelungen ist, drei Vertreter der Jungliberalen in den Landtag zu bekommen. Der Führer, Oberamtsrichter Dr. Köpff,

Ausdruckreichster Kälblin-Baden-Baden und Schmidt-Singen. Speziell die letzte Wahl habe in den jungliberalen Kreisen große Freude hervorgerufen. Dieser Erfolg sei nur durch die geradezu vorbildliche Art und Weise errungen worden, mit der die dortigen Parteigenossen im Verein mit ihrer Partei den Wahlkreis bearbeitet hätten. Sehr erfreut sei man auch über die Wahl des Herrn Dr. Koch. Hoffentlich werde die lobliche Arbeit, die ebenso wie bei Herrn R.-A. König auf seinen Schultern ruhe, für seine Gesundheit von keinen nachteiligen Folgen begleitet sein. Unter dem lebhaften Beifall der Versammlung bezeichnete es der Redner weiter als eine erfreuliche Erscheinung, daß es im Wahlkreis Mannheim gelungen sei, in der Person des Herrn Benginger einen jungliberalen Kandidaten aufzustellen. Herr Benginger habe gegen den populärsten Zentrumskandidaten zu kämpfen und trotzdem sei es gelungen, den Gegner in der Stimmenzahl zu überflügeln. Das beweise doch, daß die Jungliberalen nicht das Schreckgespenst seien, als das sie vielfach hingestellt wurden. Zum andern habe der Woblausfall aber auch bewiesen, daß man mit der Kandidatur einen sehr guten Griff gemacht habe. Redner gibt seiner lebhaften Freude darüber Ausdruck, daß es den Jungliberalen möglich ist, ihre volle Ueberzeugung mit der Stellungnahme der Landtagsfraktion zum Ausdruck bringen zu dürfen. Auch seien die Jungliberalen zum erstenmal in der angenehmen Lage, der Reichstagsfraktion in jeder Weise lebhaft Anerkennung zu spenden. Er möchte die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, dem hochverehrten Parteichef, Herrn Kassmann, den tiefgefühltesten Dank des Vereins zum Ausdruck zu bringen für die energische Betonung der liberalen Grundzüge unserer Partei und für den energischen Kampf der Fraktion gegen das unsoziale Steuerflüchlerwerk der schwarz-blauen Mehrheit. Man wolle hoffen, daß die gelegentlich der Reichstagsreform zutage tretende Annäherung an die linksliberalen Parteien in den nächsten Monaten sich noch verstärken und daß die linksliberalen Parteien dazu beitragen, daß die Beziehungen der beiden liberalen Fraktionen im Reichstag sich noch inniger und besser gestalten. Auch dürfe man die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, Herrn Dr. Koch den Dank und die vollste Zustimmung auszusprechen zu dem in einem Artikel gemachten Vorschlag, daß die natl. Partei ungekämpft die Arbeiten zu einer Verhandlung mit den anderen liberalen Parteien einleiten sollte, damit bei den nächsten Reichstagswahlen in ganz Deutschland in jedem Wahlkreis nur ein liberaler Kandidat aufgestellt wird. Gleichzeitig sollte man der Reichstagsfraktion zu wissen tun, daß man einmütig hinter diesem Vorschlag stehe. Redner schloß seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Aufforderung, unermüdet weiter zu arbeiten an den zwei Hauptaufgaben: innerhalb der natl. Partei auf dem Gebiet der inneren Mission dafür zu sorgen, daß neben dem Wort national das Wort liberal die unterstrichen wird und zum andern dafür, daß zwischen der nationalliberalen und der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft immer mehr Brücken der Versöhnung und Verständigung geschlagen werden. In dieser Arbeit wolle man auch in diesem Jahre Betriedigung finden. Zu eine Diskussion nicht gemüht wurde, erbatte Herr Hauptlehrer Knobel den Kassenbericht, der befriedigende Kassenverhältnisse anzeigt. Nach der Dechargeerteilung würdigte der Vorsitzende mit herzlichem Worten die großen Verdienste des Herrn Knobel, der seinen Uebertritt zum Reichstagsamt als äußeres Zeichen der Anerkennung eine Schreibermappe mit Widmung. Herr Knobel dankte herzlich für die Ehrung und gab das Versprechen, daß er noch wie vor für den jungliberalen Verein tätig zu sein werde. Ohne wesentliche Debatte werden dann folgende Satzungsänderungen geteilt: Ordentliche Mitglieder zahlen mit Rücksicht darauf, daß die Jungliberalen Mütter allein 2 M. kosten, einen Winderjahresbeitrag von 3 M. Der Winderbeitrag für außerordentliche Mitglieder wird auf 5 M. erhöht. Der Vorstand besteht aus dem 1. Vorsitzenden, dem Stellvertreter, Schriftführer, Kassier und mindestens 12 Beisitzern. Die Hauptversammlung findet jeweils im Januar statt. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl folgender Herren: 1. Vorsitzender Herr Prof. Karl Drös; 2. Vorsitzender: Herr Fabrikant Karl Winterwerb; Beisitzer die Herren Gastwirt Wilhelm Wiffinger, Handelskammersekretär Dr. Arthur Blaustein, Beamtenamt Friedrich Jodera, Oberamtsrichter Dr. Friedrich Koch, Hauptlehrer Josef Mayer, Buchbindermeister Carl Koll und Kaufmann Carl Stoll. Rengewählt wurden Herr Hauptlehrer Ludwig Haas als Kassier, Herr Kaufmann Christoph Becker als Schriftführer und die Herren Kaufmann Badtschat, Oberamtsrichter Dr. Albert Kornmayer, Rechtsanwalt Dr. Gustav Böhner, Glasmeister Gg. Pomeroy jr., Oberingenieur Siegfried Hartmann, Prof. Thobede, Professor Dr. Beinert und Mediziner Richard Schuselber als Beisitzer. Die Redaktionen Ortsgruppe befragt wieder die Herren Benginger und Siebert. In den Vorstand des Nationalliberalen Vereins werden die Herren Drös und Haas gewählt, in den kleinen Ausschuß die Herren Winterwerb, Dr. Blaustein, Koll, Becker und Dr. Böhner. Als Herr Dr. Böhner noch die Verdienste des Vorsitzenden gebührend gewürdigt hatte, wurde die Versammlung durch Herrn Prof. Drös mit der Bitte um rege Propaganda für den kommenden Dienstag stattfindenden Bierabend, geschlossen.

Theologische Prüfungen. Die in diesem Frühjahr abzuhaltende erste theologische Prüfung soll Dienstag den 6. April, vormittags 9 Uhr, ihren Anfang nehmen. Gesuche um Zulassung sind spätestens bis zum 5. März d. J. an den Evang. Oberkirchenrat zu richten. Die zweite theologische Prüfung beginnt Dienstag den 12. April, vormittags 9 Uhr. Die Meldungen um Zulassung sind spätestens bis zum 12. März d. J. bei dem Evang. Oberkirchenrat einzureichen. Die näheren Angaben können aus der im A. W. u. W. Nr. 1 veröffentlichten Bekanntmachung entzogen werden.

Vollzug der Gewerbeordnung. Im Gehebes- und Verordnungsblatt für das Großherzogtum Baden Nr. 2 ist die neue Verordnungsblatt des Ministeriums des Innern über den Vollzug der Gewerbeordnung vom 31. Dezember 1909 abgedruckt und kann von Interessenten auf dem Bureau der Handelskammer eingesehen werden.

Der 5. Verbandstag des Verbandes der Bureau, Kassen- und Rechnungsbeamten der Badischen Staatsbahnen findet kommenden Sonntag hier statt. Der Verband zählte am 1. Januar d. J. in 13 Bezirksvereinen, deren Sitz sich in Karlsruhe, Mannheim, Offenburg, Wasel, Heidelberg, Redelsheim, Straßburg, Freiburg, Balingen, Waldbrunn, Konstanz, Oberhofen und Pforzheim befindet, 354 Mitglieder, d. h. 99 mehr wie im Vorjahre. Die nächsten Vereine sind in Karlsruhe mit 147 und Mannheim mit 117 Mitgliedern. Ueber den Verlauf der nächstjährigen Tagung werden wir berichten.

Vortrag. Am Donnerstag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im oberen Saale des „Eichbaums“, P 5, 9, eine Vortragsm-

lung des Männervereins der beiden Pfarreien der Konradienkirche statt, in welcher Herr Stadtschulrat Dürer einen Vortrag über: „Luthers Stellung zu den sozialen Fragen seiner Zeit“ halten wird. Wir laden unsere Mitglieder hierzu freundlich ein und bitten um rege Beteiligung.

Zeitungsbeurteilungen über die deutsche Handlungsgewerkschaft. Ueber dieses interessante Thema spricht morgen Donnerstag im hiesigen Bezirksverein des Vereins für Handlungskommiss von 1858 in dessen Vereinslokal Restaurant „Rau“ (Friedrichsplatz 6 II) das Mitglied der Verwaltung dieses Vereins Herr Direktor G. Ottinger aus Hamburg. Die Mitglieder des Ober Vereins sind zu diesem Vortrag besonders eingeladen.

Aus dem Schöffengericht. In der Wirtschaft „zum Storch“ in J 1 gerieten in der Neujahrsnacht verschiedene Burtschen morgens früh in Streit mit dem Wirt, weil dieser ihnen keine Getränke mehr verabfolgte. Dann trafen sie mit einem noch in der Wirtschaft befindlichen Gast dem Kapellmeister Friedrich Wasm. Dieser erhielt von dem Vordränger Bernhard Schmitt im Verlaufe des Streites einen Messerschlag. Aus der Wirt die Streitenden glücklich auf die Straße gebracht hatte, bedachte Schmitt Wasm nochmals mit Zuckerschlag. Das Schöffengericht verurteilte gegen den Messerschläger zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten.

Aus Ludwigshafen. Die 23 Jahre alte ledige Dienstmagd Maria Wilhelm vom Braunkellerhof bei Reustadt a. R. ist seit 1. Oktober hier in Stellung, hat sich am 14. Januar nachmittags von ihrer Dienstherrschaft entfernt, um zu einem Zahnarzt zu gehen, schied aber nicht mehr zurück. Der Dienstherr glaubt, daß sich das Mädchen ein Leid angetan hat. Einwohler Angaben sind an die Polizei Ludwigshafen zu richten.

Wetterberichte. Oberhofen, 18. Jan. Schneehöhe 40 cm. Temperatur 2° N., Elsbahn und Nebenbahn gut, Völsleibahn Strecke gut, Elsbahn-Kennbahn und Schiffsbahn gut, Wetterausblick für die nächsten Tage: Neuschnee, sonst günstig, Barometerstand niedrig.

Bestattung des Stadtrats Emil Wagenau.

Die Halle des Krematoriums erwies sich heute wieder einmal als zu klein für die überaus große Zahl derer, die sich eingekannt hatten, um dem in der Nacht vom Samstag zum Sonntag so plötzlich aus diesem Leben abberufenen Stadtrat Emil Wagenau die letzte Ehre zu erweisen. Sehr stark waren namentlich die jüdischen Kollegien vertreten. Wir sahen die Herren Oberbürgermeister Martin, Bürgermeister Ritter und Bürgermeister Dr. Finzer, vom Stadtrat die Herren Varber, Varn, Vattenstein, Wausch, Darmstädter, Frenyag, Gorb, Köhler, Wainzer, Linb, Orth, Reidel, Dr. Stern und Wagenheim, vom Stadtvorstandsvorstand Herr Wilhelm Julia, zahlreiche Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums und des Freisinnigen Vereins, des Vorsitzenden der Freisinnigen Landespartei, Herrn Dr. Weill-Karlsruhe, Herrn Stadtschulrat Dr. Sicking, Herrn Direktor Dr. Weber, Herrn Stadtschulrat Dr. Stephan, Herrn Straßenbahninspektor Löwit, Herrn Gaswerksdirektor Fischer und zahlreiche Vertreter der kommerziellen Kreise Mannheims und Ludwigshafens. Eine Fülle von kostbaren Trauerpenden bedeckte den Sarg und erstreckte sich weit in die Halle hinein.

Nach den wehmütigen Klängen des Harmoniums, die die Trauerfeier einleiteten, hielt Herr Stadtvorsteher Simon die Gedächtnisrede, der das Hibelwort Sprüche Salomonis, Kap. 2. Vers 2: „Ein treuer Mann wird viel geliebt“ zugrunde lag. In trefflichen Worten wies der Geistliche darauf hin, welcher Werteschatz sich der Heimgegangene infolge seines gemeinsinnigen Wirkens, infolge seiner ausgezeichneten Charaktereigenschaften erwarb. Treue war sein hervorsteckendster Charakterzug, treu bis zum letzten Atemzuge war er seiner Familie, seinem Beruf, seinen mannigfachen Ehrenämtern ergeben, vor allem auch dem Verein für Orientkolonien, dessen Vorsitzender er seit 1903 war. Die treute er sich, wenn er die Kolonisten im Sommer besuchte, wie war er hoch beglückt, wenn die Jugend ihn wie einen Vater begrüßte, wenn er hörte, wie wohl es den Kindern gehe und wie dankbar sie seien. So wird sein Name unvergessen bleiben.

Nach den üblichen Gebeten trat als Erster Herr Oberbürgermeister Martin an die Bahre, um namens des Stadtrats Abschied zu nehmen von dem Manne, der 30 Lebensjahre, ein ganzes Menschenalter, in hohen Ehren, in selbstloser Bürger-tugend seiner zweiten Heimatstadt Mannheim genüßte. Ein lieber Freund, ein treuer Kollege, ein kluger Berater mit reicher Lebenserfahrung, ein warmherziger Mensch und ein ausgezeichneter Charakter sei dem Stadtrat entziffen worden. In der vollen Kraft des Schaffens erlosch sein Leben. Eine vorangegangene Weibin, als Freund, hat ihn der Tod hinweggeführt. Sein Gedächtnis wird ein segnetes bleiben. Mit diesen Worten legte das Stadtoberhaupt den wohlverdienten Lorbeerkranz mit Schleifen in den Stadtfarben nieder.

Herr Stadtrat Dr. Weill-Karlsruhe würdigte als Vorsitzender der Freisinnigen Partei Baden die politischen Verdienste des Verlebenden, der sich durch Liebendwürdigkeit, Freundlichkeit und Güte des Willens, durch hohe geistige Tugenden, vor allem aber durch sein unablässiges treues Festhalten an den Idealen, die ihn von Jugend an befehlten, ausgezeichnet habe. Die vorbildliche Treue, die der Geistliche bereits rühmend herangezogen habe, habe sich gegenüber der Partei, gegenüber seinen politischen Freunden bewährt. Es werde schwer sein, die Lücke anzufüllen, die Wagenaus Tod in die Partei gerissen. Die tiefe Dankbarkeit, die man ihm schulde, werde man am besten dadurch abstellen, daß man in seinem Sinne weiter wirke.

Herr Kommerzienrat Ludowici-Ludwigshafen legte im Namen der Direktion und des Aufsichtsrates der Ludwigshafener Wagnfabrik, deren 1. Vorsitzender Wagenau seit der Gründung war, eine Kranzspende nieder, Herr Julia namens des Stadtverordneten-Vorstandes, Herr Stadtschulrat Dr. Sickinge namens des Vereins für Orientkolonien. Auch der Leiter unserer Volksschule hob hervor, daß es der Verlebene, der seit 1903 erster Vorsitzender des Vereins war, in ruhiger Arbeit verstanden habe, die Mitglieder für das Unternehmen zu gewinnen. Mit besonderer Genugtuung habe er in den letzten Monaten noch teilgenommen an den Vorträgen zum Bau eines Kindererholungsheimes, das Wohl der Manufaktur eines hiesigen Bürger in Redaktionsmünd in diesem Jahre erstehen wird. Namens des Vorstandes des Vereins und der Tausende von Kindern, die in den letzten Jahreszehnten die Früchte seines Wirkens genießen durften, sei dem Entschlafenen der letzte Tribut herzlich Dankes gewidmet.

Herr Direktor Sternberg legte namens des Vorstandes und Aufsichtsrats der Oberrheinischen Versicherungs-Gesellschaft einen Kranz nieder, Herr Stadtrat Dr. Stern namens des Besigen und Herr Dr. Feiler namens des Heibelberger Freisinnigen Vereins, Herr Dr. Stern sprach besonders tiefempfunden Dankesworte. Wenn er, so bemerkte er n. a., dem Entschlafenen

eine Grabinschrift widmen dürfte, dann würde er auf den Stein schreiben: Dem zuverlässigsten Alter. Weitere Kränze wurden niedergelegt von Herrn Direktor Gottschneider namens des Aufsichtsrates und Vorstandes der Mannheimer Aktienbrauerei und von dem Teilhaber der Firma Magenau, Schützer und Sieb Herr Deniloff. Dann sank unter Harmoniumklängen die Leiche hinab zum Feuergrabe.

Bürgerausschussitzung in Sandhofen.

Die gestern abend stattgefundene Bürgerausschussitzung brachte ein volles Haus. Dies dürfte der 1. Punkt der Tagesordnung und ein im Sandhofener Anzeiger erdichteter Artikel gegen den Gemeinderat wegen der Anwesenheit mit Architekt Leonhardt veranlaßt haben. Die Debatte im Verlaufe der Sitzung trug einen erregten Charakter.

Der 1. Punkt der Tagesordnung betraf die nachträgliche Bewilligung des Sonderkredits über die bereits bezahlten 600 Mark an Architekt Leonhardt für Ausfertigung der Pläne zwecks Ableitung des Schmutzwassers vom Schulhaus, zahlbar aus Wirtschaftsmitteln.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Bürgermeister Herbel um 7 1/2 Uhr gab dieser folgende Erklärung ab: „In der Bürgerausschussitzung vom 27. November v. J. war als 4. Punkt der Tagesordnung die Zahlung des Betrags von M. 600 an Architekt Leonhardt für ein fertigtes Kanalisationsprojekt, das die Ableitung des Schmutzwassers des neuen Schulhauses in den Rhein betraf, zur Verhandlung gekommen. Der Antrag wurde von mir begründet, Bürgerausschussmitglied Sommer fragte mich abdann, wer Leonhardt den Auftrag zur Kanalisierung erteilt habe. Ich glaube ihm abdann erwidert zu haben: „Das Bezirksamt“. Ich wollte damit sagen, daß nach dem Ausspruch des Architekten Leonhardt, der stets mit dem Großh. Bezirksamt verhandelte, diesem das Bezirksamt den Auftrag erteilt habe, indem es auch die Ausführung des Projekts von der Erledigung verschiedener Auflagen abhängig gemacht habe. An diesen Worten des Architekten Leonhardt zu zweifeln hatte damals weder der Bürgermeister noch der Gemeinderat Grund. Was dann nach dem Ausspruch des Gemeinderats Rat beziffert, das Bezirksamt habe die Weiterarbeit durch Leonhardt verboten, so glaube dieser das Verbot aus der Verfügung des Bezirksamts herleiten zu können, daß das bezügliche Projekt durch eine „zuverlässige und fähige Firma“ ausgearbeitet werden solle. Dies zur Richtigerstellung der Richtigkeit des Bezirksamts bei dieser Angelegenheit.“

Im übrigen fühlte der Bürgermeister die Gründe an, weshalb der Gemeinderat den Betrag von M. 600 an Architekt Leonhardt bereits bezahlt hat und erklärte, irgend eine täuschende Absicht gegenüber dem Bürgerausschuss war der Artikel im Sandhofer Anzeiger behauptet will, habe dem Gemeinderat völlig ferngelegen. Gehen einen detaillierten Vortrags müsse er im Namen des Gemeinderats anlässlich der Verzahung einlegen.

H. M. Reidecker ist dafür, daß die Sache nochmals geprüft werden soll.

H. M. Diehl hält es für am besten, über die Sache hinwegzugehen.

H. M. Maier magt dem Gemeinderat den Vortrags, daß man es von jeder getraut sei, daß die Arbeiten immer zuerst gemacht und dann der Bürgerausschuss um Bewilligung erlaubt werde.

Der Bürgermeister weist diesen Vortrags zurück. H. M. Maier solle einmal erklären, wann dies noch der Fall gewesen sei. H. M. Schenkel bemerkt, es sei in der vorigen Bürgerausschussitzung weder davon gesagt worden, daß die Summe schon bezahlt, noch daß sie noch zu bezahlen sei.

H. M. Celler ist der Ansicht, daß wenigstens ein Mitglied des Gemeinderats hätte fragen sollen, daß das Geld an Leonhardt schon bezahlt sei. Dem Bürgermeister könne man das Versehen entschuldigen, da er die Sitzungen zu leiten habe.

Der Bürgermeister bemerkt, daß die Verfügung des Bezirksamts eingelaufen sei und bitte den Hauptbuchführer, Herrn Kraus, um Verlesung, was geschieht. Das Bezirksamt beschließt, daß der Bürgerausschuss nochmals zu hören ist.

H. M. Brecht führt aus, daß wohl keiner der Bürgerausschussmitglieder sagen kann, daß er in der Sitzung am 27. November den Eindruck erhalten hat, als sei das Geld an L. schon bezahlt. Man sei der Ansicht, daß die Mitglieder absichtlich in der falschen Auffassung gelassen wurden.

H. M. Kühle erklärt, der Schwerpunkt liege darin, ob die man L. geleistete Arbeit auch wirklich den Betrag wert ist. Man solle erst einmal die nötigen Unterlagen als Beweis beschaffen und die Abkündigung über die Vorlage heute nicht vornehmen.

Es gelangen dann zur weiteren Aufklärung die beiden Urlese des Architekten Leonhardt und der Einspruchsbrief des Gemeinderats an diesen durch Herrn Kraus zu Verlesung.

H. M. Sommer bemerkt, die Angelegenheit sei ihm auch heute noch nicht geklärt genug, als daß er heute eine andere Meinung vertreten könne, wie in der vorigen Sitzung. Im übrigen beantrage er, da ja Architekt Leonhardt noch am Schulhausbau ein Gutachten belege, an diesem die Sache zu verhandeln.

H. M. Wittner vertritt die Ansicht, daß heute die Angelegenheit aus der Welt geschafft wird.

Gemeinderat Rupp rät die nötigen Aufklärungen, aus denen zu entnehmen ist, daß der Gemeinderat tatsächlich keinen Auftrag an L. erteilt hat.

H. M. Schmidt ist der Meinung, daß Architekt Leonhardt das Geld verdient hat. Es scheint, als ob die Wasser- und Straßenbauinspektion die Arbeit hätte machen wollen.

Der Bürgermeister erklärt, daß, wenn der Bürgerausschuss die Vorlage ablehnen werde, der Gemeinderat den Betrag aus seiner Tasche bezahle.

H. M. Guderz stellt auf dem Standpunkt, daß man die Vorlage ablehnen soll.

Hierauf wird die namentliche Abstimmung vorgenommen, die die Ablehnung der Vorlage mit 39 Stimmen gegen 8 Stimmen ergab. 4 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung.

Erklärung der Stelle eines Hauptbuchführers und Materialverwalters mit Wirkung vom 1. Januar 1910 ab gegen ein jährliches Gehalt von 1000 Mark.

Die Stelle soll dem ehemaligen Gemeinbedienten Kägel übertragen werden.

Die Bürgerausschussmitglieder Krämer, Schenkel, Reidecker, Celler und Spanagel sprechen sich für eine Gehaltserhöhung auf 1000 Mark aus.

Dieser Punkt wird sodann für die nächste Tagung ausgesetzt und die Sitzung hierauf vom Bürgermeister um 10 1/2 Uhr geschlossen.

Von Tag zu Tag.

— Sechs Jahre Zuchthaus. Köln, 19 Jan. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Koblenz: Das Schourgericht verurteilte heute Nacht den Fabrikarbeiter Bengel aus Neffelsheim wegen vorläufiger Tötung seiner Ehefrau durch Erdrosselung zu sechs Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

— Explosion. Weimar, 19. Jan. Im nahen Heißberg ist gestern der Pulverturm der Firma Seube in die Luft geflogen. Man befürchtet, daß der Explosion drei Menschenleben zum Opfer gefallen sind.

— Drei Kinder erstickt. Berlin, 19. Jan. Die Wittigsblötter melden aus Kleinitz: In Abwesenheit der Eltern spielten die drei Kinder eines Arbeiters in Parnschowitz mit dem Feuer. Es entstand ein Stubenbrand, bei dem die Kinder erstickten.

Ueberschwemmungen. Berlin, 19. Jan. Der „Lokal-Anzeiger“ meldet aus Innsbruck: Seit 2 Tagen herrscht hier starkes Tauwetter. In der Nacht gingen heftige Regenschauer nieder. Es besteht eine Ueberschwemmungs- und Lawinen-Gefahr.

Unsinntige Wette. Berlin, 19. Jan. Der „Lokal-Anzeiger“ meldet aus Kassel: Infolge einer Wette trank ein 18-jähriger Burche im Dorf Robemann einen Liter Branntwein. Er erlitt eine starke Alkohol-Vergiftung.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 19. Jan. Die Präsidenten des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses wurden heute vom Kaiser und anschließend von der Kaiserin in Audienz empfangen.

Reynort, 19. Jan. Am Dienstag findet die Dividenden-Ausschüttung des Stahlwerks statt. Die Ausschüttung bleibt unverändert. Der Reingewinn für die 2 Quartale wird auf 42 Mill. Dollar oder 16 Proc. des Stammkapitals geschätzt.

Schwaffer.

w. Oberndorf, 19. Jan. Durch die Niederschläge der letzten Tage, mehr aber noch durch die starken Regengüsse der vergangenen Nacht, führt der Redar Schwaffer und ist in einer solchen Ausdehnung über die Ufer getreten, wie seit langer Zeit nicht mehr. Das ganze Redar bildet ein einziger See. Oberndorf ist von den Ortsteilen rechts des Redars abgeschnitten und muß der Verkehr durch Kostige aufrecht erhalten werden. Auch der sonst stets trocken liegende See. Wasserfall in der Nähe von Schramberg sendet starke Wassermassen zu Tal.

w. Foch, 19. Jan. Das Dorf Hensburg und das Gut Gelsdorf sind von einem Versteher abgeschnitten. Ebenso ist das Dorf Wälden überflutet.

Löhningen, 19. Jan. Der Redar ist infolge des heftigen Regens gestiegen und bereits über die Ufer getreten. (Hess. Sta.)

Freiburg i. B., 19. Jan. Gewaltige Stürme mit Regengüssen setzten vergangene Nacht über den Schwarzwald hinweg. Die Telegraphenleitungen sind zertrümmert. Die Flüsse sind stark gewachsen. In Donaueschingen sind die Straßen überflutet. Auch die Dreifarm in Freiburg führt Hochwasser. (Hess. Sta.)

Frier, 19. Jan. Die Wiese liegt erodiert. Seit gestern ist sie nahezu ein Meter gestiegen. Der Pegelstand beträgt 3.35 Meter. Der Fährbetrieb ist wegen Hochwasser eingestellt. (Hess. Sta.)

Berlin, 19. Jan. Schwere Unwetter wüteten in den letzten Tagen an den Küsten des Atlantischen Ozeans. Die Inseln Madagaskar und Quessant sind wegen hohen Seeganges seit einigen Tagen nicht mehr verproviantiert. Bei Bordeaux ging eine Fischerbarke unter, wobei 4 Mann ertranken. Aus der Champagne werden verschiedene Erdstöße gemeldet.

Luffschiffmanöver. — Zeppelinluftschiffverkehr.

m. Köln, 19. Jan. (Priv.-Tel.) Gegenüber den Meldungen rheinisch-westfälischer Blätter, daß die Kölner Luftschiffmanöver demnächst wieder aufgenommen werden und hauptsächlich in niederrheinisch-westfälischen Gebieten ausgeführt werden sollen, erfahren wir von unterrichteter Seite, daß die Luftschiffmanöver im nächsten Monat in West beginnend und längere Zeit dort stattfinden werden. Direktor Goldmann von der Zeppelin-Gesellschaft besuchte vorgestern auf der Rückfahrt von Hamburg den Kölner Oberbürgermeister, mit dem er sich längere Zeit unterhielt über geeigneten Platz in der rheinischen Metropole zur Errichtung einer Landungsstelle für Zeppelinballons. Ueber den geplanten Ausbau des Zeppelinluftschiffverkehrs erfahren wir, daß man gegenwärtig mit dem Bau eines Zeppelinballons beschäftigt ist, der 300 Meter groß und 300 Personen befördern soll. Der gewaltige Ballon wird 8 Motoren erhalten. Bei 10 Sekundenmeter genügen vier Motoren zur Verförderung der übrigen Passagierzahl. Die übrigen vier Motoren dienen nur dazu, bei Sturm und Unwetter einzugreifen. Die Verkehrsline, die zunächst eröffnet wird, wird von Hamburg nach Köln nach Baden-Baden gehen, die zweite nach London. Gegenwärtig wird bei der Verfertigung der Zeppelinballons der Schwerpunkt auf die Berechtigung größerer Verkehrsballons gelegt. Das Kriegsministerium wird vorläufig keine weitere Ballons abnehmen, da man zuerst abwarten will, in welcher Weise die Verfertigung der Ballons vor sich geht.

Vier Arbeiter abgestürzt.

Duisburg, 19. Jan. Durch Einatmen giftiger Gase wurden auf der Friedrich-Werchhütte zu Reckhausen vier Arbeiter betäubt und stürzten aus vier Meter Höhe ab. Drei von ihnen erlitten schwere Verletzungen, einer ist tot.

Bergwerks-Unfälle.

Wessentirchen, 19. Jan. 12 Uhr 30. Wieder läßt es sich nicht voraussagen, wann man zu den verschütteten Bergleuten gelangen kann. Es ist nicht gelungen, die nördliche Schachtwand zu durchdringen, da die eingebauten Verankerungen wieder gebrochen sind. Die Reparaturarbeiten sind bei der Unruhe des Schachtes sehr gefährlich. Die eigentlichen Aufräumungsarbeiten können erst beginnen, wenn die Sicherung des Schachtes selbst erfolgt ist. Die Aufräumungsarbeiten erfolgen unter Leitung der Untg. Behörde in Wattencheid. Die Verschütteten geben Lebenszeichen von sich.

Wessentirchen, 19. Jan. Auf Schicht 5 der Zeche „Holland“, der gegenwärtig abgebaut wird, wurden in der letzten Nacht sechs Bergleute verschüttet. Die Verunglückten waren 40 Meter unter der 5. Tiefbauhohe mit Maurerarbeiten beschäftigt, als vom nördlichen Schachtstich eine Gesteinswand hereinbrach; die Bergleute konnten sich anscheinend nicht retten. Die sofort energisch aufgenommenen Rettungsarbeiten lassen hoffen, die Verunglückten lebend zu bergen.

Intrigen gegen den Herrn v. Schön?

Berlin, 18. Jan. Die Behauptung einiger Zentrumsblätter, daß im kaiserlichen Amt selbst Intrigen gegen den Staatssekretär Herrn v. Schön geübt würden, bei denen Geheimrat G. a. m. a. n. n. für Staatssekretär Dernburg werbe, ist eine bedauerliche und plumpe Erfindung. Als ihr Urheber wird ein durch seine Wichtigkeit bekannter Abgeordneter der Zentrumspartei genannt. (Hess. Erzberger?)

Französische Ordensverleihung an deutsche Offiziere.

Berlin, 19. Jan. Anlässlich der kameruner Grenzregulierung wurde dem Unterstaatssekretär des Reichskolonialamtes, von Lindemann, das Großoffizierskreuz der französischen Ehrenlegion verliehen, das Offizierskreuz desselben Ordens dem Geheimen Oberregierungsrat Dr. Klein und dem Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Freilherrn von Donkemann; ferner erhielten das Ritterkreuz vier Hauptleute.

Das türkische Parlamentsgebäude in Flammen.

Constantinopel, 19. Jan. 11 Uhr vorm. Aus Constantinopel wird gemeldet: In dem als Parlamentsgebäude dienenden Tschiragan-Palast ist heute Großfeuer ausgebrochen. Der Palast war einer der schönsten orientalischen Prachtgebäude und liegt gegenüber dem Bosporus am Marmarameer und unweit des Palastes von Dolma Bagtschi. Er ist im Renaissancestil gebaut und im Innern mit außerordentlichem Luxus ausgestattet,

namentlich der Parlamentsaal, der vor einigen Monaten gänzlich umgebaut worden und mit großer Eleganz eingerichtet war. Im Tschiragan-Palast hat der im Jahre 1876 wegen Wahnsinn abgesetzte Sultan Murad V. die letzten Jahre seines Lebens verbracht.

Constantinopel, 19. Jan. (12.45 Uhr.) Die gesamte Einrichtung des Tschiraganpalastes scheint völlig verloren zu sein. Die Feuerwehr ist machtlos. Militär ist zur Hilfeleistung requiriert. Menschenleben sind, soweit bekannt, nicht zu beklagen. Einige Personen sind bei den Rettungsarbeiten zu Schaden gekommen.

Constantinopel, 19. Jan. (1 Uhr.) Der Brand im Tschiragan-Palast ist auf eine Explosion eines Heizungsapparates in den Räumen des Senats zurückzuführen. Infolge des heftigen Windes griff der Brand rasch um sich und breitete sich auf das ganze Gebäude aus. Die Sitzungssäle der Kammer und des Senats, sowie der Thronsaal sind vollständig vernichtet. Drei Elektricitätsarbeiter wurden verletzt. Die Feuerwehr ist ununterbrochen auf dem Brandplatz tätig.

Apochen im französischen Heere.

Paris, 19. Jan. Zwei Offiziere eines in Reims garnisonierenden Regiments überfielen einen mit ihnen im Coupe befindlichen Mann, betäubten ihn und raubten ihm mit Gewalt seine Börse. Die Täter wurden verhaftet.

Vom englischen Bergarbeiterstreik.

London, 19. Jan. In Durham nahmen gestern drei Kohlenbergwerke den Betrieb wieder auf, so daß nur noch zwanzig Bergwerke feierten. Der amtliche Bericht besagt, daß die Förderung des Distrikts zurzeit 36 Prozent unter dem Durchschnitt bleibt. Auf dem Tage wurden gestern wieder mehr Kohlen zur Verschiffung angebracht, doch sind noch viele Lieferanten mit den Lieferungen im Rückstand.

Erhebung des Generaloberst Frhr. v. d. Goltz.

Constantinopel, 19. Jan. Zu Ehren des General-Obersten Frhr. von der Goltz, fand gestern in der Kriegsschule ein Festessen statt, an dem die gesamte türkische Generalität teilnahm. Kriegsminister Scheuik Roshka feierte die Verdienste Goltz' um die Reformierung der türkischen Armee und hob die tiefen Sympathien hervor, die der General in allen Kreisen der Armee genießt. Er drückte sein Bedauern über die bevorstehende Abreise aus. Die Kriegsschüler überreichten ein silbernes Tintenfaß.

Das türkische Parlamentsgebäude in Flammen.

Constantinopel, 19. Jan. Zur Zeit des Feueranbruches im Tschiraganpalast war keine Plenarsitzung, doch war eine Anzahl Abgeordneter zu Kommissionen verlammt.

Constantinopel, 19. Jan. 2 Uhr 40. Das Feuer des Tschiraganpalastes wütet ungestillt fort. Infolge des starken Südwindes erscheint das in der Nähe des Palastes gelegene Stadtviertel Besiktasch, das fast ausschließlich aus Holzhäusern besteht, gefährdet. Der Großvezier, der Kriegsminister und die anderen Minister, sowie der Präsident der Kammer sind auf dem Brandplatz anwesend, dessen Umgebung eine ungeheure Volksmenge anfüllt. Kanonerie hält die Abfertigung aufrecht. Die Löscharbeiten werden vom Besporus aus durch mehrere Dampfschiffe unterstützt.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Berlin, 19. Jan. Prinzessin Luise von Ansburg verkaufte ihre Villa in Wachen und erhielt gestern eine Anzahlung von 100,000 Mark. Die Prinzessin wird demnächst in Paris Wohnung nehmen.

Berlin, 19. Jan. Der Londoner Korrespondent der „Newze Bremeja“ veröffentlicht in seinem Blatte ein Interdium mit dem Grafen Reventhal. Der österreichische Minister des Aeußeren sagt unter anderem: Man schreibt die Annexion Bosniens und der Herzegowina fälschlich deutschen Einflüssen zu. Deutschland habe auf Oesterreich keinen Einfluß ausgeübt und wenn in dieser Frage überhaupt fremde Einflüsse mitgespielt, so waren es russische Einflüsse gewesen. Graf Reventhal betonte, wie wünschenswert eine Annäherung zwischen Rußland und Oesterreich sei. Die Möglichkeit dazu sei vorhanden. Reventhal erklärte, daß Oesterreich keine Expeditionsgelüste habe.

Berlin, 19. Jan. Aus Belgrad wird gemeldet: Der Ministerat beschäftigte sich gestern mit dem Recontre des Prinzen Georg mit dem Stadtpräsidenten. Der Ministerat beschloß, dem König neuerdings vorzuschlagen, daß Prinz Georg das Land verlasse.

Berlin, 19. Jan. Aus Newyork wird berichtet: Frau E. S. Harriman, die Witwe des bekannten vor kurzem verstorbenen Eisenbahn-Magnaten hat zu dem von ihrem Gatten geerbten Unternehmungen jedoch noch die Newyorker Raft- und Logganf hinzugekauft. Sie ist die erste Frau in Newyork, die ein Bankgeschäft betreibt.

Berlin, 19. Jan. Mehrere Abiturienten des Gymnasiums in Guelen, die vor dem Examen standen, verschafften sich Zugang zu dem Zimmer des Direktors, nahmen aus dessen Kiste die vom Provinzialschulkollegium ausgegebenen Prüfungs-Themata für die Schülerarbeiten, erbrachen die Luverschlösser und verriegelten sie später mit falschen Siegeln. Der Direktor entdeckte jedoch die Verletzung und konnte nach den angestellten Ermittlungen auch bald den wahren Sachverhalt feststellen. Die Staatsanwaltschaft stellt jetzt Erhebungen an. Es haben schon mehrere Hausdurchsuchungen stattgefunden, die belastendes Material zutage förderten. Inzwischen sind andere Prüfungsbearbeiter vom Provinzialschulrat angeordnet.

Die Kolonventionen aufgelöst.

Berlin, 19. Jan. Die Kolonvention hat sich aufgelöst. Die Ursache dürfte in der Konkurrenz von jundikalischem Kofs zu suchen sein.

Verlobung der Prinzessin Clementine von Belgien.

Berlin, 19. Jan. Die Verlobung der Prinzessin Clementine von Belgien mit dem französischen Kronprinzen Viktor Napoleon soll bevorstehen. Man erinnert sich, daß die Prinzessin ihrem Vater gegenüber wiederholt den Wunsch äußerte, dem Prinzen Viktor Napoleon die Hand zu reichen. König Leopold widerlegte sich jedoch zeitweilig aus politischen Gründen. Das neue Königspaar sowie die Gräfin von Mandern werden ihre Zustimmung geben und diese Verbindung sogar begünstigen. Prinzessin Clementine steht im 37. Lebensjahre. Viktor Napoleon, ein Großneffe Napoleons III., im 48. Lebensjahre. Der Wunsch nach einer Verbindung zwischen den beiden besteht schon seit länger als 10 Jahren.

Budgetkommission des Reichstages.

Berlin, 19. Jan. Die Budgetkommission des Reichstages legte die Beratung der Nachtragforderungen für Süddeutsche

fori. Staatssekretär Dernburg empfahl die Ueberrahme der Stammbahn auf 10 Jahre abzuschließen. Der Bundesrat soll in solchen Angelegenheiten, namentlich beim der Frage der Nachschubbahn, gehört werden. Nähere Untersuchungen hätten ergeben, daß der Gariboldipfel von einer friedliebenden Bevölkerung bewohnt wird. Die Einnahmen und fortwährenden Ausgaben des ordentlichen Etats wurden bewilligt.

Preussisches Abgeordnetenhause.

Berlin, 19. Jan. Im preussischen Abgeordnetenhause fand auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung die Zentruminterpellation über die kantonier Beamten-Nachregelungen. Die Sitzung beginnt erst um 1/2 12 Uhr infolge des Empfanges des Präsidiums beim Kaiser. Die Erläuterungen sind außerordentlich kurz besetzt, auch die Abgeordneten sind sehr zahlreich erschienen. Am Ministerisch nahmen Platz: Ministerpräsident Dr. v. Bethmann-Hollweg und die preussischen Minister. In der Hofloge ist Prinz Friedrich Wilhelm erschienen.

Deutscher Reichstag.

w. Berlin, 19. Jan.

Am Bundesratsstisch: Staatssekretär Dr. Delbrück, Staatssekretär v. Schoen.

Vizepräsident Spahn eröffnet um 1 Uhr 15 Minuten die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht die

1. Beratung des Handelsvertrags mit Belgien.

Auf Anregung des Abg. Südekum erklärt Freiherr von Schoen: Die Tätigkeit der französischen Gesetzgebung, die dortigen Zölle wesentlich zu erhöhen, ist hier von Anfang an sorgsam beobachtet worden, um die Aufmerksamkeit der französischen Regierung in geeigneter Weise auf die Nachteile zu lenken, die

die zollpolitischen Maßnahmen Frankreichs

auf die Entwicklung unserer handelspolitischen Beziehungen habe. Es ist selbstverständlich, daß die verbündeten Regierungen alles tun werden, was in ihren Kräften steht und was irgend geföhren kann, um alles zu verhindern, was unsere Industrie schädigen würde, oder in dem Maße schädigen würde, daß dadurch unsere handelspolitischen Beziehungen wesentlich beeinträchtigt würden. Da Kommissionsberatung nicht mehr beantragt wird, folgt sofort die zweite Lesung des Handelsvertrags, der ohne Debatte in zweiter Lesung angenommen wurde.

Es folgt die

Interpellation der Freisinnigen betr. die Anwendung des Reichsvereinsgesetzes.

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Wüller-Meinungen (frei. Volksp.): Der Reichstag hat das Recht, die Rechtsprechung zu kritisieren, wenn sie proportionell und systematisch auf einen falschen Weg geleitet wird. Das gilt auch für das Reichsvereinsgesetz, das mit dem Namen des damaligen Staatssekretärs und jetzigen Reichskanzlers verknüpft ist. Er hat sich damals für eine loyale Handhabung des Gesetzes verbürgt, sodas er jetzt wenigstens mit feiner auffassenden parlamentarischen Scheu hätte brechen und hier erscheinen müssen. (Sehr gut! links.) Weil er loyaler denke und kein verführerischer Bureaukrat ist, mußte er keine ganze Autorität für die lokale Handhabung des Gesetzes einsehen. Die Schonung für eine verständnislose Bureaukratie ist vorbei, die in einzelnen Bundesstaaten merkwürdige Kapriolen machte.

Aus Süddeutschland, Württemberg, Bayern, Hessen und Thüringen, wo man zuerst vom Gesetz nichts wissen wollte, sind keine Klagen über die Handhabung des Gesetzes gekommen, das beweist, daß das Gesetz gut ist. (Sehr richtig! links.) Aber anderwärts wird es illoyal und unrichtig angelegt. In Preußen und Sachsen will die Einsicht nicht wachsen. (Sehr richtig.) Hier beginnt man wieder mit den reaktionären Traditionen. Wir wollen, daß die Behörden alljährlich Rechenschaft über ihre Maßnahmen geben und daß die Reichsregierung über Mißgriffe hier Aufklärung schafft. Auch auf Vereinigungen politischer Vereine wird das Reichsvereinsgesetz und damit die Anmeldepflicht ausgedehnt. Die Entscheidungen der Gerichte, namentlich bezüglich der Vereinigungen, sind anfechtbar. Die Handhabung des Gesetzes durch die Polizei, besonders bei Bekanntmachungen von Versammlungen ist geradezu lächerlich. (Sehr richtig! links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Reichsregierung hat stets die Ausführung des Vereinsgesetzes aufmerksam beobachtet und bei allen Bundesstaaten durchweg das Bestreben gefunden, das Gesetz ehrlich im Sinne des Gesetzgebers durchzuführen. In der angeklagten allgemeinen Debatte werde ich gern Auskunft geben. Ich kann das aber nicht über Vorgänge, von denen ich hier erst vernommen habe, die zum Teil auf Zeitungsauschnitten beruhen. Das Reich hat die Beaufsichtigung, die Verantwortung über Amtshandlungen eines einzelnen Beamten tragen aber die Ressortchefs der Einzelstaaten. Der preussische Minister des Innern hat in zwei Erlässen das auftridige und ehrliche Bestreben bekundet, das Gesetz so auszuführen, wie es hier verabschiedet und Gesetz ist. Nach dem Gesetz liegt die Rechtsprechung in Händen unabhängiger Richter, die nur dem Gesetz unterworfen sind und gegen deren Entscheidungen, wenn sie falsch sind, höhere Instanzen Remedur schaffen werden.

oc. Freisach, 17. Jan. Der 66 Jahre alte verheiratete Steuerheber Hermann Säger in Gottenheim wurde wegen Steuerhinterziehung verhaftet und in das hiesige Amtsgefängnis eingeliefert.

Sportliche Rundschau.

Für das erste Pokwettrennen in St. Moritz hatte der Großindustrielle Donigmann-Düsseldorf drei Preise gestiftet. Den 1. und 2. Preis holten sich englische und amerikanische Mannschaften unter Führung von Eismenger und Orshwin (St. Louis), den 3. Preis errang sich eine deutsche, von Graf Montgias-Königsberg geführte Mannschaft. Dabei muß berücksichtigt werden, daß unter den 14 fahrenden Mannschaften nur 2 deutsche: Kismet (Graf Montgias) und Wals (der Syndikus der Benz-Gesellschaft Rosenfeld-Mannheim) sich befanden. Die Bahn war wenig glatt und es mißte Wunder nehmen, daß das Rennen wegen des Schneefalls überhaupt nicht aufgeschoben wurde. So konnte der Davoser Rekord von 1 1/2 nicht erreicht werden. Die beste Zeit fuhr Eismenger in 1 1/2 Min. Seine Mannschaft wurde Sieger in 4 Min. 34. Sek. Zweiter: Dirie (Orshwin) in 4 Min. 38. Sek. Dritter: Kismet (Graf Montgias) in 4 Min. 43. Sek.

Volkswirtschaft.

Die Aufhebung der Flößerei auf dem Neckar

Wird von einer großen Anzahl badischer und württembergischer Blätter in Zusammenhang mit dem von einem Herr-Dur. einem Kaiser Blatte entnommenen Rückgang der Flößerei auf dem Neckar gebracht. In Wirklichkeit ist aber von einem völligen Rückgang der Neckarflößerei, die seit Aufhebung der Flößerei auf dem Neckar oberhalb der Engmündung im Jahre 1899 - das letzte Langholzflöß vom Oberneckar ging am 18. Oktober j. Jahres in Sulz a. N. ab, wobei Tübingens Studentenschaft in vollem Maße sich beteiligte und das berühmte 'Fodele Sperr' zum letzten Male erklang - eigentlich erst im Heilbronner Holzhafen ihren Anfang nimmt, gar keine Rede. Die Zahl der Heilbronner verlassenden Flöße erreichte 1907 immer noch die stattliche Biffer von 283, unter welchen sich allerdings nur 20 von der Eng- und Nagold kommende befanden. An dem Rückgang in den beiden letzten Jahren trug der sehr niedrige Wasserstand, der sich 1908 zu einer wahren Salamität herausbildete und Monate lang auch die Schifffahrt völlig brachlegte, bei. Uebrigens soll 1913 nicht die Flößerei auf dem Neckar, sondern auf Eng- und Nagold aufgehoben werden, auf dem Neckar unterhalb Heilbronn wird dieselbe, gerade wie dies auf dem kanalisierten Main der Fall, unter wesentlich veränderten Verhältnissen (Schleppen durch Dampfer etc.) eher noch eine Zunahme zu verzeichnen haben. In den Wehr- und Schleusenbauten für den projektierten Neckar Kanal werden, wie dies auch beim Main der Fall, besondere Flößerschiffe vorgesehen werden, was vornehmlich auf einen Weiterbestand der Flößerei schließen läßt.

Die Schärfsperre der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika.

Der Bürgermeister von Lüderichsbucht Herr Kreplin sendet gegenwärtig zahlreiche Telegramme nach Deutschland in denen er sich mit scharfen Worten gegen die Denkschrift des Reichskolonialamts über die Diamantenfrage sowie gegen die Verlängerung der Schärfsperre zugunsten der Kolonialgesellschaft resp. der Deutschen Diamantengesellschaft wendet. In diesen Telegrammen spiegelt sich deutlich die Stimmung wieder, die gegenwärtig im Schutzgebiet gegen die staatliche Diamantpolitik herrscht. Das Vorgehen des Lüderichsbucher Bürgermeisters erscheint indes in einem etwas eigentümlichen Lichte, wenn man bedenkt, daß dieser Mann - ein früherer Feldwebel und Bahnbauarbeiter - nebenbei noch Generalmanager der Solmanskoppegesellschaft ist und außerdem dem Vorstande mehrerer Diamantminen (Karlsthal, Rautausch, Eilshöhle etc.) angehört, die sämtlich Konkurrenten der Kolonialgesellschaft sind. In den Telegrammen werden die Angaben der Denkschrift teils unrichtig, teils als 'irreführend' bezeichnet; dabei führt Kreplin selbst Zahlen an, die völlig falsch sind. So wird, wie das 'Berliner Tageblatt' meldet, die Behauptung Kreplins, daß die Diamantgesellschaft bis Ende 1909 für 3 1/2 Millionen M. Diamanten gefördert habe, an zuständiger Stelle als weit übertrieben angegeben. Falls es dabei auch die Bemerkung Kreplins, daß die Gesellschaft nach allen Angaben nahezu 2 Millionen M. bei einem Betriebskapital von 1/2 Million M. behalte. Abgesehen davon, daß die Förderung wesentlich geringer ist, als behauptet wurde, betragen die Ausgaben für Regierungsdienst, Ausfuhrzoll etc. circa 47 Prozent, so daß von einem Betrage von 2 Mill. M. keine Rede sein kann. Selbst wenn die Förderung 3 1/2 Mill. M. betragen hätte. Während also Kreplin auf der einen Seite mit unrichtigen Zahlen operiert, ist es bemerkenswert, daß er die amtlichen Angaben der Denkschrift bezüglich der Ausgaben der Deutschen Diamantgesellschaft als 'durchaus unmaß' bezeichnet, ohne daß dafür ein Beweis erbracht wird. Der Diamantgesellschaft wird dabei der Vorwurf gemacht, daß sie Raubbau treibe, weil sie die Steine fast nur auflese und nicht wäschen lasse. Hierzu wird bemerkt, daß die Waschmaschinen unterwegs sich befänden und bis zu deren Eintreffen mit der Hand aufgeseiht würde, was übrigens auch bei anderen Gesellschaften der Fall sei. Am Schlusse seines Telegramms verlangt der Bürgermeister, daß das Gouvernement mit dem Bundesrat das Bestimmungsrecht erhalten müsse, und daß unter allen Umständen Verbindung werde; daß die Konzession der Deutschen Diamantgesellschaft verlängert werde. Hierzu ist zu bemerken, daß ein Bundesrat gegenwärtig in Südwestafrika noch gar nicht existiert, und was die Verlängerung der Konzession anbelangt, so vertritt man an leitender Stelle den Standpunkt, daß für die Auslegung der Konzession der Vertragswille beim Abschluß maßgebend sei und dieser lief darauf hinaus, der Kolonialgesellschaft die dauernden Abbaurechte zu gewähren. Unter welchen Bedingungen allerdings die Verlängerung erfolgt, das wird erst nach Vereinbarung werden müssen. Wie schon kürzlich mitgeteilt, dürfte hierbei eine Beteiligung des Kolonialamts an dem Ertrage erzwungen werden.

Bräuerei zum Jähringer Wiesen, Schwetzingen.

Die getrigte Generalversammlung der Brauerei 'Zum Jähringer Wiesen' in Schwetzingen, die Ende 1907 bekanntlich die Ritterbrauerei in Schwetzingen Akt.-Ges. im Wege der Fusion übernahm, genehmigte nach einer lebhaften Erörterung von Aktionären den Geschäftsbereich und die Anlage der Verwaltung. Danach gelangt der bei A 11677 (A 574) Vortrag nach A 41100 (A) Abschlüssen verbleibende Reingewinn von A 8226 (A 41 684) zum Vortrag auf neue Rechnung. (Im Vorjahre gelangten 2 pCt. Dividende auf das erhöhte Aktienkapital von A 875 000 zur Verteilung.)

Das statutengemäß aus dem Aufsichtsrat ausscheidende Mitglied, Herr Pfälzlerwald Selb-Mannheim wurde einstimmig wiedergewählt.

Der Vorstand hofft bei normalen Verhältnissen wieder zu besseren Jahresabschlüssen zu gelangen, doch kann bei der Undurchsichtigkeit der Verhältnisse im Brauereigewerbe eine Prognose nicht gestellt werden.

Die Handelskammer in Altona

lagt in dem ersten Teile ihres Jahresberichts, der eine allgemeine Uebersicht gibt, u. a. folgendes: An einer Reihe von Industriezweigen ist der Niedergang spurlos vorübergegangen, in anderen fängt die Besserung an, sich bemerkbar zu machen, dagegen in einzelnen die Geschäftslage noch recht ungünstig ist. Die Nachfrage nach Industrieerzeugnissen ist wieder im Steigen begriffen, und zwar sowohl im Inland wie im Ausland. In einzelnen Waren allerdings liegt die Absatz noch ganz darnieder. In Altona ist die Industrie in stetig steigender Entwicklung begriffen. Wohl hat sich der Rückgang der Konjunktur auch hier fühlbar gemacht, er ist in seiner Wirkung auf die gesamte Industrie aber nicht von schwerwiegenden Folgen gewesen. Einzelne Werke in Altona sind ausnehmend stark beschäftigt gewesen und haben die Zahl ihrer Arbeiter, um der Nachfrage genügen zu können, erheblich erhöht. Weiter wird darauf verwiesen, daß bei einer ganzen Reihe von Fabriken in der Eisenindustrie, der Margarine, Textil-, Schokoladenindustrie, und in der Getreide-

verarbeitenden Industrie Vergrößerungen teilweise sogar von erheblichem Umfange, vorgenommen wurden, und daß außerdem neue Fabriken entstanden sind. Daraus, daß einzelne Industrieunternehmen so stark gelitten haben, daß sie ihren Betrieb haben einstellen müssen, lasse sich kein Schluß auf die allgemeine Lage ziehen.

Vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt.

Gegenüber unserem letzten Bericht hat sich die Marktlage wenig verändert. Die Spezifikationen nehmen ihren gewohnten Fortgang und es zeigt sich, daß das Frühjahrgeschäft in der erwarteten Weise eine mäßige Steigerung des Verbrauchs herbeigeführt hat. Da auch im Auslande die Preise langsam aufgebessert werden, ist eine Stabilität der bisherigen betrieblichen Lage auch weiterhin zu erwarten. Auch auf dem deutschen Markte schreiten die Preisaufbesserungen weiter fort. Für verschiedene Artikel stehen sie in den nächsten Wochen bevor. Als ein günstiges Zeichen für die gesunde Auffassung des Marktes ist die Vereinfachung des alten lohringisch-luxemburgischen Hoheisenkontrats zu betrachten, deren Bedeutung zwar nicht besonders hoch anzuschlagen ist, die aber immerhin doch die weiteren Fortschritte in der Erholung auf dem Hoheisenmarkt zeigt. Die Werke waren in den meisten Abteilungen andauernd gut beschäftigt und die laufenden Verablangungen erlitten keine Verluste. Im Osten des Reiches bestehen für die meisten Erzeugnisse gegenüber dem Westen Kampfbereitschaft, so daß dort die Erlöse besonders auf den gemeinsamen Gebieten ziemlich niedrig waren. In der inneren Befestigung des Marktes trägt auch der Umstand bei, daß die größte Beteiligungsziffer in Stabeisen im Stahlerzeugerband nahezu erreicht ist. Die alten Abschlüsse des 1. Semesters des Vorjahres gehen zu dem damaligen gebückten Preise allmählich zur Reize und der Handel schließt jetzt nur noch zu den neuen Notierungen, die zwischen 105 bis 110 M. mit Kobalt bis zu 2 Mark schwanken. Auf den 15. Januar war eine Versammlung der Mitglieder der Stabeisenkonvention nach Düsseldorf einberufen, um darüber zu beraten, ob der Konvention eine bessere Gestalt gegeben werden soll. Die Aussichten haben sich in letzter Zeit gebessert. Die Befestigung des Eisenmarktes hat sich in angemessener Weise auch auf den Blechmarkt übertragen. Die Nachfrage gestaltet sich überall besser und die Preise konnten nicht unmerklich hinaufgesetzt werden. Die Preisnotierung der Grobblechwerke ist in der in Köln stattgehabten Sitzung der Preisvereinigung angehörigenden Grobblechwerke bis Ende 1910 verlängert worden. Die Grundpreise sind auf 250 Mark erhöht und der Verkauf für das 2. Quartal freigegeben worden. Befriedigende Nachrichten kommen auch von dem Schwedischen Eisenmarkt. Das Geschäft ist jetzt recht lebhaft. Die Nachfrage von In- und Ausland ist gut und allenthalben tritt das Bestreben hervor zu den momentanen billigen Preisen für eine möglichst lange Zeit sich einzubeden. Die Werke lassen sich aber darauf nicht ein, da sie sich zu den geringen Preisen für lange Zeit nicht festlegen wollen.

Oberbayerische Zellstoff- und Papierfabriken A.-G. München. In der Generalversammlung dieser Gesellschaft, in der, wie gemeldet, die Zusammenlegung des Grundkapitals von M. 250 Millionen auf M. 2 Mill. und die Ausgabe bis zu M. 800 000 hiesiger Vorkausaltien genehmigt wurde, erklärte der Vorsitzende, daß die Ueberführung des Vorkausaltien bei dem Bau der neuen Zellstofffabrik zum Teil davon herrühre, daß man mit Rücksicht auf die Konjunktur eine Vergrößerung der Anlage vorgenommen hat. Von den neuen Aktien sei porerst nur die Emission eines kleinen Betrages beabsichtigt. Von einem Aktionär wurde die starke Ueberführung der Kaufsumme gerügt, da er befürchtet, daß das neue Werk einen Gesamtaufwand von M. 35 Millionen bis 4 Millionen verursachen werde. Auf seine Frage, in welcher Weise die der Gesellschaft nahestehende Bank Sicherheit für ihre Kredite beanspruchen, wurde mitgeteilt, daß dieselben schon seit längerer Zeit durch eine auf der alten Fabrik ruhende Kautions und teilweise auch durch Verpfändung von Holzporträten gedeckt seien. Es sei übrigens zur Erläuterung der Verbindlichkeiten eine spätere Ausgabe von Obligationen auf Redenszeiten beabsichtigt. In den Aufsichtsrat wurden die Herren Dr. Imme-Wahr, Generaldirektor C. S. v. Ludwigsbafen (Pfälzische Bank) und Rentier Heinrich gewählt.

Telegraphische Handelsberichte.

Berlin, 19. Jan. Excellenz Gallenkamp, früherer Vizepräsident des Reichsbankrat ist gestorben. Gallenkamp ist am 10. September 1826 geboren, studierte die Rechte, wurde am 19. Dezember 1852 Vizepräsident der Reichsbank und wurde am 20. September 1904 zum wirklichen Geheimrat mit dem Prädikat Excellenz ernannt. D. N.)

Zahlungseinstellungen.

Schiff a. M., 19. Jan. Ueber die Ochsler Möbelindustrie G. m. b. H. in Oßsch wurde, laut 'Recht. Anz.' der Konkurs verhängt.

2-Prozentiger Konsumrückgang des Spiritus.

Breslau, 19. Jan. Der Verband Deutscher Spiritus- und Spiritusfabrikanten hat in der vorgelassenen Berliner Tagung festgestellt, daß mit einem 2-prozentigen Konsumrückgang zu rechnen sei und wählte eine Kommission behufs Agitation für Befestigung einer schädigenden Ausführungsbestimmung, bezügl. den Handel mit denaturiertem Spiritus.

Neues vom Dividendenmarkt.

Breslau, 19. Jan. Die Schlesische Immobilien A. G. Breslau beantragt lt. 'Recht. Anz.' die Verteilung einer Dividende von 5 Prozent.

Beitritt zum Mitteldeutschen Braunkohlenbund.

Berlin, 19. Jan. Ueber die Grundlagen zum Beitritt der Werke Phönix, Nummersdorf, Kraft, Bergbaugesellschaft, Leipzig, und Gewerkschaft Christian Friedrich zum Mitteldeutschen Braunkohlenbund wurde, laut 'Recht. Anz.', gestern in Leipzig ein Einverständnis erzielt. Man erwartet, daß der Beitritt der Werke auch definitiv erfolge. Mit einer Anzahl von Aufsichtsräten ist noch nicht verhandelt worden.

Fabrik Holzeiter Drähte, Berlin.

Berlin, 19. Jan. In der Generalversammlung der Fabrik Holzeiter Drähte in Berlin protokollierte, laut 'Recht. Anz.', ein Aktionär gegen die Abhaltung der Versammlung, weil sie widerrechtlich einberufen sei. Die Depositenanträge für die Aktien liefen bis 15. bis 17. Januar eintrudelt worden. Die Verwaltung erwidert, daß dieses mit Rücksicht auf den Samstagabend erfolgt sei. Dies könne nicht als Verzögerungsgrund dienen. Alle Anträge wurden dann mit Zustimmung genehmigt.

Ermäßigung der englischen Bankrate.

London, 19. Jan. Angehends der Geldeknappheit der Situation auf dem internationalen Geldmarkt wird für morgen eine weitere Ermäßigung der Bankrate zu erwarten sein.

Preis-Erhöhung.

New York, 19. Jan. Die Vereinigung der amerikanischen Linteracq- und Erzeugnisfabrikation beschloß eine Preis-Erhöhung um 25 Prozent.

Auslegung neuer englischer Schachwechel. London, 19. Jan. Am 24. Januar werden 2 1/2 Millionen Pfund Schachwechel mit monatlicher Ausfuhr aufgelegt in teilweiser Erneuerung verfallender Wechsel.

Goldverschiffung nach Argentinien. London, 19. Jan. Der 'Standard' erzählt, daß Frankreich möglicherweise für die nächste Rechnung Gold nach Argentinien verschiffe unter Vereinnahmung englischer Wechsel.

Mannheimer Effektenbörse.

vom 19. Januar. (Offizieller Bericht.)

Die Börse verlief ziemlich fest. Begehr blieben: Aktien des Vereins Deutscher Delfabriken zu 151.50 pCt., Badische Kesselfabrik-Aktien zu 156.00 pCt., Portland-Zementwerke Heidelberg-Aktien zu 145 pCt., Rhein-Schulder-Aktien zu 124.50 pCt., und Zuckerfabrik Waghäusel-Aktien zu 158.50 pCt. (159.75 pCt.) Südd. Diskontobank-Aktien gingen zu 118 pCt. um.

Table with columns: Aktien, Eisen, Chem. Industrie, Brauereien, and various stock prices.

Berliner Effektenbörse.

Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Berlin, 19. Jan. Fondsbörse. Das schon in den letzten Tagen wahrnehmbare Schreien der höchsten Börse, sich an den Schwankungen der New Yorker Fonds- und Baumwollbörsen zu emanzipieren, trat heute weiter in die Erscheinung. Man nimmt in diesem Kreise an, daß die unübersichtlichen Marktverhältnisse in Amerika für einige Zeit noch fortbestehen werden, doch ist auf Grund der für gesund angelegenen Wirtschaftslage, daß bald eine Beruhigung eintreten werde. Das Geschäft heute hier anfangs recht still ein, doch waren in führenden Berzen überwiegend Kursbesserungen zu verzeichnen. In den Werberund des Interesses trat heute der Bankenmarkt, wo die einschlägigen Werte, bei teilweise bedeutenden Umsätzen, teilweise anscheinliche Besserungen erzielten. Besonders Deutsche Bankaktien setzten ihre steigende Bewegung fort. Auf dem Rentenmarkt, wo einzelne Werte anfangs leichte Einbuße erlitten, hielt die Rendite gleichfalls an und führte namentlich für Holsteinische, Badener- u. Rheinische Aktien zu weiteren Besserungen. Von Bahnen lagen amerikanische Werte auf New York zwar still, doch machte sich im Verlauf der Woche und Pensylvanien-Aktien einiges Interesse geltend. Italienische Bahnen dagegen litten unter Notierungen. Still war der Verkauf bei behauptetem Kursstand auf dem Zementmarkt. Schiffbauaktien setzten auf glänzliche Dividendenberichte ihre Steigung fort, wodurch die anderen Aktien derselben Gattung ähnlich beeinflusst wurden. Elektrizitätswerte bei steterem Verkehr behauptet. Die zuverlässigen Grundlängen hielt im Verlauf an. Verschiedene Besserungen waren weiter für Montanwerte und Banken zu verzeichnen. Tägliches Geld 2 1/2 Prozent.

Im Bankenmarkt erlebte das Geschäft in der zweiten Börsenstunde etwas; dagegen trat Montanwerte mit regen Umsätzen in den Vordergrund.

In dritter Börsenstunde fest, doch litt unter Neuveräußerung von Deutsch-Luxemburger, Edison und Transportwerten. Kollaps der Industriemärkte lagen bei anhaltender Nachfrage des Publikums weiter fest.

Berlin, 19. Jan. (Anlans-Börse.)

Table with columns: Anlans-Börse, various stock prices.

Berlin, 19. Jan. (Schuldbörse.)

Table with columns: Schuldbörse, various stock prices.

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

Londoner Effektenbörse.

Table with columns for London, 19. Jan. (Teleg.), and various stock prices including Konsols, Reichswerte, and others.

Wiener Börse.

Table with columns for Wien, 19. Jan. (Borm. 10 Uhr) and various stock prices including Kreditaktien, Lombardbank, and others.

Berliner Produktenbörse.

Table with columns for Berlin, 19. Jan. (Telegramm) and various commodity prices including Weizen, Roggen, and Hafer.

Budapester Produktenbörse.

Table with columns for Budapest, 19. Jan. (Telegramm) and various commodity prices including Weizen, Roggen, and Hafer.

Liverpooler Börse.

Table with columns for Liverpool, 19. Jan. (Anfangskurse) and various commodity prices including Weizen and Hafer.

Frankfurter Effektenbörse.

Table with columns for Frankfurt, 19. Jan. (Anfangskurse) and various stock prices including Privattelegramm and others.

Privattelegramm des General-Anzeigers.
Frankfurt a. M., 19. Jan. Fondsbörse. Die ausländischen Einflüsse kamen für die heutige Börse bei der Tendenzschwächung nur wenig in Betracht.

Frankfurt a. M., 19. Jan. Fondsbörse. Die ausländischen Einflüsse kamen für die heutige Börse bei der Tendenzschwächung nur wenig in Betracht. Der spanische Verlauf der New Yorker Börse, sowie auch der Anstieg der englischen Wahlen hinterließen nur geringen Eindruck.

Isidischen waren nur geringe Kursveränderungen zu verzeichnen. Später trat Geschäftshülfe ein, die bis zum Schluss anhielt. Die Nachbörse blieb fest. Montanwerte zeigten bei weiter belebtem Geschäft Kurserhöhungen.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.
Reichsbank-Diskont 5 Prozent.
Schulfskurie.
Wechsel.

Table with columns for Amsterdam, Belgien, Italien, and other international exchange rates.

Staatspapiere, A. Deutsche.
Deutsch. Reichsbank, 102,50 102,45
1899 94,30 94,20

Table with columns for Aktien industrieller Unternehmen, including various industrial stocks and their prices.

Montanwerte.
Bayer. Bergbau 250,80 252,20
Sudb. Bergbau 116,70 116,70

Montanwerte.
Sudb. Eisenh. 120, - 120,75
Sudb. Bergbau 134,75 134,80

Montanwerte.
Sudb. Eisenh. 120, - 120,75
Sudb. Bergbau 134,75 134,80

Montanwerte.
Sudb. Eisenh. 120, - 120,75
Sudb. Bergbau 134,75 134,80

Montanwerte.
Sudb. Eisenh. 120, - 120,75
Sudb. Bergbau 134,75 134,80

Montanwerte.
Sudb. Eisenh. 120, - 120,75
Sudb. Bergbau 134,75 134,80

Montanwerte.
Sudb. Eisenh. 120, - 120,75
Sudb. Bergbau 134,75 134,80

Montanwerte.
Sudb. Eisenh. 120, - 120,75
Sudb. Bergbau 134,75 134,80

Montanwerte.
Sudb. Eisenh. 120, - 120,75
Sudb. Bergbau 134,75 134,80

Montanwerte.
Sudb. Eisenh. 120, - 120,75
Sudb. Bergbau 134,75 134,80

Montanwerte.
Sudb. Eisenh. 120, - 120,75
Sudb. Bergbau 134,75 134,80

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

W. Berlin, 18. Jan. Teleg. Nachbörse.
Kredit-Konten 211 40 211 60
Diskont-Komm. 197,60 198,20

Stenographischer Reichstagsbericht des Mannheimer Generalanzeigers

Deutscher Reichstag.

10. Sitzung, Dienstag, 18. Januar.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück, v. Heering.

Vizepräsident Dr. Spahn eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Die Interpellation über den Mansfelder Bergarbeiterstreik.

Die Interpellation der Sozialdemokraten lautet: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß bei dem kürzlich am Mansfelder Bergrevier ausgebrochenen Bergarbeiterstreik Militär zugesogen ist, um den Bergarbeitern die Ausübung ihres reichsgesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts zu erschweren und sie an dessen Ausübung zu hindern?

Ist dem Herrn Reichskanzler ferner bekannt, daß bei diesem Streik Offiziere und Beamte sich viele Verstöße gegen Reichsgesetze zu Schulden kommen ließen?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um solchen Vorkommnissen für die Zukunft vorzubeugen?

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Abg. Sachse (Soz.)

Begründet die Interpellation. Es ist ein starkes Stück, wenn — wie es im Mansfelder Revier geschehen ist — gegen ruhige Arbeiter Militäreinsatz erfolgt. Man hat versucht, die Arbeiter mit Gewalt daran zu hindern, sich zu organisieren. Ein Heer von Spionen wurde gegen sie aufgestellt. Auch die Berichte stellten sich auf einen ganz rückständigen, russischen Standpunkt. Arbeiter, die zwanzig Jahre in einer Stelle tätig gewesen waren, wurden erzwungen auf die Straße geworfen, weil sie sich unserem Verbande angeschlossen. (Hui-Hufe bei den Soz.) Sogar ein Parlamentarier erklärte, die Arbeiter brauchten dort keine Organisation, weil nur ein einziger Unternehmer vorhanden sei. Dr. Krenzt kennt wohl den Parlamentarier. (Heiterkeit.) Welche Mittel! Die reichstrone, gelbe Wirtschaft in Mansfeld hat zu einer unglücklichen Korruption unter den Beamten geführt. Bergarbeiter spielen eine große Rolle. (Hört! Hört!) Die Arbeiter mußten oft sechs Wochen auf Lohn warten. Abschlagszahlungen wurden ihnen verweigert. Es wurden wahre Jammerklagen gezählt. Die hohen Beamten bezogen aber ungeheure Löhne.

Der Gesundheitszustand hat sich ungedeuert verschlechtert. Im Jahre 1906 waren 88,2 Proz. der Arbeiter krank, 1907 aber schon 94,1 Proz. Der Revier-Kommissar eingehend die Arbeitsverhältnisse im Mansfelder Revier. (Vizepräsident Dr. Spahn bittet den Redner wiederholt, sich mehr an den Gegenstand der Interpellation zu halten.) In höchst einseitiger Weise ergriffen Regierung und Militärbehörden gegen die Arbeiter Partei. Auch der preussische Landesminister lehnte eine Vermittlung ab, weil sie nicht erfolgversprechend sei, da Meinungsverschiedenheiten vorhanden seien. Das konnte und jeder Nachdenker auch sagen. Die Heranziehung des Militärs war völlig überflüssig. In Hinsicht hat ein Streikbrecher einen Dolch gegen eine Frau erhoben. Streikende Hielten ihn zurück. Darin sah man einen Aufbruch und rühte mit Maschinengewehren an. Allelei in man mären sich schwirren umher. Nach der „Magdeburger“ wurden 3000 bewaffnete Bergarbeiter aus Vordum entworfen. (Heiterkeit.) Streikende sah man auf den Straßen überhaupt nicht, nur die Kinder schauten dem Theater zu. Die Straßen wurden abgesperrt, und als einzige Route, die gar nicht zu den Streikenden gedient, zu ihrer Arbeitstätte wollten, ließ der Unteroffizier (scharf loben, und er erklärte: Wenn ich mit einem Worte muß, laßt ich Euch erschießen! (Großer Lärm links, Hufe bei den Soz.) (Sonder!) Ein kleines Dienstmädchen wurde von einem Unteroffizier und fünf Mann mit geladenen Gewehren zur Wache gebracht. (Heiterkeit.) Wer hat so unsinnige Instruktionen gegeben? Wenn in Mansfeld kein Tropfen Blut vergossen wurde, so ist das unser Verdienst. (Lachen rechts.) Die Gerichte zeigten sich ebenfalls nicht auf der Höhe. Sie verurteilten auf Grund einer Polizeiverordnung aus dem Jahre 1793. Wie verhält es sich mit der Offizierschule, wenn ein Leutnant drinsteht, einen Jungen, der Flugblätter ausrufen zu erschließen? (Lärm links.) Schamlos war auch das Verhältnis einzelner Polizeicommandos. (Vizepräsident Dr. Spahn rügt den Ausdruck. Man könne solche Tatsachen auch ohne verletzende Bemerkungen anführen.) Die Landräte handelten ganz auf dem Unternehmerrstandpunkt. Das ist Pflichtverletzung. Der Streik hat aber jetzt endlich die Mansfelder Arbeiter auf den rechten Weg geführt. (Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Auf die Frage, die in der Interpellation gestellt wird, habe ich folgendes zu erklären: Es ist richtig, daß aus Anlaß des Streikes im Mansfelder Bergrevier Militär zugesogen worden ist und daß bis gegen Ende des Streikes vertrieben ist. Nach Artikel 66 der Reichsverfassung sind die Bundesfürsten berechtigt, ihre Truppen zu polizeilichen Zwecken zu verwenden und berechtigt, die Truppen anderer Kontingente, die in der Umgegend bilanzieren, zu requisitieren. Ich habe zunächst zu prüfen, ob die Verwendung des Militärs im vorliegenden Falle im Einklang mit den Bestimmungen der Reichsverfassung erfolgt ist. In dieser Beziehung habe ich festzustellen, daß das Militär herbeigerufen wurde durch die zuständigen Landräte, nicht etwa von der preussischen Bergbehörde, wie behauptet wurde, nachdem am 21. Oktober in Hinsicht eine nach Tausende zählende Menge, in der sich allerdings auch Frauen und Kinder befanden, schwere Ausschreitungen verübt hatten (Lärm bei den Sozialdemokraten), der gegenüber die in geringer Zahl verfügbaren Polizeigendarmereimannschaften sich als wehrlos gezeigt hätten. (Hört! Hört! rechts.) Unter diesen Umständen ist das Heranziehen des Militärs im Einklang mit den Vorschriften der Reichsverfassung erfolgt. (Zuruf der Soz.: Welche Ausschreitungen?) Ausschreitungen, die dem Reich die Veranlassung zu einer Anklage wegen Landfriedensbruchs gegeben haben. Der Landfriedensbruch wird durch die gerichtliche Verhandlung festgestellt werden. Es ist einmündig festzustellen, daß eine große Anzahl von Arbeitswilligen aus der Menge heraus nicht nur beleidigt, beschimpft, beschrien ist, daß schließlich die Mannschaften der Gendarmen und der Polizei von der tobenden Menge an die Mauer gedrückt sind. (Hu, hui bei den Soz.) Mit dieser Feststellung fällt auch die Behauptung, daß das Militär herbeigerufen sei, um die Bergarbeiter in der Ausübung des Koalitionsrechts zu beschneiden. Die Frage, ob bei Unruhen, die aus Anlaß eines Streikes drohen oder entstehen, Militär zur Hilfe zu rufen ist oder nicht, ist zu entscheiden unabhängig davon, welches die Ursache des Streikes gewesen ist. Die Polizeibehörden haben die Pflicht, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten mit den erreichbaren verfassungsmäßigen Mitteln, ohne erst auf die Ursachen, die die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet oder bedrohen, einzugehen. Dabei ist aber der Reichskanzler der Ansicht, daß grundsätzlich die Polizeibehörden in die Lage gesetzt werden sollen, ohne militärische Hilfe nach Maßgabe ihrer Pflicht zu erfüllen. Da der Reichskanzler aber in

dieser Auffassung mit dem preussischen Minister des Innern einig ist und dieser wiederholt Anordnungen getroffen hat, fehlt für den Reichskanzler die verfassungsmäßige Voraussetzung, aus diesem Grunde sich mit dem preussischen Minister des Innern ins Einvernehmen zu setzen. Da die Verantwortung für Handlungen der Militärpersonen allein bei den militärischen Instanzen liegt, wird der Herr Kriegsminister nachher auf die bezüglichen Ausführungen des Abg. Sachse eingehen. Beschwerden gegen Beamte der preussischen Verwaltung sind bisher weder an die zuständige preussische Verwaltungsstelle, dem Minister des Innern, gelangt, noch an den Reichskanzler. (Hört! Hört!) Es fehlt also bis heute dem preussischen Minister die Möglichkeit des Eingreifens und auch dem Reichskanzler die Voraussetzung für eine Verhandlung mit den preussischen Behörden. Ich werde aber das heute vorgebrachte Material dem preussischen Minister mit der Bitte übermitteln, die Vorwürfe zu prüfen und eventl. Remedur eintreten zu lassen. Die Erörterung der Einzelfälle wird dann vor den preussischen Landtag zu verweisen sein. (Lachen der Soz.) Unter diesen Umständen darf ich es mir versagen, auf die Einzelheiten der Interpellation einzugehen, um so mehr, als ich versichern kann, daß der Reichskanzler mit dem preussischen Minister darin einig ist, daß eine gleichmäßige unparteiische Handhabung und Beachtung der Gesetze durch die Beamten und Behörden der Bundesstaaten eine der wesentlichsten Voraussetzungen unseres Staatslebens ist. (Lachen der Soz. Lebhafter Beifall.)

Preussischer Kriegsminister General v. Heeringen:

Ich sehe es als glücklichen Zufall an, daß es sich das erste Mal, wo ich die Ehre habe, in meiner jetzigen dienstlichen Stellung vor dem Hause zu sprechen, um die Abwehr eines Angriffs auf die Armee handelt, wie er selten so unbegründet erfolgt ist. (Lebhafter Beifall. Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Der Vertreter des Reichskanzlers hat Ihnen bereits auseinandergesetzt, daß von den zuständigen Behörden die Aufforderung an das Generalkommando des IV. Armeekorps erging, Truppen in das Streikgebiet zu schicken, weil die Polizeibehörde für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht mehr genügt. Die Militärbehörde ist gar nicht dafür da, hat gar nicht das Recht, diese Aufforderung nachzugeben; sie hat einfach die Pflicht, wenn die zuständige Behörde ruft, ihr zu folgen, ob Feuer- und Wasserdienst oder eine andere Ursache, im vorliegenden Falle aufgekochte Arbeiter. (Lebhafter Beifall rechts, Lärm der Sozialdemokraten und Zuruf: Wer hat aufgekocht? Weitere Zurufe.) Auf die Dienstmädchen komme ich später. (Heiterkeit, großer Lärm; Vizepräsident bringt zu Hohenlohe kann nur durch energisches Einschreiten dem Kriegsminister Gedächtnis verschaffen.) Wir müssen einfach an Ort und Stelle gehen und unsere Pflicht und Schuldigkeit tun. Der kommandierende General hat alsbald diejenige Truppenmacht ausrücken lassen, die er bei der ungelärten Lage für unbedingt erforderlich hielt. Man hat sich darüber aufgeregt, daß der Truppe Maschinengewehre mitgegeben waren. Ja, kein Reich hat befohlen, daß die Maschinengewehre extra mitgenommen werden sollten. Das ist ein integrierender Bestandteil der Truppe. Ebenfalls wie die Infanterie ihre Gewehre mitnimmt, nimmt sie auch ihre Maschinengewehre mit; sonst könnte man auch der Kavallerie sagen: Laßt die Reigen zu Hause! (Heiterkeit.) Es war aber um so notwendiger, als die Truppenzahl verhältnismäßig gering war. Die Lage, die die Truppe im Streikgebiet vorfand, war allerdings erheblich weniger harmlos, als der Redner hier geschildert hat. (Sehr richtig! rechts.)

Zunächst hatte am Tage vorher eine nach Tausenden zählende Volksmenge versucht, die Gendarmen nicht nur an die Wand zu drücken, sondern ihnen auch die Waffen zu entreißen. (Hört! Hört!) So daß tatsächlich die Gendarmen ihres Lebens nicht sicher waren und ihre Aufgabe nicht erfüllen konnten. Die Truppe war gleich am ersten Tage bis in die Nacht tätig, nicht nur Frauen und Kinder, sondern einen 400 Köpfe zählenden Streikhaufen vor der Fabrik zu vertreiben. Am folgenden Tage leiteten zwei Kompanien Arbeitswillige durch Pfeilkolb und durch eine nach Tausenden zählende Menge, allerdings auch Frauen und Kinder, aber in allererster Linie Streikende. (Abg. Sachse ruft: Nicht wahr! Der Präsident ersucht den Abgeordneten Sachse, seine fortwährenden Zwischenrufe zu unterlassen, da er ihn sonst zur Ordnung rufen müsse.) Erst nach zweimaligem Trommelwirbel ging die Menge zurück, aber weit sei Dank, sie ging zurück, so daß die Truppe nicht nötig hatte, von der Waffe Gebrauch zu machen. (Hört! Hört! rechts, fortwährende Lärme der Sozialdemokraten.) Die Koalitionsfreiheit ist von der Truppe von keiner Seite angegriffen worden; damit haben wir überhaupt nichts zu tun. (Lärm der Sozialdemokraten.) Wir schätzen Leben und Ordnung und damit fertig! Für die Truppe begann ein anstrengender Dienst. Ueber drei Wochen lang war sie nicht aus den Aedern gekommen. (Lärm der Sozialdemokraten.) Wenn Sie die Leute an Ort und Stelle gesehen hätten, so würden Sie gesehen haben, welchen ermittelten angeregten Eindruck die Leute machten. (Fortwährende Zurufe der Soz.) Ob es sich um reichsweite Arbeiter handelt oder nicht, ist für die Armee unerheblich. Für uns kommt es nur darauf an, ob der Arbeiter Ruhe und Ordnung hält oder nicht. Das ist das Einzige. (Beifall rechts.)

Daß die Truppe mit großer Besonnenheit verfahren gegangen ist, daß sie sich von jeder Provokation ferngehalten hat, das geht daraus hervor, daß ersicht überhaupt kein Zusammenstoß mit der Bevölkerung stattgefunden hat, und zweitens, aus der geringen Zahl der Verhaftungen. Ich erkenne ohne weiteres an, daß auch die Streikleitung sich bemüht hat, Zusammenstöße zu vermeiden. Es ist wiederholt in Rundreden und auch sonst angefordert worden, keine Veranlassung zu Zusammenstößen zu geben. (Hört! Hört! l. u. Soz.) Aber diese Anerkennung hat einen Preis gehabt. Es heißt nämlich immer dabei: solange das Militär da bleibt. (Hört! Hört! rechts.) Und die Berichte jammern darin überein, daß, sobald unsere Truppe den Streikenden den Rücken wandte, die Tätlichkeiten gegen die Arbeitswilligen wieder aufgenommen wurden. Unklug ist beim Generalkommando erwohnen worden, die Truppe zurückzuziehen; denn wahrhaftig, der Armeemacht es keinen Sporn; wir können unsere Zeit besser verwenden. (Lärm der Soz. Beifall rechts.) Aber alle Tage hat man wieder zu seinem Bedauern zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß die Zeit noch nicht gekommen war, und erst, nachdem der Streik eingestiftet, nachdem Ruhe und Ordnung eingeleitet war, konnte man die Truppe wieder zurückziehen. Wenn man das Ergebnis der Anklagen des Herrn Sachse zusammenfaßt, so ist es ein völliges mageres. (Sehr richtig!) Ich habe mich gewünscht, daß alles so glatt abging. (Vizepräsident Erhebt sich zu Hohenlohe ersucht wiederholt die Abg. Hue und Sachse, ihre Zwischenrufe zu unterlassen. Sie sind auch nicht durch die Vertreter der Regierung gestört worden, und ich muß Sie dringend bitten, Gegenseitigkeit walten zu lassen. — Lebhafter Beifall.)

Der Kriegsminister fährt fort: Selbstverständlich hat niemand etwas dagegen, daß ein Mann mit einer weißen Binde herumläuft und für Ordnung sorgt. Wenn es sich nur wirklich um Ordnungsdienst gehandelt hätte. Gegen Ordnungsmänner ist tatsächlich nur da eingeschritten worden, wo sie ihre sogenannten Amt in lautester provokatorischer Weise in unmittelbarer Nähe der Truppe ausübten suchten. So lautet die Instruktion und so lautet auch die tatsächlichen Berichte. Der Kriegsminister verliest die Bestimmungen über den Waffengebrauch. (Abg. Sachse ruft: Und all das stimmt hier nicht!) Das stimmt alles nicht, sehr richtig, und das das nicht stimmt, stimmt auch wahrscheinlich das Benehmen des Unteroffiziers nicht, das geschildert worden ist. (Heiterkeit.) Ich konstatiere aus dem Streikgebiet gekommen, und Sie sind doch sonst nicht so bescheiden? (Heiterkeit. Lärm der Soz.)

Ich komme jetzt auf das Diensträdchen und die Frauen von Kelbra. Es hat ja sehr schön gestanden, hat auch in den Zeitungen sehr schön gestanden, hat nur den einen Nachteil, daß es absolut unwahr ist. (Große Heiterkeit.) Es ist überhaupt in dem ganzen Streikgebiet keine einzige Frau verhaftet worden. Nachdem das in der Zeitung stand und ich diesen Roman las, habe ich mich gewundert und habe das Generalkommando zum Bericht aufgefordert, und es hat berichtet, von seiten der Soldaten ist keine Frau verhaftet worden. (Zurufe: Aber Mädchen.) Wenn ich sage, keine Frau verhaftet, dann ist auch kein Mädchen verhaftet. (Große Heiterkeit.) Ein Mann, der in die Pferde gefallen ist — der Mann ist mit Absicht hineingefallen, und daß man sich das nicht gefallen läßt, ist klar. Er ist verhaftet worden und wehrte sich berartig gegen seine Verhaftung, daß das ganze Gefängnis davon in Trümmern zerfiel. (Große Heiterkeit.) Gewiß sind Flugblätter ausgehört worden. § 30 des Reichspressgesetzes läßt den § 10 des preussischen Gesetzes von 1850 noch in Kraft, monach ungesetzliche Verteilung von Flugblättern an die Genehmigung der Landesbehörde gebunden ist. (Widerspruch der Soz.) Diese Genehmigung war in vorliegendem Falle nicht erfolgt. Weiter führt Herr Sachse Beschwerde, daß der kommandierende General keine Antwort erteilt habe, als er eine Depesche bekam. Ich habe ihn nicht danach gefragt, aber ich glaube, er hat es nicht getan — ich hätte es auch nicht getan —, weil die Depesche in orientativer Weise unterzeichnet war. Der Streikleiter, gezeichnet Sachse. Mit solchen Anklagen braucht man, glaube ich, nicht zu verhandeln. (Großer Lärm der Soz.) Im übrigen war eine Antwort auch gar nicht notwendig, denn die Sache war bereits erledigt. Nun kommt der Vorgang in Kelbra, wo ein Offizier mit Schreien gedroht haben soll. Der Landtag ist einfach so: Ein Junge, der Flugblätter verteilt hatte, ließ weg, der Soldat hinter ihm her. Der Offizier fragte nachher den Soldaten, warum er nicht geschossen hat, und da sagte der Mann einfach sehr richtig: Weil der Verletzte noch nicht verhaftet ist; und da sagte der Offizier: Da haben Sie sehr recht getan. (Heiterkeit.)

Also ich sage: es ist sehr wenig herausgekommen. Die Armeesache ist sehr wenig herausgekommen, nicht zu ihren Annehmlichkeiten. Selbst das tatenbüchliche Mitglied der Armeesache weiß ganz genau, daß auf der Straße und keine Vorarbeiten blühen, und daß wir unsere Zeit besser zu verwenden haben, um uns geschäft zu machen zur Verteidigung des Vaterlandes. (Beifall.) Ebenso aber müssen wir betonen, wenn wir berufen werden, werden wir fest stehen, um Ruhe und Ordnung unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. (Stimmliche, wiederholte Beifallausdrückungen rechts.)

Auf Antrag Singer (Soz.) wird einstimmig Besprechung beschlossen.

Abg. Dr. Krenzt (Rp.):

Auch ich beäugte mit großer Freude, daß in Mansfeld kein Blut geflossen ist. Das danken wir der außerordentlich tatkräftigen Umsicht der Gendarmen und dem tatkräftigen Eingreifen des Militärs. Das ist nicht nur die Anschauung der bürgerlichen Kreise. Auch Herr Sachse muß, wenn er ein Gewissen hat, in erster Linie dem Militär danken. Ich kann Ihnen aus meinen an Ort und Stelle vorgenommenen Ermittlungen und den Unterhaltungen, die ich mit allen Kreisen der Mansfelder Bevölkerung gehabt habe, ein vollkommen anderes Bild der Dinge geben, wie sie sich in Wirklichkeit dort gestaltet haben. Der Revier macht Mitteilungen nach Schilderungen von Augenzeugen. Da hat Herr Sachse allerdings in einer Versammlung am Schluß gesagt: verhaftet Euch ruhig! Aber was er vorher in der ganzen Rede gesagt hatte, wirkte eben dahin, daß die Leute auf die Straße gingen. (Abg. Sachse ruft: Hieraus kommt es nicht an!) Auf die Tatsache kommt es an, daß die Streikunruhen unmittelbar nach der Versammlung begannen; das sagt den Zusammenhang. Die Soldaten waren vollständig organisiert mit Kadettenführern, mit ausgegebenen Parolenorten. Die Gendarmen wurden an dem Orte bespuckt die Arbeitswilligen, bewarfen sie mit Steinen. Leute wurden ins Krankenhaus gebracht worden, einer sogar ins Irrenhaus. Diese „harmlosen“ Vorgänge haben darin bestanden, daß gegen 14 Personen eine Voruntersuchung wegen der Verbreiten des komplizierten und einfachen Landfriedensbruchs (Schweigt, außerdem sind 185 Strafanzeigen erlassen und 55 Strafantragträge erhoben.)

Nicht zum Schutze des Arbeitgebers, sondern der Arbeitswilligen ist das Militär gekommen. Die zuständigen Behörden hätten sich einer Plünderung schuldig gemacht, wenn sie es nicht getan hätten. Die Arbeitswilligen waren in Lebensgefahr. Ohne das Militär wäre alles dunkler und drüber gegangen. Es hätte ein Waterloo gegeben, ein großes Unglück wäre eingetreten, das Herr Sachse auf dem Gewissen hätte. (Sehr richtig! rechts.) Hätte der Staat nicht geduldet, so hätten die Arbeiter alles Vertrauen zu ihm verlieren müssen. An die Dummheiten Sachses, als ob die Werke in die Luft gesprengt werden sollten, hat kein Mensch geglaubt. (Lärm l. u. Soz.) Ich meine Dummdreien nur die Tatzarenachtichten. Herr Sachse gegenüber werde ich einen solchen Ausdruck wenigstens hier nicht gebrauchen. (Heiterkeit.) Das Militär war ein wahrer Segen. Demgegenüber fällt es nicht so schwer ins Gewicht, wenn hier und da ein Unteroffizier oder ein Leutnant sich inoffiziell benehmen hat. Die Mansfelder Knappen sind immer noch reichere Männer. Ein alter Bergmann, der mitgereist hatte, erklärte mir offen: Wenn der Kaiser ruft, dann jagen wir alle Hosen zum Teufel. (Beifall rechts.)

In Mansfeld handelte es sich gar nicht um die Transaktion, sondern um die Agitation. Die sozialdemokratische Bewegung sollte zurückgewiesen werden. Gegen drückliche Verwehungen ist man niemals vorgegangen. (Rufe: Wohl im Centre.) Das ganze Strebe, daß die staatsbürgerliche Freiheit der Verlesenen beschränkt werden sollte, ist völlig hofflos. Es war ein Streik der Minderheit, bei dem mit den Lächerlichkeiten nicht in gearbeitet wurde. So wurde berichtet, daß durch 60 Millionen aus England die Streikfallen so voll seien, daß das Geld auf die Nachbarorte verteilt werden müßte. Auch Arbeitswillige

finden, sind, wahrscheinlich im Rahmen der Koalitionsfreiheit. (Weiterkeit.) Beamte wurden schwer beleidigt. Da kann man es der Gewerkschaft nicht verdenken, wenn sie nicht alle Leute wieder einstellt. Allgemeiner Dank gebührt dem Landrat v. Hoffe, der zur rechten Zeit das Militär herbeiführte. Die „Rechtstreuen“ haben sich beim Streik durchaus bewährt. Es sind nicht Versinnungsblumen, sondern treue Knappen. Mit diesem Kern wird es gelingen, den alten Ruhm unseres Bezirks als des reichsten Mansfelder wiederherzustellen. (Weißfall rechts.) Bei dem Streik handelte es sich um eine Prinzipienfrage, bei der die Mansfelder Gewerkschaft nicht nachgeben konnte. Sonst hätte sie das Heft völlig aus der Hand verloren. Großer Spektakel ist mit den Maschinengewehren gemacht worden. Schaden haben sie nur in den unklaren Köpfen einiger Demokraten angerichtet, die ja mit allen Wölfen klappern. Nach dem „Berliner Tageblatt“ das Heft immer noch ernst genommen wird, wären wir beinahe zu einer Reichsanwaltschaft gekommen. Denn es sah die wichtigste Aufgabe des Herrn von Reithmann darin, selbst mit Hinterrückung seines Amtes für Zurückrufung der Truppen zu sorgen. Es wäre gewiß auch ohne Maschinengewehre gegangen. Wenn aber eine Truppe austrückt, dann kann sie doch ihre Waffen nicht zu Hause lassen. Die Mansfelder wollen von den sozialdemokratischen Verführern nichts wissen. Wir sind die wahren Arbeiterfreunde. (Gefährter v. d. Soz.) Wir werden die politische Kinderkrankheit, die Sozialdemokratie, überwinden. Kein Volk kann sich die Gewaltherrschaft der Sozialdemokratie gefallen lassen. In Mansfeld ist ein treuer Kern von Arbeitern, der immer rechtstreu sein wird. (Weißfall rechts.)

Abg. Dr. Fleischer (Zentr.):

Die katholischen Bergleute sind nicht mitschuldig an den Vorgängen in Mansfeld. Ihre Berichte stimmen nicht mit den Schilderungen des Herrn Sahse, sondern mit der Darstellung des Kriegsministers und des Vorkämpfers überein. (Hört! Hört! im Zentr.) Man hat die arbeitswilligen Arbeiter von oben bis unten beschimpft. (Abg. Due: Fürchterlich.) Ich hoffe, daß Ihnen dieser Zwischenruf ernst ist, es war allerdings eine furchterliche Situation. Die Arbeitswilligen wurden bedroht, daß sie mit Säure begossen werden würden. Die katholische Geistlichkeit hat den katholischen Arbeitern, die sich an sie wandten, den Rat gegeben, sich am nächsten Tage nicht zur Arbeit zu begeben, da sie als Familienväter nicht ihr Leben aufs Spiel setzen dürften. Die Sozialdemokraten haben sich in einer aller Sittlichkeit und Gerechtigkeit höhnischen Weise benommen. (Große Unruhe bei den Soz. Abg. Due: Das ist eine Lüge.)

Sitzpräsident Dr. Spahn:

Wenn sich dieser Jurist auf den Redner bezieht, so rufe ich Ihn zur Ordnung.

Abg. Dr. Fleischer:

Die Sozialdemokraten verunglimpfen und vergewaltigen jeden Arbeiter, der anderer Meinung ist als sie. (Abg. Sahse: Vogel! Sitzpräsident Spahn ruft Ihn zur Ordnung.) Die Sozialdemokraten haben keinen Respekt vor der Koalitionsfreiheit! Gewöhnen Sie sich doch daran, daß es noch andere Meinungen gibt als die Ihre. Wäuben Sie doch nicht, daß Sie allein recht haben. (Unruhe bei den Soz.) Die Verhältnisse in Mansfeld beschönige ich nicht. Der Streik war aber nicht das geeignete Mittel, sie zu beseitigen. Welches war denn der Erfolg? Eine vernichtende Niederlage! Und wie haben Sie sich in der Agitation benommen! Kinder haben Sie gegen die Väter aufgehetzt, daß sie mitheulen und johlen sollten. (Pfaurufe links.)

im Zentrum.) Die Frauen hätten sich ruhiger verhalten sollen. Sonst wären die Vorgänge in Mansfeld nicht. Schuld daran war die sozialdemokratische Agitation. (Großer Lärm bei den Soz., Jurist: Ein netter Arbeitervertreter! Gemeinheit! Schluß! Redefreiheit!) Die Sozialdemokraten haben die Interessen der Arbeiter schwer geschädigt. (Lärm bei den Soz.) Auf diese Art stellt man das Recht des Arbeiters nicht sicher. Außer wirtschaftliches Leben steht nicht im Zeichen der Gewalt, sondern in dem der Gerechtigkeit. (Rebeller! Weißfall rechts.)

Abg. Pauli-Palldam (Kons.):

Der Streik ist trivial vom Standpunkt aus, wenn man die Sozialdemokraten endlich im reicheren Mansfelder Revier ruhig lassen möchte. Ihr Verzicht ist mitleidig. Er war ein ganz gewisses Unternehmen, aus Agitationsgründen, die Existenz zahlreicher Arbeiter aufs Spiel zu setzen. (Rebeller: Davon verstehen Sie ja nichts.) Mit Ihnen kann ich mich noch lange messen. Sie haben noch nie eine Sache hier richtig aufgefaßt. (Weiterkeit.) Ohne das Militär wäre es zu klug gewesen. Großes Elend wäre die Folge gewesen. Die Staatsautorität mühte gewaltig. Sie hand in Mansfeld auf dem Spiele, weil die paar Hunderten machtlos waren, durch das Erscheinen der Truppen wurden die drohenden Unruhen vermieden. Das Militär hat sich durchaus lobenswert benommen. Von den Behauptungen Sahses ist nichts übrig geblieben. Das ist eine sozialdemokratische Art. Für die sozialdemokratische Ordnung danken wir. Das Volk will in seiner großen Mehrheit von diesen Dingen nichts wissen, die nur mit dem Knüttel und mit der Kannte umzugehen wissen. (Lärm bei den Soz.) Die Behörden verdienen für ihr Verhalten im Mansfelder Falle unseren Dank. (Weißfall rechts.)

Abg. Gothein (Mit Fraktionsgemeinschaft):

Wir erkennen durchaus an, daß die Staatsverwaltung das Recht und unter Umständen auch die Pflicht hat, selbst das Militär zu requirieren, um Ruhe und Ordnung herzustellen. Hier handelt es sich aber darum, ob das militärische Einschreiten unbedingt notwendig war. Man werde nie in solchen Verhältnissen Ubertreibungen aller Art verbreiten. Sakram v. Brog, von dem, was behauptet wird, erweist sich in der Regel als wahr. Militär darf nur in äußerstem Notfalle herbeigeholt werden. Wir leiden an einem übermäßigem Aufgebot von Staatsmacht in Preußen. Der Kriegsminister hat von einem Kultur gesprochen. Der Staatssekretär war vorläufiger. Er hat sich gehütet, Partei zu nehmen, weil er weiß, daß der Streik von dem Arbeitgeber provoziert worden ist. Das Militär hätte taktvoller vorgehen sollen. Es ist geschmacklos, wenn die Offiziere gesittlich in den Familien der Arbeitgeber verkehren. Das Volk kommt dann leicht in den Glauben, daß das Militär Partei ergreife.

Der Kriegsminister hat durchaus Unrecht, wenn er glaubt, Briefe, die mit „Der Streikleiter“ unterzeichnet sind, nicht beantworten zu brauchen. Ebenso wie er sicher ein Telegramm des Oberberg- und Hüttendirektors beantwortet hätte, hätte er dieses Telegramm beantworten müssen, zumal ja auch der Intersektar Reichstagsabgeordneter ist. Ebenso wie jede Parteiorganisation sich Ausschüsse aus den Zeitungen sammeln läßt, könnte und müßte es auch in den Ministerien geschehen. Wir werden immer für das Recht der Arbeiter, sich zu organisieren, eintreten und das Recht der Organisation hier auf das entschiedenste vertreten. (Weißfall links.)

Abg. Vogel (Kons.):

Die Unzufriedenheit ist hinsichtlich in das Mansfelder Revier hineingeraten worden. Das Hauptziel, das man damit verfolgte, war die Bekämpfung des neuen Generaldirektors. Der Rechner schildert eingehend die Entwicklung der Mansfelder Kupfer- und Zinkindustrie. Die Situation der Gewerkschaft ist infolge der amerikanischen Konkurrenz immer schlimmer geworden. Dieser hatte die Arbeitererschaft jedoch durchaus Verständnis für die schlechte Lage der Gewerkschaft. Jetzt will sie sich darum nicht mehr kümmern. Es ist ja möglich, daß auf beiden Seiten im Kampfe etwas über die richtige Mitte hinausgegangen worden ist. Aber die Agitation gegen die Verwaltung ist jedenfalls übermäßig scharf gewesen.

Wie die katholischen, so haben auch die evangelischen Geistlichen zum Frieden geteilt und dabei auch Erfolg gehabt. Ein großer Teil der Belegschaft war von vornherein gegen den Streik. Wäre das Militär nicht gekommen, so wären Unruhen wohl zu befürchten. Sichtlich hätten die Arbeiterführer versucht, sie zu verhindern. Ob es ihnen gelungen wäre, ist eine andere Sache. Die Erinnerung an die Maschinengewehre wird gewiß noch lange in Mansfeld erhalten bleiben. Die Situation muß man aber auch nach dem Erfolg beurteilen. Tatsächlich ist alles gut abgegangen. Ruhe und Ordnung wurden aufrecht erhalten, ohne daß jemand zu Schaden gekommen ist. Ich hoffe, daß die Mansfelder Gewerkschaft trotz des Sieges, den sie davongetragen hat, aus dem Streik ihre Lehren im Interesse der Arbeiter ziehen wird. (Weißfall.)

Abg. Breßli (Volk):

Die Arbeiter in Mansfeld werden seit langem geknechtet. Trotzdem war alles ruhig. Anruhig waren nur die Behörden und die Polizei. Die katholischen Arbeiterführer werden aber von Dr. Fleischer nicht sehr erdant sein. Mit solchen Reden schafft man Sozialdemokraten.

Abg. Behrens (Dirisch, Vg.):

Es handelt sich in Mansfeld tatsächlich um die Koalitionsfreiheit. Auch gegen die evangelischen Arbeitervereine ließen die Behörden keinen, aber beständigen Widerstand. Wir wollten bei günstiger Konjunktur das öffentliche Gewissen wachrufen, und ich bin überzeugt, auch auf der rechten Seite hätten wir das nötige Verständnis gefunden. Jetzt trifft die Verantwortung der Niederlage lediglich die Organisation. Ein Streik darf nicht zu Unzeit geführt werden, und dazu noch mit ungeschulter, nicht unorganisierter Arbeitererschaft; da mag das militärische Einschreiten notwendig sein. Die Streikenden haben die nötige Achtung vor den Nichtstreikenden nicht gehabt. Der Rechner setzt sich weiter mit den Sozialdemokraten über Streikdiplomatie und Streikpolitik auseinander.

Wir verlangen Anerkennung der Koalitionsfreiheit nicht theoretisch, sondern praktisch. Den Mansfelder Bergarbeitern rufe ich zu: Schließt euch den Bergarbeiterverbänden an! (Lachen rechts.)

Abg. Kanert (Soz.):

nimmt hierauf um 7 Uhr das Wort. Er spricht besonders gegen die Abgeordneten Fleischer und Behrens.

Der Abgeordnete wird im Verlauf seiner Rede zur Ordnung gerufen. Darauf schließt die Besprechung. Mittwoch, 1 Uhr: Interpellation über die Handhabung des Berggesetzes. Schluß nach 8 Uhr.

Echtes Tannin-Kopfhaarwasser
mit und ohne Fettgehalt, à Fl. 2.—
Die Hautcrème der Saison:
Lilienmilchcrème à Tube 50 Pf.
gibt weiche Hände und zarten Teint.
Zookoh- und Oja-Präparate,
Schminken und Puder.
Prima Seifen und Kerzen.
Gegen fette Haut? Reismehlselbe.
Gegen empfindliche Haut? Oelseife.
Beide Seifen tragen Stempel „Otto Hess“
en gros □ en détail
Otto Hess, E 1, 16, Aufgang
Haustür
Gegründet 1870 □ Telephon 932.
Filialegeschäft: C I, 5, Breitestrasse.

Ia. süßen Apfelmot „Palatina“
24 Pfg. pro Liter frei Haus.
Vergorenen, glanzhellen Apfelwein
26 Pfg. pro Liter frei Haus, in Gebinden von 30 Liter an
Fässer teilweise.
Gross-Apfelweinkelterei
Tel. 1833 **Gebrüder Weill** Tel. 1833
Wirten u. Wiederverkäufern Preisermässigung. 2254

Echte
Schweizer Stickereien
Roben 835
neueste Dessins.
Rosa Ottenheimer
D I, 11, 1. Etg. Tel. 2838.

Frachtbriefe alle Art, stets vorrätig in der
Dr. E. Haas'schen Buchdruckerei

Heinrich Kessler
P 6, 2 Tel. 2074
Spezialität: Gelbenbau und Reparaturen.
Größte Auswahl in Musikinstrumenten jeder Art.
Billigste Bezugsquelle von Saiten in allen Qualitäten.

Dienstmänner-Vereinigung
Telephon 7200
besorgt Aufträge jeglicher Art zu bezirksamtl. Tarifen.
2251
Bernh. Helbing
G. m. b. H.
Tel. 1043 Mannheim S 6, 35
Bierpressionen
Amerik. Wasserdruckapparate
Büfett-Eisschränke
Metall-Büfett-Beiläge
Flaschen-Reinigungs- und Abfüllapparate
für jeden Bedarf
Heisswasserkessel
Mineralwasserapparate
Kohlensäure
Apparate
Badeapparate
Sauerstoff
Inhalationsapparate
Reinigungsapparate
1044

Union
Brikets, Ruhrkohlen, Ruhr- u. Gaskoks, Holz
Fr. Hoffstaetter
Luisenring 61. ☒ Telephon 561.

Zuschneide-Schule
Wilhelmine Batton Mannheim B 6, 6
Damen können sich an einem Lehrkurse im Zuschneiden und Selbstanfertigung ihrer Garderobe sofort oder später beteiligen. 8002
Mässiges Honorar, bei gründlichem Unterricht.

Vom städtischen Jubiläumswerk
Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart
Band I u. II: Geschichte Mannheims bis 1871
von Professor Dr. Friedrich Walter
Band III: Mannheim 1871—1907
bearbeitet vom Statistischen Amt
ist noch ein kleiner Restvorrat vorhanden. Das Werk ist in allen Buchhandlungen zum ermäßigten Preis von Mk. 15.— (statt Mk. 30.—) erhältlich. Die drei reich illustrierten Bände eignen sich besonders zu Geschenkzwecken und haben als ausführlichste, auf den besten Quellen beruhende Darstellung der Geschichte Mannheims, sowie der neuzeitlichen Entwicklung unserer Stadt bleibenden Wert. 82898

Falck Reste
Johannes Kaufhaus • Bogen 37
nach Gewicht 2467

Geldverkehr
Hypothekengelder
nach amtlicher und privater Schätzung auch für industrielle Werke zu günstigen Bedingungen vermittelt 4786
Egon Schwartz
Bankvertretung für Hypotheken. — Liegenschafts-Vermittlung
Friedrichsring T 6, 21 Telephon 1734.
Bitte genau auf meine Firma zu achten.

Hypotheken
nach amtlicher und privater Schätzung vermittelt prompt und zu günstigen Bedingungen 7702
Paul Loeb
P 3, 14, Planken. Telephon Nr. 7171.

Meine Frau war ihr Leben lang über 60 Jahre mit ein. **Flechte**
bekämpft. Sein geliebtes Flechten hatte sie auf dem Leibe. Nachdem sie Jander's Patent-Residual-Seife angewendet hat, ist sie wie neugeboren. In 3 Wochen waren die Flechten beseitigt. Jander's Patent-Residual-Seife ist Tausende wert. 6. B. in 2. u. 3. Aufl. (15 Pfg.) u. 1.50 M. (35 Pfg.) in 4. Aufl. (15 Pfg.) u. 1.50 M. (35 Pfg.) in 5. Aufl. (15 Pfg.) u. 1.50 M. (35 Pfg.) in 6. Aufl. (15 Pfg.) u. 1.50 M. (35 Pfg.) in 7. Aufl. (15 Pfg.) u. 1.50 M. (35 Pfg.) in 8. Aufl. (15 Pfg.) u. 1.50 M. (35 Pfg.) in 9. Aufl. (15 Pfg.) u. 1.50 M. (35 Pfg.) in 10. Aufl. (15 Pfg.) u. 1.50 M. (35 Pfg.)
A. Jander
P 2, 14 Planken P 2, 14 gegenüber der Camprou.

GUMMI STEMPEL
GRAVIR-ANSTALT
AJANDER
Hand-Druckereien
1. Feldstr. 9. 1111
Schaukasten-Ausdrückungen.

Zu verkaufen
Haus mit Laden
sowie kleine Stallung in guter Geschäftslage preiswert zu verkaufen durch
Egon Schwartz, T 6, 21.
93563

Haus mit Mehrgerei
elektrischer Betrieb in guter Geschäftslage, preiswert zu verkaufen, durch
Egon Schwartz, T 6, 21.
3562
Soll neue
Laden-Einrichtung
billig zu verkaufen. 28718
Schweigen, Röhlweg 7.

Büchertisch.

(Anzeigen bei der Redaktion eingelaufener Bücher und Zeitschriften. Ausführliche Besprechungen nach Auswahl.)

Wieland: Die Räuberin, ein Künstlerroman. Mit einem Vorwort von Dr. W. von Wolkevietsch und einem Porträt des Autors von Arthur Volkmann. Gebunden 1.20, elegant gebunden 1.50, 8. 100 Seiten. Verlag H. Piper u. Co., G. m. b. H., München. Der Roman spielt in Rom in dem Kreis von Künstlern, die durch das hohe Vorbild Hans von Marces, den entsetzenden Einfluss erfahren, und in den Gesprächen, die die spannende Handlung begleiten, sind die Anschauungen dieses Kreises in lebendiger Fülle niedergelegt. Die Handlung selbst zeigt uns die Entwicklung einer Künstlerliebe und Künstlerbegeisterung, die sich nach schweren Kämpfen und Konflikten mit den Mächten der Außen- und Innenwelt zur Klarheit durchdringt. Kein geringerer als Prof. Hans Thoma, dem der kürzlich erschienene Verfasser noch das Manuskript vorlegen konnte, hat für das Buch Worte beider geschrieben. Das Vorwort von Dr. W. von Wolkevietsch zeichnet verständnisvoll die Persönlichkeit des Autors und ein Porträt desselben von Prof. Arthur Volkmann dient dem Buch zur besonderen Verde.

Für Wasserbau, Seebau und Kanalarbeit. Eine neue Fachliteraturbibliothek hat Eisenbahnsekretär J. Niedmüller in Rosenheim zusammengestellt und hiermit nach wirklich neuen Gesichtspunkten ein Verzeichnis der Veröffentlichungen übergeben, welches sich trotz scheinbarer Unvollkommenheit bei allen, die mit Fachliteratur zu beschäftigen haben, als ein Olympos einbürgern wird, das man nicht mehr missen können. Die Tabellen haben sich der Praxis in der kurzen Zeit ihres Bestehens vorzüglich bewährt. Sie sind zu beziehen per Stück zum Preise von 45 Pfg., für 2 Stück 70 Pfg., vom abgenannten Verfasser. Bestellung am billigsten mit 10 Pfg. Vorkaufsumme.

Ernst von Wolkevietsch: „Da werden Weiber zu Hünen“. Novellen. Preis 1.40. Verlag Fr. Fontane & Co., Berlin. Zwei interessante Novellen, die beide von ganz verschiedener Art, doch ein Gemeinsames haben, hat Wolkevietsch in diesem Bande vereinigt. Die erste Novelle „Sommerfrüchte“, das mit am Ende der Erzählung steht, die beiden und Freunden eines Kinderfräuleins. Nora Waderbaris ist die Tochter eines Oberlehrers, besüßte Bildung, Erziehung und Kenntnisse weit über den Durchschnitt, hat aber keine Gramina gemacht. Nora findet eine Stellung im Hause des Regierungsrats von Zeitzsch, dessen Frau „erwartet“, und zu unbehilflich und nervös geworden ist, die Pflege ihres älteren zweijährigen Töchterchens selbst zu übernehmen. So wird denn Nora besessenes Kindermädchen. Sie wird zwar „Fräulein“ tituliert, sie darf „mit am Tische essen“, aber sie kann alles, was sie gelernt hat, nicht verwenden, indem sie einen Kinderwagen über die Straße schiebt, und wenn sie sich erdreistet, über italienische Scherze zu lachen, die der Regierungsrat der Tisch erzählt, so beizählt die Hausfrau, die selber kein Wort italienisch versteht, sie mit ihrer höchsten Ungnade. Vorzüglich hat Wolkevietsch alle Regungen dieser geschätzten, getreuen Köchinsele beleuchtet, wie Geduld und Born, Hoff und Mitleid einen erditterten Kampf führen, und wie immer wieder das Mitleid den Sieg davon trägt. Am Schlusse der Erzählung betrachtet Nora den inausführlichen vermittelten Regierungsrat. — Die zweite Novelle, „Die Waldmühle“, spielt in einem ganz anderen Milieu. Der etwas heruntergekommene Philologe und Kolonialreisender, Dr. Rindgraber, will betrauen. Er will ein Heim und Kinder, will, daß man seinen inneren und äußeren Menschen pflegt; aber er findet seinen passenden Anhalt. Er verläßt es vorläufig mit einem „Verhältnis“. Aber das Verhältnis, eine feste Berliner Kaufmanns, wächert ihm über den Kopf. Es erdriegt sich wohl, etwas von Volk, seiner graublen Stille, seiner scharfen Charakterisierung und seinem berechtigen Dumm zu sagen.

Auszug aus dem Standesamts-Register für den Stadtteil Neckarau.

- Verlobte: 4. Gummiarbeiter Theodor Siegmüller und Käth. Gartmann geb. Dieps. 7. Schlosser August Stahl und Eva Ansel. 11. Fabrikarbeiter Philipp Wiedenberger und Elise Ritterhoff. 12. Bäcker Karl Georg Schulte und Karoline Kattermann. Verheiratete: 8. Gummiarbeiter Adolf Joroch mit Maria Eder. 15. Schlosser Adolf Dieb mit Pauline Schaal. 16. Gummiarbeiter Franz Spigenberger mit Vera Emma Ziechen.

Bekanntmachung.

Allgemeine Grundzüge über Umlegung der Straßenkosten betr. Nr. 1060 L. Der Bürgerausschuss hat in der Sitzung vom 27. Juli 1909 den nachfolgenden Allgemeinen Grundzüge über den Bezug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten auf der Gemarkung Mannheim nach § 22 des Ortsgesetzes die Zustimmung erteilt. Allgemeine Grundzüge über den Bezug der Eigentümer von Grundstücken zu den Straßenkosten auf der Gemarkung Mannheim nach § 22 des Ortsgesetzes. § 1. Die Eigentümer der in § 22 des O. G. bezeichneten Grundstücke — die einmündigen öffentlichen Straßen stellen ausgenommen — haben die Straßenkosten in dem durch Absatz 5 dieses Grundgesetzes bestimmten Umfang ganz an die Stadtgemeinde zu zahlen. Die in dem nachstehenden § 3 genannten Unterhaltungskosten bleiben jedoch, insoweit sie bei der Umlegung auf die Eigentümer bedachter Grundstücke entfallen, der Stadtgemeinde zur Last. § 2. Der Wert des in eine Ortstraße fallenden städtischen Geländes, das zur Zeit der Planfeststellung öffentlicher Weg war, wird bei Aufstellung der Geländeerwerbskosten nicht herangezogen. § 3. Sonstiges städtisches Gelände, das in die herzustellende Ortstraße fällt, wird zum Schätzungswert und, wenn es zum Zweck der Verwendungs als Straßenland erworben wurde, zum Kaufpreis zuzüglich der bis zur Verfertigung der Straße erforderlichen Aufwendungen (Zinsen usw.) in Anrechnung gebracht. § 4. Wenn das zur Straßenanlage erforderliche Gelände teilweise gegen Entschädigung erworben werden mußte, teilweise von den Angrenzern freiwillig an die Stadt abgetreten wurde, so wird das letztere an einem Wert angeschlagen, welcher den für das andere Gelände gezahlten Entschädigungen entspricht. Dieser Wertanschlag für die freiwillig abgetretenen Flächen wird von der Kosten-erforderung für die an diese Flächen bestehenden Grundstücke in Abzug gebracht. § 5. Wird für den Geländeerwerb die Durchführung eines Enteignungsverfahrens erforderlich ist und hierauf höhere als die im Kostenanschlag vorgegebenen Preise zu bezahlen, so findet für das zum Schätzungswert anzuzehrende städtische Gelände, das in die Ortstraße fällt, sowie für das freiwillig zur Verfertigung der Ortstraße von den Grundstückseigentümern erworbene Gelände eine nachträgliche Preisänderung entsprechend den höheren Preisen des Enteignungsverfahrens statt. § 6. Die Unterhaltungskosten werden auf die Dauer von 5 Jahren vom Tage der Fertigstellung der Straße nach jeweils vom Stabrat anzufeststellenden Einheitsätzen berechnet und zugleich mit den übrigen Straßenkosten erhoben. § 7. Die Straßenkosten werden auf die Eigentümer der einzelnen Grundstücke nach der Länge (Meterzahl), mit der diese an die Straße angrenzen, umgelegt. § 8. In die Berechnung der Frontlänge eines Grundstücks werden auch Grundstücke oder Grundstücksstücke einbezogen, die als Angebühren zu betrachten sind. § 9. Bei Grundstücken, deren Frontseiten einen Winkel unter 90° bilden, wird beiderseits bis zur Mitte der von der Bauordnung vorgeschriebenen Widmungsgrenze die entsprechende Berechnung findet bei Widmungen und Grundstücken, die durch den Ortstraßenplan festgelegt sind. Grundstücke, bei denen weder durch die Bauordnung, noch durch die Planlegung eine Widmung vorgeschrieben ist, werden, wenn eine solche freiwillig aufgebracht wird, beiderseits bis zur Eigentumsgränze berechnet. § 10. Darf eine Ortstraße nach dem Ortstraßenplan nur auf einer Seite mit Gebäuden besetzt werden, so kann den An-

- geborene: 1. d. Schlosser Karl Friedr. Dienemann e. T. Vera Emilie. 2. d. Graveur Alfred Rößel e. T. Anna Katharina, Januar. 3. d. Fabrikarb. Benzel Fritz e. T. Jakob. 1. d. Gummiarb. Friedr. Förster e. T. Friedrich. 2. d. Former Friedr. Wilhelm Schmitt e. T. Heinrich. 3. d. Gummiarb. Gregorio Beriani e. T. Franz. 4. d. Tagelöhner Georg Bren e. T. Anna Barbara. 5. d. Spencaler Adam Scheibel e. T. Helena Rosa. 6. d. Fabrikarb. Heinrich Klein e. T. Franz Kaver. 7. d. Fabrikarb. Max Dadd e. T. Alois. 7. d. Seiermacher Marius Franz e. T. Eugen Emil. 10. d. Fabrikarb. Jakob Erbine e. T. Rosa. 9. d. Schlosser Hermann Wenzel e. T. Luise Meta. 7. d. Kaufmann Karl Käfer e. T. Helena Konstantina. 7. d. Plattenleger Jakob Morath e. T. Hermann Wllm. 11. d. Fabrikarb. Paul Schötle e. T. Konstantin Karl. 14. d. Tagelöhner Johann Geisler e. T. Charlotte. Jan. 3. Maria, 15 T. a., T. d. Eisenbrenner Johann Belner. 4. Ludwig Peter, 13 T. a., T. d. Seilfabrikarb. Ver. Schaal. 5. d. verö. Juwelenermeister Philipp Thron, 42 J. 4 M. 8 T. a. 6. Maria, 4 M. 2 T. a., T. d. Spinnerarb. Karl Dumps. 8. Elia, 4 M. 15 T. a., T. d. Fräulein Johannes Andert. 10. Eugen Theodor, 1 J. 6 T. a., T. d. Fabrikarb. Emil Umbacher. 14. Hedwig Eva Kunigunde, 11 M. 4 T. a., T. d. Pol. Alex. Böhrer.

Auszug aus dem Standesamts-Register für die Stadt Mannheim.

- Verlobte: 6. Jakob Herbold, Bleichler und Anna Lehn. 6. Jakob Lisch, Lagner und Friederike Rief. 7. Jakob Deyner, Schriftföher und Friederike Engelbreit. 8. Franz Lürk, Heizer und Anna Bauer geb. Mohr. 8. Ludwig Schler, Schiffsmatrose und Antonie Belten. 8. Jakob Wipfler, Chauffeur und Wilhelmine Ruf. 10. Karl Lühl, Schuster und Luise Böhm. 10. Emil Eder, Koch und Christine Bistori geb. Fint. 10. Joh. Reichert, F.-A. und Helene Schultheis geb. Schuppert. 10. Georg Krug, F.-A. und Karoline März. 10. Johannes Jochim, Mechaniker und Emma Abel. 11. Joh. Schuermann, F.-A. und Wilhelmina Engelmann. 11. Jakob Hirt, Eisenbahnschlosser und Emma Zimmer. 11. Johannes Wiegeling, Kfm. und Friederike Bader. 11. Jakob Heinrich Keller, Sergeant und Katharine Herz. 11. Ludwig Weiß, Installateur und Wilhelmine Baus. 11. Rudolf Müller, Schlosser und Friederike Brümmer. 11. Friedrich Dehm, Postassistent und Elisabeth Gries. Verheiratete: 6. Georg Gottlieb Stähle, Heizer und Luise Rüdert. 8. Wilhelm Egatus, F.-A. und Margarete Schlin. Geburten: 5. Frieda Margarete, T. v. Konrad Pfeifer, Güterbodenarb. 4. Adam Karl Valentin, S. v. Valentin Stiebing, Kfm. 5. Josef Emil, S. v. Karl Aug. Gend, Kutscher. 6. Rosa, T. v. Heinrich Schwarz, Eisenbrecher. 6. Ruth, T. v. Philipp Egel, Glasreiniger. 6. Katharine Wilhelm, T. v. Paul Schönleber, Küfer. 4. Max, S. v. Richard Wiestlich, Schreinermeister. 3. Hildegard Luise, T. v. Georg Erdmann, Buchbinder. 5. Alfred Nikolau, S. v. Adam Milled, Tapeziermeister. 4. Otto, S. v. Friedrich Kuhlmann, Maschinist. 4. Karl, S. v. Valentin Drader, Maschinist. 6. Jakob, S. v. Jakob Dannerstag, Bleichler.

grenzern der bebauungsfähigen Seite der Ortstraße auf die nicht bebauungsfähige Seite entfallenden Straßenkosten ganz oder teilweise angesetzt werden. § 11. Ist jedoch eine solche Ortstraße mehr als 15 m breit, so bleibt der auf die überschüssige Breite entfallende und unter entsprechender Anwendung des § 6 zu ermittelnde Teil der Geländekosten der Stadtgemeinde zur Last.

Bei Straßen von mehr als 30 m Breite ist nur ein, nach dem Verhältnis der Geländebreite zu 30 an zu berechnender Teil der Geländekosten auf die angrenzenden Eigentümer umzusetzen. § 12. Grundstücke mit Bausen, deren Befestigung wegen ihres Alters, ihrer Konstruktion, ihres Wertes, ihres Ertrages oder aus ähnlichen Gründen in absehbarer Zeit zu erwarten steht, können in dem Bebauungsverfahren als unbebaute Grundstücke betrachtet werden. § 13. Wird der Eigentümer eines bebauten Grundstücks mit einem geringeren Prozentsatz als 100 pCt. zum Ertrag der Ortstraße herangezogen, so gilt diese Minderung des Prozentsatzes nur für den Fall, daß bis zum Beginn der Straßenherstellung kein Neubau oder Wiederanbau anstelle des bestehenden Baus und kein Um- oder Ausbau desselben begonnen wird; andernfalls erhöht sich der Beitrag des Eigentümers stets auf 100 pCt. § 14. Wird ein im Bebauungsplan als bebaut betrachtetes Grundstück im Verfahren vor den städtischen Verwaltungsbehörden oder dem Verwaltungsgerichtshof für ein unbebautes oder umgekehrt ein in jenem Bebauungsplan als unbebautes betrachtet Grundstück in diesem Verfahren für ein bebaut Grundstück erklärt, so gilt für beide Fälle als Eventualbesitz, daß der Eigentümer des Grundstücks mit 100 pCt. ertragspflichtig ist.

Die Fälligkeit der nach vorstehenden Bestimmungen zu leistenden Ertragsbeiträge tritt ein, wenn die Jahressatz der Ortstraße oder eines Teilabschnittes derselben beschubar hergestellt ist und zwar: 1. bei unbebauten Grundstücken mit dem Tage der Übernahme der Sockelsteinen (§ 140 Abs. 2 A.B.O.) oder mit dem Tage, an welchem die Verbindung des Grundstücks mit einem anderen bebauten Grundstück als Zubehör des letzteren vollzogen worden ist, in den Fällen des § 7 mit dem Tage des Beginnes eines wesentlichen Umbaus eines alten Baus oder der Sockelsteinen eines an seiner Stelle zu errichtenden Neubaus; 2. bei bebauten Grundstücken mit dem Tage der benutzbaren Herkennung der Halbbahn der Ortstraße oder eines Teilabschnittes derselben.

Die Fälligkeit der Ertragsbeiträge erstreckt sich auf die Frontlänge, auf die das Grundstück mit Einschluß seiner Angebühren als bebaut zu betrachten ist. Der Umfang, daß mehrere Grundstücke eines Eigentümers im Grundbuch unter verschiedenen Nummern eingetragen sind, kommt für den Umfang der Fälligkeit nicht in Betracht.

Stellt die Höhe des Straßenherstellungsaufwandes in den in § 10 bezeichneten Zeitpunkten noch nicht endgültig fest, so werden in diesen Zeitpunkten die Ertragsbeiträge in dem voranschlagsmäßigen Betrage fällig. Ueberschreiten die nach der endgültigen Abrechnung des Herstellungsaufwandes sich ergebenden Ertragsbeiträge diese Beträge, so werden die Nachträge mit ihrer Festsetzung durch den Stabrat fällig. Weichen sie hinter den voranschlagsmäßigen Betrag zurück, so sind die Mehrleistungen alsbald nach dieser Festsetzung zurückzugeben.

Die fälligen Ertragsbeiträge sind vom Tage der Zahlungsanforderung an für die ersten sechs Monate mit 4 Prozent und von da an mit 5 Prozent zu verzinsen, wenn der Zahlungspflichtige nicht innerhalb eines Monats nach der Anforderung der Stadtkasse genügt wird.

- 3. Karl August Friedrich, S. v. August Thies, Kfm. 7. Hans Georg, S. v. Lorenz Freund, Schreiner. 8. August Karl, S. v. Ludwig Reusch, Chauffeur. 9. Willy, S. v. Joh. Jakob Sommer, F.-A. 6. Erna, T. v. Anton Rittbaier, Wirt. 9. Hilba Marie, T. v. Karl Kund, F.-A. 6. Margarete, T. v. Jakob Ludwig Mohr, F.-A. 8. Katharine, T. v. Jakob Leising, Schlosser. 3. Johann Alfons Maria, S. v. Georg Schürich, Kfm. 9. Jakob, S. v. Philipp Eller, F.-A. 2. Willy, S. v. Aug. Schort, Schlosser. 8. Frieda, T. v. Leonhard Krahoffer, Zimmermann. 5. Wilhelm Alexander, S. v. Julius Berend, Schreiner. 9. Karl Arthur Anton, S. v. Anton Blag, Eisenhändler. 10. Anna, T. v. Jakob Lehmann, Logner. 8. Max Joh. Josef, S. v. Maximilian Dörner, Installateur. 7. Erna Margarete Johanna, T. v. Albert Hoffmann, F.-A.

- Gestorbene: 6. Heinrich Emil, S. v. Emil Stegriff, Eisenbrecher, 2 J. 6. Stanislaus Rod, F.-A., 48 J. 6. Anna Maria, T. v. Peter Jang, Spengler, 10 J. 8. Anna Erlewein geb. Keller, Ehefr. v. Philipp Erlewein, Schuhmacher, 51 J. 9. Josef Friedrich, S. v. August Ragozet, Schiffer, 18 J. 10. Wilhelmine Kling geb. Kogmann, Witwe v. Valentin Kling, Bahnwärt, 75 J. 11. Karl Johann, S. v. Karl Braum, Sekretariats-Assistent. 11. Karoline Brähler geb. Rapp, Ehefr. v. Wilhelm Brähler, Metzgermeister, 50 J. 11. Anna, T. v. Jakob Lehmann, Logner, 1 J. 11. Elise Huber geb. Stuhlfoch, Ehefrau v. Philipp Huber, Brandwehger, 25 J. 12. Rogdalene Ritter geb. Jahnau, Ehefr. v. Heinrich Ritter, F.-A., 43 J. 12. Karl Geier, Heizer, 32 J.

Nervenschwäche. Nervenzerrüttungen, Schwächestände, Nerven- und Geschlechtskrankheiten, sowie Gicht, Rheumatismus, Icterus, Muskelschwund, Hysterie, Neurasthenie, Haarkrankheiten, Flechten, Reizgeschwüre etc., auch alle u. schwere Fälle, behandelt mit bestem Erfolge ohne Berufshilfe durch arzelios durch Natur- u. elektr. Lichttherapie. glückliche Kräftekuren und Elektrotherapie. Nähere Auskunft erteilt Direktor Hch. Schäfer. Lichtheil-Institut „Elektron“ nur N 3, 3 Mannheim. 796. Sprechstunden: täglich von 9-12 und 2-9 Uhr abends. Sonntags von 9-12 Uhr. Wunderbare Erfolge. Kundliche Dankeschreiben. Damenbedienung durch Frau Rosa Schäfer. Zivile Preise. Prospekt gratis. Tel. 4390. Krates, größtes und bedeutendstes Institut am Platze.

Verein Handlungs-Comms 1858. Donnerstag, den 20. Januar, abends 7 1/2 Uhr im Restaurant Jaus, Friedrichsplatz 6 II., ein Vortrag des Mitgliedes der Verwaltung, Herrn Direktor G. Dringer aus Hamburg über: Zeitgemäße Betrachtungen über die deutsche Handlungsgehilfenbewegung. Wir laden hierdurch unsere Mitglieder besonders ein. Näheres durch Rundschreiben. Der Bezirksvorstand.

Plissébrennerei. Luise Evel Ww., E 1, 17, Planken. Wir laden hierdurch unsere Mitglieder besonders ein. Näheres durch Rundschreiben. Der Bezirksvorstand.

Todes-Anzeige. In tiefem Schmerz machen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, dass mein innigstgeliebter, treubesorgter Gatte, unser Bruder, Schwager und Onkel Herr Casimir Kast heute morgen im Alter von 65 Jahren, nach langem, mit grosser Geduld getragenen, schwerem Leiden sanft entschlafen ist. 5065. Mannheim (Luisenring 11), den 19. Januar 1910, Karlruhe, Dresden, Marseille, Alexandrien, Bordeaux, Bastia. Namens der tieftrauernden Hinterbliebenen: Fran Anna Kast, geb. Schmitt. Die Beerdigung findet am Samstag, den 22. ds., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle aus, statt.

Bekanntmachung. Nr. 441. Am Donnerstag, den 20. Januar verleiern wir, samstags 9 Uhr beginnend, an Ort und Stelle das in der Straßenherstellung beim Säubern der Seiten und Bäume gewonnene Holz öffentlich an den Meistbietenden. Zusammenkunft beim Frei- bad. 33107. Mannheim, 17. Jan. 1910. Städtisches Tiefbauamt. Stauffert.

Bekanntmachung. Am Freitag, den 21. Januar ds. J., vormittags 10 1/2 Uhr beginnend verleiern wir an Ort und Stelle das bei dem Säubern der Seiten und den Säuberungsarbeiten gewonnene Holz, Balken und Heilig im Soldpark Neckarau öffentlich an den Meistbietenden. Zusammenkunft am Brau- zosenweg in der Nähe des Rheindammes. Mannheim, 17. Jan. 1910. Städtisches Tiefbauamt. Stauffert.

Wirtschaften. Für die Wirtschaft „Zum Freischütz“ in Mannheim, Lange Str. 72, suchen auf 1. April tüchtige, kautionsfähige Wirtsleute. Gebührender Vorker, Brauerei Neutrohaufen 1. 3.

